

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



Das Märchen vom Sparen ab Seite 8

Interview:
Aufschieben scheint wenig attraktiv

Wirtschaftspsychologe Erich Kirchler
über Sparen und Steuern

8

Schwerpunkt:
Wie wir uns arm sparen

Simultanes Sparen von Staaten, privaten Haushalten und Unternehmen funktioniert nicht

14

Wir sind Europa:
Praktikum in Brüssel

SOZAK-Teilnehmer Thom Kinberger
war in Belgien

40



© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



© ÖGB-Verlag/Micriane Mazoh



© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Schwerpunkt:

- Alles, was (un)gerecht ist** **12**
Oft ist die Rede vom gerechten Krieg oder von ungerechtem Sparen. Aber was bedeutet Gerechtigkeit wirklich?
- Wirtschaftliche Folgen des Sparens** **14**
Simultanes Sparen von Staaten, privaten Haushalten und Unternehmen funktioniert nicht: Die Eurozone spart sich ärmer.
- Wer spart, der hat?** **16**
Seit 2001 ist das Geldvermögen privater Haushalte um 200 Mrd. Euro gestiegen – wir sind ein Volk von Sparefrohs.
- Vom Sparen zum Spekulieren und wieder zurück** **18**
Das Finanzsystem ist uns über den Kopf gewachsen. Es gehört gesundgeschrumpft.
- Der Ruf nach der Fesselung der Politik ...** **20**
Schuldenbremsen zu fordern kann verblüffend populär sein – und ist oft populistisch.
- Sparen für Urlaub und Gesellschaft** **22**
Sparvereine und die Anfänge der Arbeiterbewegung sind eng miteinander verbunden. Mancherorts hält sich die Tradition.
- Will_sein.com** **26**
Konsum ist nicht alles, doch kann ich mir leisten, auf ihn zu verzichten.
- Nachhaltiges sparen** **28**
Die Umwelt schützen und dabei auch noch Geld sparen? Wie das gelingt, zeigen die Tipps in dem Beitrag von Susanne Wolf.
- Immer und überall** **30**
Werbung hat ihre Vor- und Nachteile. Der Konsument/die Konsumentin sollte also kritisch mit ihr umgehen.
- Spare in der Zeit – spare an der Zeit?** **32**
Reich an Zeit zu sein, ist eine wunderbare Vorstellung. Ob Zeit sparen der Weg dorthin ist, ist jedoch mehr als fraglich.
- Gesunde Lebenswelten** **34**
Die Gesundheitsreform soll eine „völlige Neuorientierung der Gesundheitspolitik“ einleiten. Was erwartet uns?
- Sparen bei der Bildung** **36**
Die Bildungsministerin muss heuer 87 Millionen Euro einsparen. Für einen schmerzfreien Prozess lässt das Budget wenig Spielraum.

Interview:

Vom Sparen und Steuern 8
Wirtschaftspsychologe Erich Kirchler über kraftlose Politiker, konsumfreudige Jugendliche und zufriedene SteuerzahlerInnen.

Sparmärchen:

Das Märchen vom Sparen 38
Ein Sparmärchen von Mario R. Lackner

Internationales:

„Bis in drei Wochen, Schatz!“ 42
Wer sehr weit entfernt arbeitet, kommt nur alle paar Wochen heim – im Flugzeug. In Australien heißt das Fly-in fly-out (FIFO).

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein „Reader“ entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: www.beetagg.com/downloadreader

Standards:

Standpunkt: Spare in der Zeit 4
Veranstaltung: Freiheit braucht Spielregeln 5
Aus AK und Gewerkschaften 6/7
Historie: Wohlfeilheit und freies Leben 11
Zahlen, Daten, Fakten 24
Wir sind Europa 40
Rück-Blog 44
Nicht zuletzt – von Markus Marterbauer 45
Man kann nicht alles wissen 46
Erklärungen aller grün-markierten Worte.

Sparefroh**Redaktion intern**

„Würden wir konsequent nachhaltig oder sagen wir sparsam leben, also weniger konsumieren bzw. wegwerfen, dann könnten wir vielleicht unsere Arbeitszeit reduzieren. Diese Art von Sparsamkeit wird vielleicht für die nächste Generation wichtiger werden als für unsere“, meint Wirtschaftspsychologe Erich Kirchler im Gespräch mit Astrid Fadler.

Wir haben für dieses Heft den „Mythos vom Sparen“ unter die Lupe genommen. „Sparen oder konsumieren?“ ist eine uralte Frage, schon 1868 hat der Bauernphilosoph Konrad Deubler einen Arbeiter-Konsumverein in Bad Goisern gegründet, berichtet Historikerin

Brigitte Pellar auf Seite 8. Harald Kolerus fragt auch mit Blick in die Vergangenheit, was Sparen mit Gerechtigkeit zu tun hat (S. 12). Warum Sparen nicht immer gut ist und wie sich die Eurozone ärmer spart, lesen Sie auf Seite 14. Der Ökonom Manuel Melzer hat sich gefragt, ob wir ÖsterreicherInnen ein Volk von Sparefrohs sind (S. 16).

Markus Marterbauer ist in diesem Heft gleich zweimal mit kritischen Gedanken zum Thema vertreten: auf Seite 18 und im Schlusswort „Nicht zuletzt“.

Wir haben uns aber auch noch andere Annäherungen an das Thema Sparen angesehen: z. B. Sparvereine (S. 22), Konsumver-

zucht und Nachhaltigkeit (S. 26 ff), Zeit sparen (S. 32), Sparpläne im Gesundheits- (S. 34) und Bildungsbereich (S. 36). Auf Seite 42 weichen wir vom Kernthema ab und machen uns auf eine Reise nach Australien. Im „Rück-Blog“ lesen Sie eine Zusammenfassung aus dem ExpertInnenblog blog.arbeit-wirtschaft.at.

Besuchen Sie uns auch auf unserer Homepage www.arbeit-wirtschaft.at sowie auf www.facebook.com/arbeit.wirtschaft und twitter.com/AundW. Wir freuen uns stets über Kritik und Anregungen: aw@oegb.at

Für das Redaktionskomitee
Katharina Klee



Standpunkt

Spare in der Zeit ...

Ich gehöre zur Generation Sparefroh. Sparsamkeit gehört zu den Werten, die mir von klein auf vermittelt worden sind. Früh hatte ich ein Sparschwein und der Weltspartag hatte seinen fixen Platz im alljährlichen Feiertagsreigen – auch wegen der schönen Geschenke. Zu wichtigen Anlässen bekam man manchmal Sparbücher und Bausparverträge, man sparte auf einen Urlaub, ein Moped, ein Auto.

Sparen hieß aber damals auch Nachhaltigkeit – Kinderkleidung wurde in der Familie weitergegeben, aus Waschmittelverpackungen wurden Papierkörbe gebastelt, ein Zeichenpapier wurde zweiseitig genutzt und meine Mutter konnte aus Restln wahre Festmähler komponieren. Nicht zu sparen wäre ihr wie Frevel

vorgekommen. In ihren – aber auch in meinen – Schubladen findet man Gummiringerl, gebrauchtes und wieder zusammengelegtes Geschenkpapier und -bänder und vieles andere, was noch gut zu gebrauchen ist.

Damals – genauer in den Jahren 1968 bis 1975 – machten Psychologen das berühmte Marshmallow-Experiment. Vierjährigen Kindern wurde eine Süßigkeit angeboten – schafften sie es, ihre Naschlust ein wenig zurückzustellen und zu warten, bekamen sie eine zweite dazu. Diejenigen Kinder, denen diese Impulskontrolle damals gelungen ist, erwiesen sich im späteren Leben als erfolgreicher.

Und doch werde ich den Verdacht nicht los, dass manche dieser Kinder mitt-

lerweile feststellen mussten, dass ihnen heute oft beide Marshmallows wieder weggenommen werden, dass andere ihre Impulse auch deswegen besser kontrollieren können, weil sie wissen, dass sie über größere, riesige Süßigkeitsvorräte verfügen.

Sparen kann man von den Reichen lernen, besagt ein Sprichwort – die brauchen den Gürtel aber auch nicht enger zu schnallen: Sie haben Hosenträger. Ersparen können wir uns aber doch einiges: Nämlich dann, wenn wir uns rechtzeitig organisieren und gemeinsam gegen Ungerechtigkeit auftreten. Und indem wir immer wieder die Gelegenheit zur Wahl wahrnehmen und an der richtigen Stelle unsere Kreuzerl machen. Das bringt Zinsen – z. B. am 25. Mai bei der Europawahl.

In eigener Sache

Liebe LeserInnen, sechs Jahre lang durfte ich die „Arbeit&Wirtschaft“ leiten. Es war eine sehr gute Zeit, dank all der Menschen, die hinter dieser Zeitschrift stehen. Fachleute aus ÖGB und AK legen hier seit 1923 den „Standpunkt der Arbeit zur Neuregelung der Wirtschaft“ dar. Ich persönlich konnte von so viel Wissen profitieren und Interviews mit so interessanten Männern und Frauen führen. Ich freue mich, dass ich bei vielen Veranstaltungen

immer wieder Gelegenheit hatte, Kolleginnen und Kollegen, LeserInnen, persönlich kennenzulernen. Danke dem Redaktionskomitee aus ÖGB und AK – unschätzbar sind die spannenden Diskussionen, die hier stattgefunden haben. Der meiste Dank gebührt aber dem Team: Ohne Redaktionsassistentin Sonja Adler läuft nichts. Die Layouter Dietmar Kreuzberger und Walter Schauer beweisen unter Druck vor dem Druck Nerven. Fotograf Paul Sturm war für die spezielle

Bildsprache und die wundervollen Cover verantwortlich. Sie alle werden die „A&W“ auch in Zukunft prägen. Das Leben erspart einem wenig, und schon gar nicht Abschiede. Der „Arbeit&Wirtschaft“ wünsche ich mindestens noch 90 Jahre, unterstützt von den neuen Medien wie dem formidablen Blog, der Facebook-Seite und Twitter. Ich bleibe Fan.

Ein herzliches Glück auf!
Katharina Klee

Freiheit braucht Spielregeln

Die Freizügigkeit ist eine der großen Errungenschaften der EU. Dass sie aber nicht nur Vorteile bringt, zeigte der 7. ÖGB-Europadialog Ende April.

Dort zu leben und zu arbeiten, wo man möchte – das klingt super. Wenn das aber dazu führt, dass ein steirischer Kranführer von einem Kranführer aus dem Ausland abgelöst wird, weil dieser pro Stunde um acht Euro billiger ist, dann kann das nicht im Sinne der europäischen Freizügigkeit sein. Darin waren sich auf dem Podium alle einig.

Um Unterentlohnung zu stoppen, so Sozialminister Rudolf Hundstorfer, muss es möglich sein, Lohndumping über die Grenzen hinweg zu exekutieren.

„Wenn der Kokainhändler quer durch Europa verhaftet werden kann, dann muss auch derjenige europaweit verfolgt werden, der sich brüstet, dass er sich eh nicht an Kollektivverträge halten muss, weil nicht grenzüberschreitend verfolgt wird.“

ÖGB-Präsident Erich Foglar erinnerte daran, dass es in Österreich bereits ein Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz gibt. „Das ist ein positives Modell, wie die Freizügigkeit funktionieren könnte, und das den

Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort gewährleisten kann.“ Darüber hinaus muss europaweit in Beschäftigung investiert werden. „Wenn man in Berlin doppelte Doktoren aus Griechenland trifft, die jetzt in Berlin eine Lehre machen, damit sie danach wenigstens irgendeinen Job kriegen, dann ist das ebenfalls nicht im Sinne der europäischen Freizügigkeit“, sagte Sascha Ernszt, Vorsitzender der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ).



Am Podium: Josef Muchitsch (GBH-Vorsitzender), Rudolf Hundstorfer, Christa Markwalder (Vizepräsidentin des schweizerischen Nationalrats), Beatrix Karl (Professorin für Europarecht), Sascha Ernszt.



Christa Markwalder im anschließenden Gespräch mit Paul Schmidt (Leiter der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik) und Erich Foglar (ÖGB-Präsident).



„So oft wie die Polizei in der 30er-Zone steht, so oft muss der Arbeitsinspektor in den Firmen sein, damit Regelungen auch eingehalten werden“, so Sascha Ernszt (ÖGJ-Vorsitzender).



Über 100 Menschen waren dabei, als der ÖGB in Kooperation mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik am 22. April 2014 zum 7. Europadialog in Wien lud.

IMPRESSUM

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 534 44-39263
Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw., Katharina Klee (Chefredakteurin): 39269 Dw., Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis 14.00 Uhr)

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793
Dw., E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Markus Marterbauer (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz), Katharina Klee (Chefredakteurin), Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Lucia Bauer, Georg Feigl, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Richard Halwax, Karin Hinteregger, Georg Kovarik, Florian Kräftner, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Klaus-Dieter Mulley, Ruth Naderer, Brigitte Pellar, Elke Radhuber, Charlotte Reiff, Alexander Schneider, Georg Sever, Barbara Stöger, Paul Sturm, Erik Türk, Christina Wieser, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann, Josef Zuckerstätter

Redaktionsmitglieder:

Katharina Klee (Chefredakteurin), Sonja Adler (Sekretariat), Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, John Evers, Astrid Fadler, Sonja Fercher, Philipp Heimberger, Nani Kauer, Harald Kolerus, Mario R. Lackner, Barbara Lavaud, Markus Marterbauer, Michael Mazohl, Manuel Melzer, Gabriele Müller, Amela Muratovic, Brigitte Pellar, Sybille Pirklbauer, Denise Schellemans, Irene Steindl, Paul Sturm, Petra Völkerer, Susanne Wolf, Sepp Zuckerstätter

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39744 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw., E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50; Jahresabonnement Inland € 20,-; Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-. Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, §25:

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

ÖGJ:

Genug gespart!

Gewerkschaftsjugend fordert Vermögenssteuer per Petition.

Das Finanzministerium steckt viel Geld in die Rettung der Banken, für Bildung bleibt zu wenig übrig. Würden aber die Reichen eine faire Vermögenssteuer zahlen, wäre auch genug Geld für die Bildung da. Die Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) startete daher die Onlinepetition „Genug gespart! Her mit der Vermögenssteuer!“, die man jetzt unterstützen kann.

„Finanzminister Michael Spindlberger kürzt nach dem Rasenmäherprinzip alle Budgetposten. Wer aber bei der Bildung spart, vergrößert die Ungerechtigkeit unseres Bildungssystems“, sagt ÖGJ-Vorsitzender Sascha Ernzt. Bildung ist derzeit ungerecht verteilt. Nur ein Drittel schafft einen höheren Abschluss als die Eltern – der Grad der Bildung wird also vererbt. Kinder von reichen Eltern brauchen höhere Bil-

dungsbudgets hingegen nicht so dringend – diese Familien haben genug Geld, um mit Nachhilfestunden auszugleichen, was der Staat versäumt.

Das Budget für die Jahre 2014 und 2015 spiegelt in weiten Bereichen die Bankenrettungen wider. „Die notwendige Rettung der Banken hat den Staat viel Geld gekostet. Weil dadurch aber auch hohe Vermögen gerettet wurden, sollen diese nun zur Sicherung und zum Ausbau staatlicher Aufgaben beitragen“, fordert Ernzt. „Wir wollen eine Vermögenssteuer, weil es uns um Gerechtigkeit geht. Nicht die Schülerinnen und Schüler sollen für das Versagen der Banken zahlen, sondern die Reichen, deren Spekulationen die Bankenkrise mitverursacht haben.“

Jetzt die Petition unterzeichnen:

tinyurl.com/p66r8su

Arbeiterkammer:

Ergebnis der AK-Wahl 2014 in OÖ

FSG-Erfolg, Wahlbeteiligung von über 42 Prozent.

Ein Bundesland haben wir beim Verkünden der aktuellen AK-Wahlergebnisse in der „Arbeit&Wirtschaft“ 3/2014 doch glatt übersehen. Verzeiht uns, liebe OberösterreicherInnen, das holen wir jetzt nach. Am 4. April 2014 hat die Hauptwahlkommission unter Vorsitz von Univ.-Prof. Dr. Erich Wolny das endgültige Ergebnis der AK-Wahl ermittelt: FSG 65,50 Prozent (plus 6,24 Prozentpunkte), ÖAAB 17,09 Prozent (minus 8,29), FA 10,04 Prozent (minus 0,08), AUGÉ 5,33 Prozent (plus 1,56), GLB 1,02 (plus 0,16) und Liste Perspektive 1,02 (erstmalig angetreten). Das heißt, durch die restlichen Briefwahlstimmen sind lediglich 0,01 Prozent der Stimmen von den Freiheitlichen zur Liste Perspektive gewandert. In Mandaten bedeutet das: FSG 73 (plus 6), ÖAAB

19 (minus 9), FA 11 (gleich), AUGÉ 5 (plus 1), GLB 1 (plus 1) und Liste Perspektive 1 (plus 1).

Insgesamt haben 216.257 Wahlberechtigte ihre Stimme abgegeben. Damit beträgt die Wahlbeteiligung 42,26 Prozent. Von den abgegebenen Stimmen mussten aus rechtlichen Gründen 4.443 ausgeschieden werden. Gültig waren 211.814 Stimmen. Im 15-köpfigen Vorstand (Präsident und 14 Mitglieder) hat die FSG nun elf Sitze (plus 2), der ÖAAB hat zwei Sitze (minus 2), die FA hat wie zuletzt einen Sitz.

Die Verteilung der fünf Sitze im Präsidium (Präsident plus vier Vizepräsidenten/-präsidentinnen) bleibt gleich: drei für die FSG, einer für den ÖAAB.

Mehr Info:

tinyurl.com/mex4yj6

Fußball-WM 2022:

Gewerkschaften bleiben dran

Keine WM ohne Arbeitnehmerrechte.

2022 soll die Fußball-Weltmeisterschaft im arabischen Emirat Katar stattfinden. Katar ist das reichste Land der Erde – und behandelt die Arbeiter – zumeist nepalesische Gastarbeiter, wie Sklaven. Im Vorfeld der WM werden Stadien, Hotels, Hochhäuser und mehr erreicht. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hat bereits vor längerer Zeit auf die unhaltbaren Zustände aufmerksam gemacht: Die Nepalesen sind praktisch völlig entrechtet, sie können den Arbeitgeber nicht wechseln, das Land nicht verlassen, dürfen sich nicht zu Gewerkschaften zusammen schließen. Der IGB verlangte von Katar umgehend Reformen, oder die FIFA müsste die WM neu vergeben – nach dem Motto: Keine WM ohne Arbeitsrecht.

Kürzlich hat die Katarische Regierung angekündigt, die Rechte der Bauarbeiter zu verbessern. Es soll, so ein

Regierungsvertreter, weitreichende Reformen im Arbeitsrecht geben. Für ausländische Arbeiter soll es künftig leichter sein, innerhalb von Katar den Arbeitgeber zu wechseln oder das Land zu verlassen. Außerdem sollten Geldstrafen für Arbeitgeber, die ihren Mitarbeitern den Pass wegnähmen, erhöht werden.

Die Arbeitsunfälle von Bauarbeitern sind trotz des internationalen Drucks, den Arbeitsschutz bei seinem 150-Milliarden-US-Dollar-Bauprogramm im Vorfeld der Fußball-WM 2022 zu verbessern, auf Rekordhöhe angestiegen. „Schätzungen zufolge sind im letzten Jahr mehr als 1.000 Beschäftigte bei Stürzen auf dem Bau verletzt worden. Das ist äußerst beunruhigend“, sagt Fiona Murie, die Arbeitsschutzbeauftragte der Bau- und Holzarbeiter-Internationale (BHI). „Das Problem in Katar ist,

dass die Beschäftigten kein Mitspracherecht bei Präventivmaßnahmen haben; sie sind nicht geschult, und es fehlt ihnen an der richtigen Ausrüstung.“

Der ÖGB und die Gewerkschaften unterstützen die Kampagne des IGB: Entweder Arbeitsrechte einhalten, oder keine Fußball-WM. Am 28. April, dem internationalen Gedenktag für verunfallte und verstorbene ArbeitnehmerInnen, machten GewerkschafterInnen mit 1.200 Schutzhelmen auf die hohe Zahl der verstorbenen Bauarbeiter in Katar aufmerksam. Josef Muchitsch, Vorsitzender der Gewerkschaft BauHolz: „Solange in Katar täglich Arbeiter sterben, werden wir diesen Wahnsinn mit weiteren Aktionen aufzeigen. Kein Fußballfan oder Profifußballer darf akzeptieren, dass eine Weltmeisterschaft ‚auf blutiger Erde‘ ausgetragen wird.“

www.rerunthevote.org

Stadtgespräch 22. Mai: Architekt Diébédo Francis Kéré

Mastermind von Schlingensiefs Operndorf im AK-Bildungszentrum

Soziale Architektur ist das Thema des kommenden Wiener Stadtgesprächs im AK-Bildungszentrum. Denn: „Wenn man etwas verändern will, muss man die Menschen mitnehmen“, findet der Architekt Diébédo Francis Kéré, der gemeinsam mit dem verstorbenen Theatermacher Christoph Schlingensiefel begonnen hat, ein Operndorf in Burkina Faso zu errichten. „Vor Ort erschien es mir als Beleidigung gegenüber der Bevölkerung, eine Oper in einem Land zu bauen, in dem extrem starke Regenfälle ganze Dörfer wegspülen können“, so Kéré in einem Interview mit dem Onlinemagazin „polar“. Deshalb nahm er sich vor, nicht nur das Opernhaus zu bauen, sondern gleich ein ganzes Dorf.

2013 überzeugte Kérés Entwurf für einen Gewerbepark auf den Gründen der Taylor Barracks in Mannheim, einem ehemaligen US-Armeestützpunkt. Den ersten Platz machte Kérés Konzept nicht zuletzt durch eine begrünte Überbrückung der Bundesstraße von großer Eleganz, die den Park im Zentrum des Areals mit dem angrenzenden Wald verbindet. „Das bringt einen Mehrwert für das Gelände, ohne übertrieben viele Kosten zu verursachen“, so Kéré bei der Vorstellung des Projekts. Denn soziale Architektur heißt für den Lehrbeauftragten der Harvard University auch Effizienz: „Wenn innovative Lösungen keine modischen Entscheidungen darstellen, sondern sich wirtschaftlich rechnen, dann haben experimentelle Modelle eine Chance.“

Diébédo Francis Kéré im Gespräch mit Peter Huemer

Donnerstag, 22. Mai 2014, 19 Uhr, AK Wien, Bildungszentrum, Theresianumgasse 16–18, 1040 Wien

Das Wiener Stadtgespräch ist eine Veranstaltungsreihe der Arbeiterkammer Wien in Kooperation mit der Stadtzeitung Falter.

Anmeldung erbeten unter: stadtgesprach@akwien.at

Eintritt frei.

Telefon: 01/501 65-2882

Service: www.wienerstadtgesprach.at

Wiener Stadtgespräch jetzt auch auf

www.facebook.com/wienerstadtgesprach

w i e n e r -
s t a
d
t g e s p r ä
c h

Vom Sparen und Steuern

Der Wirtschaftspsychologe Erich Kirchler über kraftlose Politiker, konsumfreudige Jugendliche und zufriedene SteuerzahlerInnen.

ZUR PERSON

Univ.-Prof. Dr. Erich Kirchler



Geboren am 4. November 1954,
Sand in Taufers, Südtirol

Geschieden, eine Tochter

Vizedekan der Fakultät für
Psychologie an der Universität Wien

Stv. Vorstand des Instituts für
Angewandte Psychologie: Arbeit, Bildung, Wirtschaft

1973–1975 Architektur-Studium, Studium der Psychologie
und Humanbiologie

1979 Studienabschluss in Psychologie

1989 Habilitation an der Universität Linz

Seit 1992 Professor für Angewandte Psychologie an der
Universität Wien mit Schwerpunkt Wirtschaftspsychologie

Forschungsaufenthalte und Gastprofessuren u. a. in Italien,
im UK, in den USA und in Australien

Herausgeber/Mitherausgeber des Journal of Economic
Psychology (seit 2003) und der WU International Taxation
Research Paper Series (seit 2013)

Publikationen:

Wirtschaftspsychologie: Individuen, Gruppen, Märkte, Staat.
Hogrefe Verlag, Göttingen, 2011

Erich Kirchler (Hg.): Arbeits- und Organisationspsychologie.
Facultas, Wien, 2011

Weitere Publikationen siehe:

homepage.univie.ac.at/erich.kirchler

Arbeit&Wirtschaft: *Herr Professor Kirchler, aus aktuellem Anlass vielleicht ein kurzes Statement zur Budgetrede vom 29. April beziehungsweise zum aktuellen Budget?*

Erich Kirchler: Ich beobachte eine große Unsicherheit. Was derzeit stattfindet, ist eher Krisenmanagement als fundiertes und reflektiertes Handeln zur Gestaltung

der Zukunft. Statt strategisch und geplant vorzugehen, wird hauptsächlich repariert.

Es fehlt der staatsmännische Weitblick?

Ja, den würde man sich von Politikern und Politikerinnen doch wünschen. Tatsächlich gibt es aber Reparaturpolitik im Sinne von kurzfristigen Reaktionen auf drängende Probleme. Vermutlich liegt es daran, dass die Politik gegenüber der Wirtschaft ins Hintertreffen geraten ist. Politiker sollten eigentlich als eine Art Moderatoren zwischen den Interessen der Bevölkerung und der Wirtschaft fungieren. Aber das können sie nicht mehr ausreichend tun, denn in der Regel hören ihre Möglichkeiten an den nationalen Grenzen auf, während die Wirtschaft wesentlich flexibler und globaler handeln kann.

PolitikerInnen müssen auf viele Stakeholder Rücksicht nehmen und mit diesen verhandeln, während Unternehmen eindeutig ihre eigenen Interessen verfolgen können.

Genau. Der Idealzustand wäre, dass alle – Politik und Wirtschaft – im Interesse des Volkes arbeiten. Aber Politiker sehen sich gezwungen, ganz unterschiedliche Interessen unter einen Hut zu bringen und dabei die Verteilungsgerechtigkeit zu optimieren. Die Wirtschaft hingegen zielt darauf ab, zu wachsen. Ich sehe die Politik als moderierende Kraft zwischen den Interessen der Bevölkerung und der Wirtschaft. Wenn die Politik die Aufgaben der Regulation nicht effizient und

effektiv wahrnehmen kann, dann wird die Wirtschaft eben ihre eigenen Interessen verfolgen und das kann man ihr eigentlich auch nicht vorwerfen. Jetzt wird versucht, die durch die fehlende regulierende Kraft entstandenen Veränderungen an bestimmten Namen oder Personen festzumachen. Ich denke, die Politik hat in vielen Ländern an Kraft eingebüßt und es bedarf dieser regulierenden Instanz zwischen Interessen des Volkes und der Wirtschaft.

Welche Lösungsmöglichkeiten sehen Sie?

Entweder es erfolgt ein Regulativ aus der Wirtschaft selbst, was schwer zu hoffen wäre, mich aber im Grunde überraschen würde. Oder man erkennt, dass politisches Wirken auf regionaler Ebene nicht mehr effektiv genug ist, um entsprechende Regulationsmaßnahmen zu setzen. Wir müssen uns eingestehen, dass wir in größerem Zusammenhang, auf europäischer und globaler Ebene, politisch tätig werden müssen.

Das Phänomen ist ja häufig, dass die verschiedenen Interessengruppen bei den großen Zielen oft sogar einig sind: Es muss gespart werden, das Gesundheitssystem muss effizienter werden, strukturelle Reformen sind nötig etc. Bei den konkreten Maßnahmen scheitert es dann aber.

So ist es, jeder ist für Einsparungen, aber nicht bei sich selbst. Besonders in der Politik verhindern partikuläre Interessen immer wieder, mit vereinten Kräften in eine Richtung zu gehen. So ist es ja auch

Würden wir konsequent nachhaltig oder sagen wir sparsam leben, also weniger konsumieren bzw. wegwerfen, dann könnten wir vielleicht unsere Arbeitszeit reduzieren. Diese Art von Sparsamkeit wird vielleicht für die nächste Generation wichtiger werden als für unsere.



etwa beim Thema Steuern, wo im Grunde alle einig sind, dass sowohl Vereinfachung der Gesetze als auch mehr Transparenz nötig sind. Aber wirkungsvolle Lösungsansätze gibt es bis heute nicht.

Was wäre ein Lösungsansatz – Moderatoren, die zwischen den Interessengruppen vermitteln?

Ja, so könnte man zu integrativen Lösungen kommen. Was versteht man unter integrativen Lösungen im Gegensatz zu Kompromissen? Nehmen wir als einfaches Beispiel die Urlaubsplanung eines Paares: Er will ans Meer, sie in die Berge. Ein möglicher Kompromiss wäre, ein Jahr ans Meer und beim nächsten Mal ins Gebirge zu fahren oder eine Woche dahin und die zweite Woche dorthin. Allerdings wäre dann vermutlich immer ein Partner unzufrieden. Forscht man aber genauer nach, dann stellt sich vielleicht heraus, dass es dem einen um die Nähe zum Wasser an sich geht und dem anderen um die frische Luft. Also könnte ein Bergsee eine integrative Lösung darstellen. Integrative Lösungen zu finden kostet auf den ersten Blick vielleicht viel Zeit, sie können aber Konflikte, Frust und Fehlinvestitionen ersparen.

Sie haben sich auch intensiv mit dem Themenkreis Steuern, Steuermoral und Steuersparen beschäftigt. Was kann der Staat tun, damit die Compliance verbessert wird, dass vor allem Unternehmen einen gerechten Anteil leisten?

Viel, sehr viel. Selbst als Psychologe ist mir bewusst, dass Kontrollen und Strafen

nötig sind. Aber wie diese Machtinstrumente des Staatsapparates eingesetzt werden, wie und in welchem Vertrauensklima das passiert, ist essenziell. Ob SteuerzahlerInnen kooperieren wollen oder laufend versuchen, aus der Steuerpflicht irgendwie rauszukommen, hängt von vielen Faktoren ab. Im Allgemeinen ist die Steuermoral in Österreich ganz okay. Die Leute zahlen ihre Steuern, zwar nicht gern, aber doch größtenteils ehrlich. Das große Problem sind die Unternehmen, die ganz legal Steuervermeidung betreiben und Schlupflöcher nutzen. Hier kommen Sie mit Kontrollen und Strafen nicht weiter. Denn Sie können Firmen wie Starbucks, Google, Apple etc. kontrollieren und Sie werden feststellen, es ist völlig legal, dass ein großes Unternehmen vielleicht gerade einmal ein bis drei Prozent Steuer zahlt. Da wurden superclevere Konstruktionen entwickelt, man kommt ihnen mit den üblichen Gesetzen und Sanktionen nicht bei. Ich kann in dieser Situation also nur eines tun: auf den Goodwill pochen, auf wechselseitige Kooperation setzen, einen Vertrag für Fair Play entwerfen. Durch „Verhandlungen auf Augenhöhe“ und kooperatives Vorgehen zwischen Finanz und Unternehmen kann eine Vertrauensbasis entstehen. In den Niederlanden etwa wird dies in Form des sogenannten Horizontal Monitoring seit 2005 angewandt. Die begleitende zeitnahe „Konsultation“ alternativ zur traditionellen vergangenheitsorientierten Betriebsprüfung im Nachhinein kommt bei den Unternehmen gut an. Sie erhalten Rechtssicherheit, können planen, ersparen sich aufwendige Verfahren und Dokumentatio-

nen. Im Gegenzug zahlen sie ehrlich ihre Steuern. In Österreich gibt es das Horizontal Monitoring seit 2011 als Pilotprojekt mit einigen Unternehmen.

Eine Win-win-Situation?

Immer mehr Finanzministerien und Firmen setzen auf diesen Paradigmenwechsel, sie wollen auf Vertrauensbasis zusammenarbeiten und nicht Räuber und Gendarm „spielen“. Das ist für mich die Zukunft. Wir leben nicht in einem Staat, in dem wir einander bekriegen müssen. Das Unternehmen kann planen, weiß, was es an Steuerzahlungen zu erwarten hat. Derzeit müssen Unternehmen mit Steuerprüfungen bis zu sieben Jahre im Nachhinein rechnen. Da wird dann hin und her diskutiert, verhandelt und ge-deutelt, nicht zuletzt weil man an der Vergangenheit doch nichts mehr ändern kann. Es geht um Fair Play auf beiden Seiten. Feinddenken im Sinne von „Wir sind hier die Behörde und da draußen sind die Bösen“ bringt nichts.

Steuergesetze sind ein komplexes Gefüge, nicht immer ist alles klar, das heißt, Verständnis ist ein entscheidender Faktor. Was bedeuten Steuern, wie verhalte ich mich richtig? Was passiert mit dem Steuergeld? Das muss den Menschen vermittelt werden. Dafür gibt es viele Wege, auch die Medien spielen hier eine Rolle. Es muss klargemacht werden, dass wir nicht in einem Land von Steuerhinterziehern leben, dass die Mehrheit ihre Steuern entrichtet. Das heißt, die soziale Norm ist „ehrllich zahlen“. Vertrauen bilden, das bedeutet, für Gerechtigkeit zu sorgen. Ich muss verstehen, warum ich

meine Belastungen und Steuervorteile habe und andere ihre (distributive Gerechtigkeit). Noch wichtiger ist die prozedurale Gerechtigkeit: Verfahren müssen transparent sein, ethisch vertretbar. Dann sind die Steuerbehörden Experten, die mich beraten und mir helfen, die Gesetze einzuhalten. Wenn sich jemand unter diesen Bedingungen noch immer nicht an die Gesetze hält, dann sind empfindliche Strafen nötig.

Hat Steuerhinterziehung überhaupt etwas mit Sparsamkeit zu tun?

Man könnte vermuten, dass diejenigen, die ihr Geld mühsam erarbeitet haben, sich damit schwerer tun, dem Staat davon etwas abzugeben, als jene, die es leicht verdient haben. Tatsächlich hat sich bei Erhebungen in mehreren Ländern herausgestellt, dass leicht verdientes Geld, das etwa durch Glück beim Spekulieren verdient wurde, eher hinterzogen wird. Nach dem Motto „Wie gewonnen, so zerronnen“ sind Menschen mit leicht verdientem Geld deutlich risikofreudiger.

Wie weit ist Sparsamkeit heute überhaupt noch angesagt?

Die Bereitschaft, Kredite aufzunehmen, ist in letzter Zeit gestiegen, es wird weniger gespart. Vielleicht auch weil die Möglichkeiten geringer geworden sind, weil mehr Leute ihr gesamtes Einkommen zum Leben brauchen. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn die Sparquote sinkt. Aber wir leben heute auch in einer hedonistischen Zeit, genießen die Gratifikationen des Konsums lieber gleich als später. Die Motive fürs Sparen können ganz unterschiedlich sein: vorsorgen, auf ein bestimmtes Gut hinsparen, Absicherung für die Zukunft oder um Werte weiterzugeben. Sparen kann ein Gefühl der Autonomie und Sicherheit vermitteln, man fühlt sich besser gerüstet für die Zukunft.

Und wie verhält es sich mit dem Schuldenmachen? Man kann ja heute fast alles auf Kredit kaufen.

Auch bei uns wird es immer akzeptabler, für Autos, Laptops oder Urlaube Schul-

den zu machen. Uns hat vor allem interessiert, wie weit die Leute verstehen, was mit einem Kredit tatsächlich auf sie zukommt, welche zukünftige Belastung ansteht. Und da vermute ich, dass das angestrebte Gut sehr blendet. Wer etwa für eine Urlaubsreise einen Kredit aufnimmt, der muss womöglich selbst dann noch Raten abstoßern, wenn er schon längst wieder zu Hause und der Erholungseffekt schon lange vorbei ist. Wenn man sich aufgrund eines Kaufes auf Kredit auch in Zukunft noch lange einschränken muss, dann bekommt man möglicherweise das Gefühl, dass man sich nichts mehr leisten kann oder zumindest weniger als die Nachbarn. Das führt dann unter Umständen dazu, dass der nächste Kredit aufgenommen wird. Wer fähig ist, auf sofortige Gratifikation zu verzichten, Belohnungen aufzuschieben, also zu sparen, der kann dann das Gut tatsächlich genießen. Aber dieses Aufschieben scheint in letzter Zeit immer weniger attraktiv zu sein.

Dann gibt es noch den gegensätzlichen Trend, nachhaltig zu leben, Gebrautes wiederzuverwerten und Ressourcen zu sparen.

Ja, auf der einen Seite gibt es diejenigen, die alles möglichst sofort haben möchten – aus den unterschiedlichsten Gründen: aus reinem Hedonismus oder weil man durch den Erwerb von Konsumgütern Anerkennung und Status erlangen möchte. Andere wollen beim Shopping Symbole erwerben, die ihr soziales Selbst definieren oder ergänzen. Auf der anderen Seite gibt es eine Gruppe, die auf Nachhaltigkeit setzt. Für sie ist Bescheidenheit ein wertvolles Gut, mit dem sie ihre soziale Freiheit gewinnt. Ich denke, dass Nachhaltigkeit für junge Leute ein wichtiges Thema ist. Wir erzeugen Müll in erschreckenden Mengen. Würden wir konsequent nachhaltig oder sagen wir sparsam leben, also weniger konsumieren bzw. wegwerfen, dann könnten wir vielleicht unsere Arbeitszeit reduzieren. Diese Art von Sparsamkeit wird vielleicht für die nächste Generation wichtiger werden als für unsere.

Aber gefährdet das nicht das Wirtschaftswachstum?

Diese Argumentation habe ich noch nie verstanden, die Wirtschaft ist doch kein Organismus, der sich freut oder leidet. Ich habe noch nie gehört, dass die Wirtschaft blutet oder Kopfweh hat. Was soll das heißen, wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es uns allen gut? Solche Slogans sollte man schon hinterfragen. Ist für mehr Freizeit und mehr Lebensqualität Wirtschaftswachstum nötig?

Geld macht also nicht unbedingt glücklich?

Trotz des enormen Wirtschaftswachstums seit den 1950er-Jahren ist die allgemeine Lebenszufriedenheit zum Beispiel in den USA nicht gestiegen. Selbstverständlich müssen die Grundbedürfnisse erfüllt sein, aber dann gibt es sehr viele Variable im Leben eines Menschen, die wesentlich wichtiger für seine Zufriedenheit sind als Geld. Mit entscheidend ist etwa der relative Wohlstand. Wenn der Nachbar sich deutlich mehr leisten kann, dann ist die Wahrscheinlichkeit für Unzufriedenheit relativ groß. Je größer die Einkommensunterschiede in einem Staat sind, desto unglücklicher ist die Bevölkerung. So gesehen wäre es sinnvoll, Steuern hoch progressiv zu gestalten, um die Einkommensunterschiede zu nivellieren, weil das die Gesellschaft glücklicher macht. Laut einer internationalen Studie verhält sich die Höhe der Steuerprogression proportional zum nationalen Glück. Steuerpolitik kann also nicht nur beeinflussen, wie viel Geld der Staat zur Verfügung hat, sondern durch Umverteilung auch die Zufriedenheit der Bevölkerung beeinflussen.

Wir danken für das Gespräch.

Das Interview führte Astrid Fadler für Arbeit&Wirtschaft.

Internet:

Mehr Info zu Erich Kirchler und dem Institut „Angewandte Psychologie: Arbeit, Bildung, Wirtschaft“:
homepage.univie.ac.at/erich.kirchler

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Wohlfeilheit und freies Leben

Der „Bauernphilosoph“ Konrad Deubler kämpfte für Arbeiterrechte und half 1868 bei der Gründung des Arbeiter-Konsumvereins in Goisern.

Zwischen 1848 und 1867 herrschte in Österreich eine absolute Kaiserdiktatur, die jede Opposition brutal niederhielt. Im Salzkammergut, das als **ärarischer** Besitz der kaiserlichen Verwaltung direkt unterstand, hatten es RegimegegnerInnen besonders schwer. 1853 hob die Polizei in Goisern einen republikanisch gesinnten Freundeskreis um den Gastwirt und Bäckereihaber Konrad Deubler aus. Der „Hauptädelsführer“ Deubler wurde 1854 nach Iglau/Jihlava gebracht und **dort zu zwei Jahren schweren Kerkers nach Brünn abgeurteilt**. Der Spielberg/Špišberk, die Festung über Brünn/Brno, galt mit Recht als das brutalste Gefängnis der Monarchie. Auf die zwei Jahre Kerker folgten noch vier Jahre Internierung in Olmütz/Olomouc. Die Anklageschrift formulierte, worin der Hochverrat des Verurteilten bestanden hatte:

Hervorhebung des Notstandes der Arbeiter und des Luxus des Hofes, das Drückende der Steuern, der vielen Soldaten, Anpreisung der nordamerikanischen Republik, der Wohlfeilheit der dortigen Regierung und Lebensmittel, des freien Lebens, des leichteren und größeren Verdienstes der Arbeiter. Sein Haus ist der Versammlungsort der Unzufriedenen.

Der Sohn eines Salzbergmanns, gelernter Müller und Gastwirt war nicht irgendwer. Er hatte sich im Selbststudium großes Wissen

angeeignet und genoss unter den linken Intellektuellen einiges Ansehen, er korrespondierte etwa mit Karl Marx und dem Philosophen **Ludwig Feuerbach**. Das harte Urteil sollte wohl auch signalisieren, dass radikale sozialistische Ideen in Österreich keine Chance hätten. Aber Konrad Deubler ließ sich nicht brechen: Sobald die Diktatur ein wenig gelockert wurde, half er den Salinen- und Forstarbeiterinnen und -arbeitern bei der Gründung ihres Arbeitervereins. Die Gründungsversammlung beschloss auch die Errichtung eines mit dem Arbeiterverein verbundenen Konsumvereins.

Der Konsumverein machte sich 1869 selbstständig und er wurde unverzichtbar, als den Arbeiterinnen und Arbeitern wenige Jahre später ihre Korn- und **Schmalzdeputate** gestrichen wurden – zugunsten einer minimalen Lohnerhöhung, die den Verlust nie ausgleichen konnte. Der Verein errichtete eine Bäckerei und eine Fleischerei, kaufte drei Mühlen und stellte so die Versorgung der ArbeiterInnen sicher. Ab 1875 versorgte er auch Obertraun, ab 1912 Traunkirchen und ab 1927 St. Wolfgang. Unter der austrofaschistischen Diktatur wurde seine Tätigkeit stark eingeschränkt, die NS-Herrschaft löste die Konsumvereine 1943 ganz auf. In der Zweiten Republik entstand aus dem Ortsverein die Konsumgenossenschaft Salzkammergut. Den Zusammenschluss zum „Konsum Österreich“ machte die Salzkammergut-Genossenschaft nicht mit. Also eigenständiges



© AK Oberösterreich

„Kerntrugweiber“ in Hallstatt um 1885. Die meisten Arbeiterfrauen im „Kammergut“ verdingten sich damals damit, das rohe Kernsalz vom Berg zum Magazin auf der Seelände zu schleppen. Ihr Beitrag zum Familieneinkommen war unverzichtbar.

Unternehmen überlebte sie dessen Ende 1995 noch um 16 Jahre.

Konrad Deubler starb 1884. In seinem Testament stiftete er ein Kapital von 3.000 Gulden, **deren Zinsen zur Ausgabe von Suppen an solche armen Schulkinder verwandt werden sollen, die täglich einen weiten Weg haben.**

Ausgewählt und kommentiert
von Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at

Alles, was (un)gerecht ist

Oft ist die Rede vom gerechten Krieg oder von ungerechtem Sparen. Aber was bedeutet Gerechtigkeit wirklich? Seit Tausenden Jahren sucht man nach der Antwort.

Harald Kolerus

Freier Wirtschaftsjournalist

Schon in der „Politeia“ widmet sich der große Philosoph **Platon** ganz der Frage der Gerechtigkeit und deren Verwirklichung in einem idealen Staat. In Bezugnahme auf seinen Lehrer **Sokrates** erklärt Platon, gerecht sei, wenn jeder/jede das macht, was er/sie am besten kann. „Jeder tue das Seine und mische sich nicht in Dinge, die ihn nichts angehen“, heißt es. Analog dazu solle jeder das Seine bekommen, aber auch niemandem das Seine genommen werden. Der Rechtsgelehrte **Ulpian** erklärte ähnlich lautend: „Gib jedem das Seine!“ An dieser Stelle wollen wir nicht darauf eingehen, dass die Nationalsozialisten den Spruch „Jedem das Seine“ (Inscription auf dem Eingangstor des Konzentrationslagers Buchenwald) für ihre menschenverachtende Politik instrumentalisiert haben – dafür können die antiken Denker natürlich nichts! Entscheidend ist jedoch, wie bzw. von wem festgestellt wird, wie Güter und Pflichten verteilt werden sollen.

Ebenen der Gerechtigkeit

Elisabeth Holzleithner – sie lehrt am Institut für Rechtsphilosophie, Religions- und Kulturrecht der Uni Wien – meint dazu: „Es kommt darauf an, von welcher Ebene wir sprechen, die von Gerechtigkeit betroffen ist. In der Rechtsetzung ist der parlamentarische Gesetzgeber verantwortlich. Nach klaren Regeln und einem Diskussionsprozess werden Gesetze festgelegt. Es stellt sich natürlich die Frage,

wie partizipatorisch diese Entscheidungsfindungen ablaufen, wie weit also die Betroffenen bei der Umsetzung in die Realität einbezogen werden.“ Das wird letztlich in der Praxis entschieden und erfolgt in Österreich bekanntlich durch eine repräsentative Demokratie. In Autokratien findet hingegen keine (oder eine sehr mäßige) Beteiligung eines Großteils der Betroffenen statt, was per se ungerecht ist. Gerechtigkeit ist also immer mit einem Diskurs verbunden.

Freiheit: der springende Punkt

Abgesehen vom Verfahren der Gerechtigkeitsfindung bleibt zu klären, ob es eine universelle Gerechtigkeit gibt oder ob diese immer „regional“ bzw. kulturell begrenzt sein muss. Holzleithner hat sich dazu unter anderem in ihrem Buch „Gerechtigkeit“ (ein Band der vom bekannten Philosophen **Konrad Paul Liessmann** herausgegebenen Reihe „Grundbegriffe der europäischen Geistesgeschichte“) intensiv beschäftigt: „Beim Nachdenken über Gerechtigkeit hat sich ein unhintergebares Prinzip herausgebildet, nämlich die Vorstellung, dass Personen gleichermaßen frei sind. Jeder soll autonom über sein Leben bestimmen, so weit das möglich ist und nicht mit der gleichen Freiheit anderer kollidiert. Das bedeutet, dass niemand unbeschadet zum Objekt degradiert werden darf, über das willkürlich bestimmt wird. Jeder Mensch verdient Achtung und Berücksichtigung.“ Ansonsten werden laut der Expertin Personen und Personengruppen zu „verfügbarem Material“, dem möglicherweise sogar die Existenzberechtigung abgesprochen wird, wie das im

BUCHTIPP

Michael J. Sandel:

Gerechtigkeit

Wie wir das Richtige tun

Ullstein Verlag, 2013,

416 Seiten, € 21,99

ISBN: 978-3-5500-8009-8



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Nazi-Regime und anderen Diktaturen der Fall war. Holzleithner meint, dass aufbauend auf dem Grundprinzip der gleichen Freiheit die praktischen (Detail-)Fragen der gerechten Verteilung in Angriff genommen werden sollten.

Gerechtigkeit und Solidarität

Das Stichwort der gerechten Verteilung führt uns wiederum zum Begriff der Solidarität. Hier streiten sich Gelehrte, unterschiedliche Interessenvertretungen und politische Parteien darüber, ob Gerechtigkeit mit Solidarität gleichzusetzen ist. So meinte etwa **John Rawls** (1921–2002), der führende Denker zeitgenössischer Gerechtigkeitstheorie, dass in einer Gesellschaft kooperierender Mitglieder jeder etwas leisten müsse. Menschen, die keinen adäquaten Beitrag beisteuern, seien quasi Trittbrettfahrer, für die wenig Platz in dieser Gemeinschaft sei. Der wirtschaftsliberale Ansatz nach der Schule von **Adam Smith** oder des österreichischen Wirtschaftsnobelpreisträgers **Friedrich August von Hayek** hält staatliche Ein-



Jeder soll autonom über sein Leben bestimmen, so weit das möglich ist und nicht mit der gleichen Freiheit anderer kollidiert. Das bedeutet, dass niemand unbesehen zum Objekt degradiert werden darf, über das willkürlich bestimmt wird. Jeder Mensch verdient Achtung und Berücksichtigung.

griffe in den Wirtschaftskreislauf ohnedies für wenig sinnvoll, ja sogar kontraproduktiv und ungerecht. Staatliche (solidarische) Lenkungsmaßnahmen führten demnach nämlich zu Verzerrungen. Stattdessen sollte man die „unsichtbare Hand“ – sprich Selbstregulierung – des Marktes walten lassen.

Keynes' „General Theory“

Viele DenkerInnen sind hier ganz anderer Ansicht, wobei an erster Stelle John Maynard Keynes zu nennen ist. Der britische Ökonom sprach sich in seiner „General Theory“ dafür aus, dass Staaten oder Institutionen wie Zentralbanken mit gezielten finanzpolitischen Maßnahmen die Wirtschaft, vor allem in Krisenzeiten, ankurbeln sollten. So würden die Nachfrage nach Gütern sowie Dienstleistungen, Beschäftigung und letztlich der allgemeine Wohlstand ansteigen. Das sei volkswirtschaftlich sinnvoll und darüber hinaus auch gerecht. Denn aus dem Blickwinkel einer solidarischen Perspektive produziert der freie Markt strukturelle Ungleichheiten, was sich etwa in der Herausbildung von Monopolen und Oligopolen widerspiegelt. Der Anhäufung von Kapital auf der einen Seite stünden auf der anderen verarmte Massen von Arbeiterinnen und Arbeitern gegenüber, weshalb ein soziales Gegensteuern notwendig sei. Oder vielleicht gleich eine Revolution? Diese Meinung vertrat wiederum Karl Marx, der übrigens dem Begriff der Gerechtigkeit prinzipiell sehr skeptisch gegenüberstand. Er hielt ihn für einen Teil des bürgerlichen Überbaues, für ein Scheinargument der Bourgeoisie, um

die bestehenden Machtverhältnisse zu legitimieren. Innerhalb der unterdrückterischen kapitalistischen Produktions- und Besitzbedingungen sei Gerechtigkeit laut Marx nicht zu erreichen. Nach der Machtergreifung des Proletariats und der Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft erübrige sich das Problem der Gerechtigkeit/Ungerechtigkeit dann von selbst. Interessant ist, dass Marx die Prinzipien einer kommunistischen Gesellschaft auch wie folgt formuliert: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ – was wiederum stark an Platon erinnert.

Von Rousseau zu Marx

Marx greift übrigens auch aus dem Vollen auf den Schweizer Philosophen **Jean-Jacques Rousseau** zurück. Dieser meinte schon im 18. Jahrhundert, dass der Privatbesitz die Wurzel allen menschlichen Übels sei, der zu einer Herrschaft der Reichen über die Armen und Schwachen führe. Die Lösung sieht Rousseau in der Errichtung eines Gesellschaftsvertrags, der durch die freie Übereinkunft aller Bürger zustande kommen muss. Hier soll der Wille der Mehrheit über den Interessen einiger weniger Mächtiger stehen. Womit wir wieder bei Diskurs und Gesetzesfindung, wie sie in einer Demokratie üblich sind, angelangt wären. Die Umsetzung ist dann eine Frage der praktischen Auseinandersetzung, die sich aus dem gesellschaftlichen Diskussionsprozess herauskristallisiert. Dass der jeweilige Status quo es allen recht macht, ist dabei unwahrscheinlich – zu unterschiedlich sind die Auffassungen bzw. Interessen.

Holzleithner führt weiter aus: „So ist es etwa die Position der Gewerkschaften, dass sozial Schwächere Sozialleistungen beziehen, weil das gerecht ist. Andere meinen wiederum, dass solche Leistungen eher Ausdruck von Großzügigkeit statt von Gerechtigkeit seien.“ Wer hier „recht“ hat, mögen die geneigten LeserInnen selbst entscheiden. Markus Marterbauer, Wirtschaftsexperte der AK Wien, gibt dabei zu bedenken: „Gerechtigkeit ist ein menschliches Anliegen, wobei gerechte Verteilung auch volkswirtschaftlich sinnvoll ist. Die Zeiten hoher Prosperität fallen mit dem Ausbau des Sozialstaates zusammen.“ Der Ökonom meint, dass schon allein die Erwartungen in den Sozialstaat stabilisierend wirken: „Das Vertrauen in gewisse Sozialleistungen wie zum Beispiel Arbeitslosenunterstützung oder Gesundheitsversorgung halten vom ‚Angstsparen‘ ab. So bleibt gerade in Krisensituationen Geld im Wirtschaftskreislauf erhalten.“ Anstatt eines harten Sparurses wünscht sich der Experte deshalb mehr Investitionen in Bildung und Arbeit. Marterbauer abschließend: „Die Finanzierung über eine höhere Belastung von großen Vermögen halte ich dabei für vertretbar und gerecht.“

Internet:

Mehr Info unter:

www.information-philosophie.de

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
harald.kolerus@gmx.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wirtschaftliche Folgen des Sparens

Simultanes Sparen von Staaten, privaten Haushalten und Unternehmen funktioniert nicht: Die Eurozone spart sich ärmer.

Philipp Heimberger

Student der Volkswirtschaftslehre
an der WU Wien

Die Staatsschulden stiegen in der Eurozone zwischen 2008 und 2013 von 70,1 Prozent auf 95,5 Prozent des BIP. Umfangreiche Budgetkonsolidierungsmaßnahmen der Mitgliedsstaaten seien notwendig, um die Staatsverschuldung nachhaltig zu reduzieren – so lautet angesichts dieses Problems der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte die Vorgabe der verantwortlichen EU-Politik. Tatsächlich stiegen die Staatsschulden in den letzten Jahren jedoch immer weiter an – am stärksten in jenen Ländern, welche die schärfste Sparpolitik durchsetzten. Dass Konsolidierungsmaßnahmen die Staatsschuldendynamik verschlimmern, mag auf den ersten Blick paradox erscheinen. Eine Beschäftigung mit den makroökonomischen Folgen der staatlichen Sparanstrengungen, die noch dazu gleichzeitig mit dem Schuldenabbau von privaten Haushalten und Unternehmen erfolgen, erklärt jedoch das Phänomen. Die eingeschlagene Sparpolitik in der Eurozone ist zum Scheitern verurteilt.

Krisenursache Verschuldung?

Immer noch greift die falsche Behauptung um sich, die öffentliche Verschuldung sei bereits in den Jahren vor der Krise 2008/2009 untragbar hoch gewesen. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Die Staatsschulden gingen zwischen 2004 und 2007 in der Eurozone von 69,7 Prozent auf 66,4 Prozent zurück. Im sel-

ben Zeitraum fiel die Staatsverschuldung im späteren Krisenland Spanien von 46,3 Prozent auf 36,3 Prozent des BIP. Auch in Österreich war die Schuldenquote von 64,7 Prozent auf 60,2 Prozent rückläufig. In Irland betrug die Staatsschuldenquote 2007 gerade einmal 24,9 Prozent. Die einzigen späteren Krisenländer der Eurozone, die tatsächlich bereits vor der Krise steigende Staatsschulden verzeichneten, sind Portugal und Griechenland. Der starke Anstieg der Schuldenquoten ab dem Jahr 2008 ist eine Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise: Die hohen Kosten der Bankenrettung, der starke Rückgang der Steuereinnahmen und der wirtschaftliche Einbruch ließen die Staatsschulden quer durch die Eurozone, aber besonders stark in Krisenländern wie Griechenland, Irland oder Spanien, sprunghaft ansteigen.

Die Darstellung der Staatsschulden als Krisenursache ist nicht nur falsch, sie ignoriert auch die eigentliche Verschuldungsproblematik der Vorkrisenjahre – nämlich den dramatischen Anstieg der Privatverschuldung. Die Verschuldung des Privatsektors, bestehend aus privaten Haushalten und Unternehmen, stieg in Spanien beispielsweise zwischen 2004 und 2007 von 224 Prozent auf 285 Prozent des BIP an. Auch in Irland und Portugal war die Privatverschuldung vor der Krise beinahe dreimal so hoch wie die Wirtschaftsleistung.

Was sich ab 2008 in weiten Teilen der Eurozone abspielte, kann – wenn man dem japanischen Ökonomen **Richard Koo** folgt – nur vor dem Hintergrund des akuten Problems der Überschuldung des Privatsektors in einigen

BUCHTIPP

Mark Blyth:

Austerity

The History of
a Dangerous Idea
Oxford University Press,
2013, 288 Seiten, € 16,95
ISBN: 978-0-1998-2830-2



Bestellung:

www.besserewelt.at

Mitgliedsländern verstanden werden. Als in Spanien und Irland die Immobilienblasen platzten, kam es zu einem dramatischen Verfall der Immobilienpreise. Koo beschreibt eine solche Situation mit dem Konzept der „Bilanzrezession“: Die Bilanzen des Privatsektors stehen nach dem Platzen einer Vermögensblase aufgrund der Überschuldung unter Wasser, da die Vermögenswerte stark fallen, während die Verbindlichkeiten weiter bedient werden müssen. Dies führt dazu, dass Unternehmen und Haushalte angestrengt sparen, um ihre Bilanzen zu sanieren. Solange der Schuldenabbau andauert, führt dies zu Nachfragerückgängen, die sich negativ auf Wachstum und Beschäftigung auswirken.

Schuldendeflation und Sparparadoxon

Einsichten in die volkswirtschaftlichen Probleme, die durch den Abbau der privaten Verschuldung in den letzten Jahren im Euroraum entstanden, liefert der amerikanische Ökonom **Irving Fisher**. Dieser formulierte bereits 1933, geprägt durch die Erfahrungen der Großen Depression,



ZU VERKAUFEN
FIF - Immobilien
0666/41666881

Aufgrund von Überschuldung müssen Haushalte und Unternehmen Vermögenswerte abstoßen. Der Ausverkauf von Vermögenswerten löst Abwärtsdruck auf das allgemeine Preisniveau aus. Aufgrund der sinkenden Preise verschlechtert sich die Nettovermögensposition der Unternehmen; die Profite gehen zurück; Produktion und Beschäftigung fallen.

seine Theorie einer Schuldendeflationsspirale. Aufgrund von Überschuldung müssen Haushalte und Unternehmen Vermögenswerte abstoßen. Der Ausverkauf von Vermögenswerten löst Abwärtsdruck auf das allgemeine Preisniveau aus. Aufgrund der sinkenden Preise verschlechtert sich die Nettovermögensposition der Unternehmen; die Profite gehen zurück, Produktion und Beschäftigung fallen.

Deflationsdruck steigt

Überschuldung verursacht demnach deflationären Druck, der sich wiederum auf die Verschuldung auswirkt: Sinkende Preise erhöhen die reale Schuldenlast, weil die nominal fixierten Schulden mit steigendem realen Eurowert bedient werden müssen. Wenn die Preise schneller fallen als der Schuldenabbau voranschreiten kann, dann sind die Entschuldungsbemühungen sogar ein Schuss ins eigene Knie: Je mehr die SchuldnerInnen den Schuldenabbau forcieren, desto höher wird aufgrund des entstehenden Deflationsdrucks die Schuldenlast. In der Eurozone lag die Inflation zuletzt durchschnittlich nur noch bei 0,5 Prozent. Spanien und Portugal rutschten in ein Deflationsterrain ab, wo Griechenland bereits seit Längerem vorzufinden ist; Italien könnte bald folgen. Damit sind die von Fisher eindringlich beschriebenen Probleme des erschwerten Schuldenabbaus verbunden.

Dass verstärkte Sparanstrengungen der privaten Haushalte maßgeblich zur Vertiefung von Wirtschaftskrisen beitragen können, hatte auch der britische

Ökonom John Maynard Keynes erkannt. Die Einsicht, dass sich eine Volkswirtschaft selbst ärmer sparen kann, ergibt sich aus dem Sparparadoxon: Gleichzeitiges Sparen einer größeren Gruppe privater Haushalte verringert die Konsumausgaben. Die Unternehmen können weniger Güter und Dienstleistungen absetzen, die Einkommen sinken. Bei niedrigeren Einkommen geht jedoch auch das Sparaufkommen zurück; dadurch kann der ursprüngliche Anstieg der Ersparnisse mehr als zunichtegemacht werden. Abhängig ist dies von den Investitionen, die immer gleich den Ersparnissen sind: Sinken die Investitionen, etwa wegen ungünstiger Absatzerwartungen der Unternehmen, dann wird das Sparparadoxon schlagend: Die erhöhte gleichzeitige Sparanstrengung der privaten Haushalte führt zu sinkenden Ersparnissen – jedoch bei niedrigerer Wirtschaftsleistung und geringerer Beschäftigung.

Auch die Staaten sparen

Nicht nur private Haushalte sparten in den letzten Jahren. Auch Mitgliedsstaaten der Eurozone kürzten ihre Ausgaben und erhöhten Steuern – und zwar nicht nur krisengeschüttelte Länder wie Griechenland, Portugal oder Spanien. Selbst Deutschland, Österreich oder die Niederlande setzten – wenngleich in geringerem Ausmaß – Budgetkonsolidierungsmaßnahmen durch. Eine Stabilisierung der Staatsschulden durch simultane Sparpolitik ist jedoch kaum zu bewerkstelligen: Die Konsolidierungsmaßnahmen haben negative Effekte auf Wachstum

und Beschäftigung. Aufgrund der wechselseitigen Abhängigkeiten im Euroraum, die insbesondere durch enge Handelsbeziehungen gegeben sind, wird es für jedes einzelne Land immer schwieriger, die eigene Staatsverschuldung zu stabilisieren, wenn die anderen Länder ebenfalls sparen und dadurch auch ihre Nachfrage nach Produkten aus anderen Mitgliedsländern reduzieren. Am Ende des gleichzeitigen Sparens stehen aufgrund des wirtschaftlichen Einbruchs höhere Staatsschuldenquoten als zu Beginn, wobei jene Länder mit den größten Sparanstrengungen die stärkste Verschlechterung der Verschuldungsdynamik verzeichnen. Das Problem ließe sich dadurch entschärfen, dass Länder wie Deutschland und Österreich ihre Binnennachfrage stärken. Denn solange private Haushalte und Unternehmen den Schuldenabbau nicht abgeschlossen haben, ist es umso wichtiger, dass jene Staaten, die dazu in der Lage sind, zusätzlich Nachfrage schaffen. Solange jedoch der verfehlte Glaube vorherrscht, eine simultane Austeritätspolitik in der Eurozone würde zu einer Stabilisierung der Staatsschuldenquoten führen, spart sich die Eurozone ärmer.

Internet:

Mehr Info unter:

www.social-europe.eu

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
philipp.heimberger@chello.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wer spart, der hat?

Seit 2001 ist das Geldvermögen privater Haushalte um 200 Mrd. Euro auf 500 Mrd. Euro gestiegen – die ÖsterreicherInnen sind ein Volk von Sparefrohs.

Manuel Melzer

Ökonom und Entwicklungsforscher

Reich wird man nicht durch das, was man verdient, sondern durch das, was man nicht ausgibt“, sagte einst Henry Ford. Mit der Diskussion um Vermögenssteuern wirkt der Ausspruch des amerikanischen Großindustriellen aktueller denn je: Von Politikerinnen und Politikern, Wirtschaftstreibenden, Wohlhabenden bis hin zu Internetseiten mit Namen wie „wiewerdeichreich“ wird uns das Bild vermittelt, dass man vor allem durch (Arbeits-)Leistung und Sparwillen reich wird. Hält diese Botschaft der Realität stand? Ein Blick auf die Daten gibt Aufschluss.

In Österreich wird viel gespart

Seit 2001 ist das Geldvermögen privater Haushalte laut den Zahlen der österreichischen Nationalbank von etwas über 300 Milliarden Euro auf knapp 500 Milliarden Euro angestiegen. Treibende Kraft hinter dieser massiven Zunahme war die Ersparnisbildung der Haushalte, da es in Österreich keine nennenswerte Geldvermögensbildung aus Kreditaufnahmen gibt. Laut Eurostat lagen Österreichs Haushalte 2012 mit einer Bruttosparquote von 12,62 Prozent auch klar über dem EU-Schnitt von 11,26 Prozent. Es zeigt sich also: In Österreich wird viel gespart.

Geändert hat sich allerdings die Art des Sparens. Zwar machten Bargeld und Einlagen (Sichteinlagen, Sparkonten, Bausparverträge) 2013 mit 47 Pro-

zent weiterhin den Großteil des Geldvermögens aus, 1980 lag dieser Anteil jedoch noch bei 69 Prozent. An Bedeutung gewonnen haben seit damals vor allem versicherungstechnische Rückstellungen wie Lebens- und Pensionsversicherungen, deren Anteil von 12 auf 20 Prozent gestiegen ist, und Anteilspapiere (Aktien, Investmentzertifikate, Beteiligungen an GmbHs etc.) mit einem Anstieg von einem auf 12 Prozent.

Gespart wird dabei in fast allen Haushalten. Die Erhebung zur finanziellen Situation und zum Konsum von Haushalten (HFCS)¹ aus dem Jahr 2010 zeigte, dass 87,1 Prozent aller Haushalte Sparkonten und immerhin noch 54,7 Prozent Bausparverträge hatten. Anteilspapiere und Fonds, die knapp 20 Prozent des Geldvermögens ausmachen, hielten jedoch nur zehn Prozent aller österreichischen Haushalte. Während klassische Sparkonten von Haushalten aller Vermögensschichten gehalten werden, kommen riskantere (aber auch ertragreichere) Sparformen wie Anleihen und Aktien in vermögensarmen Haushalten so gut wie gar nicht vor, bei vermögensreichen Haushalten dafür sehr häufig. Wer mehr Geldvermögen hat, kann viel diversifizierter anlegen, das Risiko breiter streuen und in den meisten Fällen auch höhere Renditen erzielen.

2,7 Sparkonten/ÖsterreicherIn

Doch auch innerhalb der Sparkonten gibt es große Unterschiede in der Verteilung. Insgesamt gab es 2011 rund 23

Millionen Sparkonten in Österreich oder etwa 2,7 Konten pro Person. Von den gesamt rund 157 Milliarden Euro an Spareinlagen lagen mehr als 80 Prozent auf Konten mit bis zu 10.000 Euro. Auf nur 0,03 Prozent aller Konten lagen Beträge über 500.000 Euro. Dennoch summierten sich darauf Spareinlagen von über acht Milliarden Euro und damit von über fünf Prozent des Gesamtvolumens. Das Sparbuch ist daher nicht nur die Sparform des „kleinen Mannes“.

Reich durch Sparen?

Fast alle österreichischen Haushalte sparen und es gibt insgesamt große Ersparnisse. Gibt es daher auch viele reiche Haushalte? Die Antwort ist Nein. Die Erhebung zur finanziellen Situation und zum Konsum von Haushalten (HFCS) hat gezeigt, dass 2010 die Hälfte aller österreichischen Haushalte ein Nettovermögen (also Sachvermögen plus Geldvermögen abzüglich Verschuldung) von maximal 77.000 Euro hatte. 80 Prozent verfügten über maximal 311.000 Euro.

Erst in den Top fünf Prozent der Haushalte fanden sich Euromillionäre. Diese konnten dafür aber etwa 45 Prozent des Gesamtvermögens auf sich vereinen, während die vermögensarme Hälfte nur vier Prozent des Vermögens besaß. Beim Geldvermögen war diese ungleiche Verteilung noch stärker.

¹ Die Erhebung zur finanziellen Situation und zum Konsum von Haushalten (HFCS – Household Finance and Consumption Survey) wurde 2010 unter Anleitung der EZB in allen Euro-Staaten von der jeweiligen Zentralbank durchgeführt. Sie gibt erstmals Aufschluss über die Vermögenssituation österreichischer Haushalte.

Auch wenn Reichtum nicht eindeutig definiert werden kann, da es sich vor allem um eine relationale Größe handelt, und die Erhebung auch viele Haushalte umfasst, die erst am Anfang oder in der Mitte ihres Ersparnisaufbaus stehen, zeigen diese Zahlen, dass es in Österreich nur ein kleiner Teil der Bevölkerung zu größerem Reichtum bringt. Und Sparen allein war wohl für sehr wenige der Weg zum Reichtum. Denn ein wichtiger Teil des Vermögens österreichischer Haushalte – etwa ein Drittel – stammt aus Erbschaften, die bei den sehr vermögenden Haushalten deutlich häufiger und mit höheren Summen anfallen als beim Rest der Bevölkerung.

Woran liegt's?

Sparen allein reicht für den Aufbau von Reichtum meist nicht aus, da viele Haushalte nicht genug Einkommen erzielen, um größere Beträge anzusparen. Laut der Konsumerhebung 2009/10 der Statistik Austria hatten österreichische Haushalte 2010 ein durchschnittliches monatliches Äquivalenznettoeinkommen² von 2.020 Euro, dem monatliche Äquivalenzausgaben von 1.880 Euro gegenüberstanden. Im Durchschnitt sparten die Haushalte im Monat also 140 Euro oder sieben Prozent des Nettoeinkommens.

Die Schwierigkeit, durch Arbeit reich zu werden, zeigt auch ein kleines Gedankenspiel der Arbeiterkammer Wien. In ihrer Broschüre „Die Verteilung von Vermögen in Österreich“ stellt sie die Frage, wie viel Vermögen durch unselbstständige Arbeit über ein Erwerbsleben erspart werden kann. Vier beispielhafte Lebensläufe werden nachgezeichnet und ihre Ersparnisse am Ende von 45 Jahren Vollzeitarbeit verglichen. Millionäre werden alle vier nicht. Selbst jene fiktive Person, die durchgängig ein hohes Einkommen erzielt, davon monatlich 15 Prozent zur Seite gelegt und das Ersparnis mit fünf Prozent jährlich verzinst hat, hatte zum Pensionsantritt 2012 gerade einmal 270.000 Euro auf der Kante.

² Äquivalenzierung ist eine Methode, um Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen.

Neben dem Einkommen spielt die soziale Herkunft eine wichtige Rolle. Wer finanzielle Zuwendungen wie Schenkungen und Erbschaften erhält, kann leichter ein Vermögen aufbauen. Auch der Zugang zu guter Bildung und Ausbildung ist in Österreich einfacher für Kinder wohlhabender Familien. Außerdem haben Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen durchschnittlich deutlich höhere Vermögen als der Rest der Bevölkerung.

Wer spart, der hat?

Die Daten zeigen, dass es in Österreich nur ein kleiner Teil der Bevölkerung zu größerem Reichtum bringt. Sparen allein reicht dafür meist nicht aus. Das Einkommen vieler Haushalte, kombiniert mit hohen Lebenskosten, ist zu niedrig, um große Schritte zu tun. Einfacher haben es jene, die in reiche Familien geboren werden, dank Schenkungen, Erbschaften und einem besseren Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt. Hinzu kommt, dass Arbeit in Österreich sehr hoch besteuert wird, Vermögen hingegen kaum. Das Versprechen, durch Leistung und Sparen reich werden zu können, wirkt daher hohl. Viel eher dient es dazu, die ungleiche Verteilung von Vermögen zu legitimieren und die Verantwortung für den persönlichen Reichtum zu individualisieren. Wer nicht reich wird, soll die Schuld bei sich selbst suchen und nicht bei den gesellschaftlichen Gegebenheiten. Im öffentlichen Diskurs ist daher mehr Ehrlichkeit nötig – und eine stärkere Umverteilung des gesellschaftlichen Wohlstands.

Internet:

AK Wien: Die Verteilung von Vermögen in Österreich. Download unter:
tinyurl.com/pwg2mzf

Statistik Austria: Konsumerhebung 2009/10:
tinyurl.com/nhjggx7

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
manuelmelzer@yahoo.com
oder die Redaktion
aw@oegb.at



Fast alle österreichischen Haushalte sparen und es gibt insgesamt große Ersparnisse. Gibt es daher auch viele reiche Haushalte? Die Antwort ist Nein.

Vom Sparen zum Spekulieren und wieder zurück

Das Finanzsystem ist uns über den Kopf gewachsen. Es gehört gesundgeschrumpft.

Markus Marterbauer

AKWien – Wirtschaftswissenschaft und Statistik

Wie viel Bank braucht der Mensch?“ nennt der deutsche Ökonom Thomas Fricke sein neues Buch. ÖsterreicherInnen wissen darauf eine sichere Antwort: Eine bestimmte Bank hätte man jedenfalls gar nicht gebraucht. Bei der Hypo Alpe-Adria wurden von Geschäftsführungen und Politik so ziemlich alle Fehler gemacht, die man machen kann. Zunächst drehte man jahrelang ohne ausreichende Sicherheiten und Kontrollen am großen Spekulationsrad in Südosteuropa, mit dem Ergebnis riesiger Verluste. Gleichzeitig übernahm das Bundesland Kärnten Haftungen für die Bank, die zum Höhepunkt 2006 dem zwölfwachen Landesbudget eines Jahres entsprachen. Nach der Notverstaatlichung der Bank im Jahr 2009 verhandelte die zuständige Bundesministerin fürchterlich schlecht mit der Europäischen Kommission über die Abwicklung und verschleppte die Einrichtung einer Abbaubank über Jahre. All diese Fehlentscheidungen maximieren die Kosten für die SteuerzahlerInnen.

Hypo: Sittenverfall im Bankgeschäft

Ähnliche Fälle wie jener der Hypo Alpe-Adria sind in ganz Europa aufgefliegen, viele dürften noch folgen. Sie spiegeln den Verfall der Sitten im Bankgeschäft. Die Kernaufgabe des Bankensystems bildet eigentlich die Vermittlung zwischen Ersparnissen der privaten Haushalte und kreditfinanzierten Investitionen der Unternehmen. Ohne sie kann eine Markt-

wirtschaft nicht funktionieren. Doch in den 2000er-Jahren ließ sich das große Geld woanders verdienen: in der Spekulation. Diese kann ganz einfach beginnen, wie es das Beispiel österreichischer Banken im In- und Ausland zeigt: Das biedere Geschäft der Vergabe eines Hypothekarkredites zum Erwerb einer Wohnung oder zum Bau eines Hauses wurde zum Spekulationsgeschäft. Empfohlen wurden ein Fremdwährungskredit in Schweizer Franken und ein Tilgungsträger, mit dem auf den Aktienbörsen angelegt wurde, um den endfälligen Kredit zurückzuzahlen. Damit spekulierten die kleinen HäuslbauerInnen gleich zweifach riskant: einmal auf den sehr schwankungsanfälligen Wechselkurs zwischen Euro und Schweizer Franken und dann auf den manisch-depressiven Kursverlauf der Finanzmärkte.

Die höhere Form der Spekulation ermöglichten die Derivate. Sie wurden ursprünglich als Instrument der Absicherung von realen Geschäften entworfen, indem etwa ein Getreideproduzent bei der Aussaat eine Versicherung bezüglich des später erzielbaren Verkaufspreises abschließt. Doch der Handel mit diesen Finanzinnovationen führte dazu, dass nicht die Absicherung eines realen Grundgeschäftes im Mittelpunkt stand, sondern die organisierte Wette auf das Eintreffen beliebiger Ereignisse. Hinter Derivaten der höheren Art standen gar keine realen Geschäfte, vielfach auch unter Umgehung der Eigenkapitalvorschriften. In den 2000er-Jahren erreichten die weltweiten Derivatmärkte ein Volumen von zigtausend Milliarden Dollar und wurden meist auch außer-

BUCHTIPP

Thomas Fricke:

Wie viel Bank braucht der Mensch?

Raus aus der verrückten Finanzwelt
2013, 256 Seiten, € 20,60
ISBN: 978-3-86489-036-9



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

halb der Aufsicht auf Börsen abgewickelt. Der Finanzinvestor Warren Buffett bezeichnete diese komplexen Finanzinstrumente schon 2003 als „finanzielle Massenvernichtungswaffen“.

Neoliberaler Abbau von Kontrolle

Der Ankauf langfristiger spekulativer Wertpapiere mit hohen Erträgen wurde oft durch die Aufnahme billiger kurzfristiger Kredite finanziert: ein immenses Geschäft. So dachten zumindest die ManagerInnen von Banken, Pensionsfonds und Versicherungen, die mit den erzielten Gewinnen hohe Bonuszahlungen lukrierten, die den Großteil ihres Gehalts ausmachten. Sie waren die Stars der 2000er-Jahre, meist ohne die Risiken ihrer Geschäfte zu verstehen. In Wahrheit waren sie nur Teil einer Herde, in der alle scheinbar erfolgreich das Gleiche taten.

Der staatlichen Finanzaufsicht wird heute von neoliberaler Seite gerne vorgeworfen, sie hätte in der Krise versagt.



Damit spekulierten die kleinen HäuslbauerInnen gleich zweifach riskant: einmal auf den sehr schwankungsanfälligen Wechselkurs zwischen Euro und Schweizer Franken und dann auf den manisch-depressiven Kursverlauf der Finanzmärkte.

Doch die unbestreitbare Schwäche der Aufsicht war ja gerade die Folge der neoliberalen Ablehnung der Kontrolle von Banken und Finanzmärkten. Denn die Neoliberalen behaupteten, unregulierte Finanzmärkte seien stabil, effizient und wohlförderungsfördernd. Diese Ideologie bildete die Basis für den Abbau aller staatlichen Regulierungen der Finanzmärkte. Er wurde in der EU etwa im Rahmen des Aktionsplanes für Finanzdienstleistungen zur Schaffung eines freien Marktes für Kapital von 1999 vorangetrieben.

Keynes: Gefährliches Herdenverhalten

Diese neoliberale Theorie hat sich spätestens in der Finanzkrise seit 2007 als falsch herausgestellt. Der britische Ökonom John Maynard Keynes hatte schon in der Finanzkrise der 1930er-Jahre erkannt, dass unregulierte Finanzmärkte durch ein Herdenverhalten geprägt sind, indem die Kurse steigen, weil alle erwarten, dass alle anderen Spekulanten erwarten, die Kurse würden weiter steigen und umgekehrt, wenn alle pessimistisch sind. Dieses Herdenverhalten führt nicht nur zu starken Schwankungen auf den Finanzmärkten, sondern gefährdet auch die Stabilität der realen Wirtschaft.

Seit Ausbruch der Finanzkrise werden die Weichen neu gestellt. In den USA und in der EU sind umfassende Regulierungen in Bezug auf das Eigenkapital der Banken, die Ratingagenturen, die Schaffung von Aufsichtsgremien für Banken, Versicherungen und Wertpapiermärkte und die Erhöhung der Transparenz von Hedgefonds und

im Handel mit Derivaten gelungen. Zuletzt wurde in der EU mit der Bankenunion ein wichtiger Schritt getan, mit dem die Abwicklung von in Schieflage geratenen Banken unter Heranziehung von Eigentümern und Gläubigern und unter Schonung von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern sowie Sparerinnen und Sparern erfolgen soll.

Diese Regulierungen sind sinnvoll, aber sie gehen nicht weit genug. Es geht nicht nur um mehr Aufsicht, Transparenz und Eigenkapital, sondern vor allem um eine Verringerung des Anteils des Finanzsektors an der Wirtschaft. Dies ist bislang nicht gelungen. Das hat auch mit der enormen Machtfülle des Banken- und Finanzsektors zu tun. Nobelpreisträger **Joseph Stiglitz** hat eindringlich die enge Vernetzung der größten Investmentbank Goldman Sachs mit Regierung und Kongress und die starke Abhängigkeit der Parteien von der Finanzierung durch den Finanzsektor in den USA dargestellt. Auch in Deutschland und Österreich haben die großen Banken viel zu hohen Einfluss auf die Finanzpolitik.

Finanzsektor muss schrumpfen

Für das notwendige Schrumpfen des Banken- und Finanzsektors gibt es drei Ansatzpunkte:

» Verschärfung der Regulierung der Finanzaktivitäten, einschließlich des Verbots vieler Finanzinnovationen und der Verringerung der Möglichkeit, im Finanzsektor Gewinne und absurd hohe Einkommen zu erzielen.

» Höhere Steuern auf den Finanzsektor, insbesondere die Einführung der Finanztransaktionssteuer und eine in der EU koordinierte Erhöhung von Finanzaktivitätssteuern wie der österreichischen Bankenabgabe, sowie die Besteuerung und Einschränkung von Bonuszahlungen.

» Am wichtigsten ist es, das Spielkapital des weltweiten Finanzcasinos zu verringern. Dazu muss die Ungleichheit in der Verteilung von Vermögen und Einkommen verringert werden. Denn nur das oberste Prozent der Haushalte verfügt über ganz hohe Ersparnisse, die risikoreich veranlagt werden. In Österreich hält diese Gruppe mehr als ein Drittel des gesamten Vermögens. Der französische Ökonom **Thomas Piketty** spricht angesichts der Konzentration der Vermögen, die in die nächste Generation vererbt werden, vom Entstehen einer neuen Finanzaristokratie, die die Fundamente einer sozial gerechten und demokratischen Gesellschaft vernichtet. Dieser Gefahr ist nur mit griffigen Steuern auf hohe Vermögen und Erbschaften sowie auf absurd hohe Finanzeinkommen beizukommen.

Internet:

Rezension von Thomas Fricke „Wie viel Bank braucht der Mensch?“ auf den Nachdenkseiten:
www.nachdenkseiten.de/?p=18966

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
markus.marterbauer@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Der Ruf nach der Fesselung der Politik ...

Schuldenbremsen zu fordern kann verblüffend populär sein – und ist oft populistisch.

John Evers

Erwachsenenbildner und Historiker

Der Beitritt zum europäischen Fiskalpakt gehörte zu den meistdiskutierten Themen der Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren.¹ Kein Wunder: Die Proponentinnen und Proponenten dieser „Schuldenbremse“ im Rahmen der EU waren schließlich bisher nicht unbedingt als die größten Fans der Gewerkschaften bekannt.²

USA: Staatsgrundsatz Schuldenverbot

Was für Europa als Debatte eher ein Novum darstellte, ist in den USA schon seit langer Zeit als ideeller Wert verankert. Dort galt ein Schuldenverbot zunächst sogar als eine Art Staatsgrundsatz. Bis 1917 musste jede einzelne Anleihe vom Kongress genehmigt werden. Seit dem Ersten Weltkrieg wurde diese mühsame Praxis durch eine automatische (allerdings jährlich anpassbare) Schuldenobergrenze ersetzt. Fast ebenso lange können wir mitverfolgen, wie diese Regelung immer wieder zum Gegenstand von tagespolitischen Scharmützeln wird, während das Land am Rand der Zahlungsunfähigkeit schrammt. Marktradikale Kräfte – wie die AnhängerInnen der **Tea-Party-Bewegung** – sehen auf diesem Feld einen Startvorteil für sich. Schließlich betrachtet die US-Bevölkerung laut Umfragen das Thema „Defizit und Verschuldung“ als durchaus zentrales Problem.³ Wer Schulden macht, gilt umgekehrt schnell als unpopulär. Das wissen gerade auch jene, die in Europa die Idee der Schul-

denbremse als Kampagnenthema für sich entdeckten.

Mit dem Sparschwein

Im „Vertrag für Österreich“ forderte die Haider-FPÖ bereits 1995 eine Verfassungsbestimmung, welche die Staatsverschuldung auf 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts festschreiben sollte. In der Schweiz lancierte 2001 ein breites Bündnis aus konservativen, liberalen und weit rechts stehenden Kräften die Forderung nach einer Schuldenbremse. Ein darauf folgendes Referendum bestätigte mit 85 Prozent Zustimmung eine entsprechende Klausel in der Verfassung. Die rechtspopulistische SVP forderte zudem immer wieder deren weitere Verschärfung. In Deutschland führte 2011 die hessische CDU einen ganzen Kommunalwahlkampf zum Thema Schuldenbremse.

Parallel zu den Wahlen am 27. März 2011 hatte Ministerpräsident **Volker Bouffier** ein Referendum über eine entsprechende Bestimmung in der Landesverfassung angesetzt. Die Kampagne erwies sich bemerkenswerterweise als wesentlich populärer als Bouffier selbst. Während die CDU fast fünf Prozentpunkte verlor, stimmten 70 Prozent der Bevölkerung Hessens für eine Schuldenbremse. Im selben Jahr machte sich auch der bayrische Ministerpräsident Horst Seehofer am „größten Stammtisch der Welt“ – dem politischen Aschermittwoch der CSU in Passau – für ein solches Referendum stark. Zwei Jahre später gewann seine Partei bei den Landtagswahlen zwar beachtliche 47,7 Prozent. Nicht weniger als 89 Prozent

der Bayern stimmten am 15. September 2013 aber gleichzeitig für eine Schuldenbremse in der Landesverfassung.

Wie dünn der politische Gehalt dieser Kampagnen war, wurde durchaus bemerkt. Im Falle Bayerns schrieb z. B. der „Tagesspiegel“ von „Populismus und Symbolik“ – da entsprechende Bestimmungen ohnehin bereits im deutschen Grundgesetz verankert sind.⁴ Für Hessen hielt die konservative FAZ vor dem Referendum 2011 fest: „Allein seit der Regierungsübernahme durch eine CDU/FDP-Koalition im Jahr 1999 erhöhte sich der hessische Schuldenstand um 57 Prozent.“⁵ Ebenso könnten hier die Schuldenberge der FPÖ in Kärnten oder jene, welche die neoliberalen Administrationen der Republikaner in den USA hinterlassen haben, angeführt werden. Bemerkenswert ist es trotzdem, dass PolitikerInnen, die sich selbst als Populisten verstehen⁶, mit dem Sparschwein auf WählerInnenfang gehen. Doch wo liegt eigentlich das populistische Potenzial der Schuldenbremse?

Neoliberaler Populismus

Das erst im letzten Sommer präsentierte Buch „Mythen des Sparens“ befasst sich u. a. mit der Frage, warum diese Mythen in breiten Teilen der Bevölkerung immer

¹ Gesetzliche Festlegung auf eine jährliche Neuverschuldung von maximal 0,5 Prozent des BIP bzw. eine Gesamtschuldenquote von 60 Prozent des BIP sowie ein Sanktionierungsmechanismus. Vgl.: ÖGB (2012), Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) & Fiskalpakt, Fragen und Antworten.

² Im konkreten Fall v. a. EZB und IWF bzw. CDU und FDP.

³ tinyurl.com/ocs9hyy

⁴ tinyurl.com/mn8mow

⁵ tinyurl.com/lgac3bp

⁶ Vgl. tinyurl.com/kgfblrk



Bemerkenswert ist es trotzdem, dass PolitikerInnen, die sich selbst als Populisten verstehen, mit dem Sparschwein auf WählerInnenfang gehen.

wieder gut ankommen können. Im Zentrum stehe demnach eine starke moralische Argumentation, welche erfolgreich an das „Gewissen der BürgerInnen“ – etwa mit „Verweisen auf Sprachbilder des Alltagsverstands“ – appelliert.⁷ Die Angst vor den Schulden – und nicht um die fehlenden Investitionen – für Enkel und Urenkel. Oder die eingängige, aber falsche Vorstellung, dass ein privater und ein staatlicher Haushalt in der gleichen Art und Weise geführt werden könnten. Auf dieser Klaviatur spielt seit vielen Jahren ein spezifisch neoliberaler Populismus.

Die Forderung nach einer Schuldenbremse beinhaltet aber nicht nur das Thema Schulden, sondern ebenso den Wunsch nach einer Bremse. Wer (angeblich) gebremst werden soll, wird klar kommuniziert. „Wenn sich schon Odysseus an den Mast binden ließ, um nicht den Gesängen der Sirenen zu erliegen“, argumentierte der Schweizer Finanzminister Kaspar Villiger 2001 blumig, „so ist es gewiss nicht schlecht, wenn sich auch die Politik gegen Verführungen wappnet.“⁸ Die „Basler Zeitung“ unterlegte damals diesen Ruf mit der angeblichen Stimme des Volkes: „Es ist wahrhaftig nicht mehr länger zu verantworten, dass im Bundeshaus konsumiert wird, als ob dieser Selbstbedienungsmarkt kei-

ne Kasse hätte.“⁹ Diese Idee, nämlich über ein Referendum den Handlungsspielraum „der Politik“ einzuschränken, kam in der Folge offenbar gut an. Und auch PolitikerInnen, die sich selbst fesseln bzw. ausbremsen wollen, gelten unter Umständen als besonders sympathisch. Villigers Ruf wurde 2001 medial jedenfalls als „beharrlich, pragmatisch und beliebt“ beschrieben.¹⁰ KritikerInnen von Schuldenbremsen sehen freilich genau hier die größten Gefahren dieses Konzepts.

Demokratieabbau gut vermarktet

Marktradikale Ideologen wie Friedrich Hayek fordern schon lange die Begrenzung der fiskalischen „Zwangsgewalt“ von Parlamenten durch übergeordnete Bestimmungen – v. a. um „überbordende“ Umverteilung zu verhindern.¹¹ Demokratie soll somit für einen bestimmten Wirtschaftskurs bzw. zur Verhinderung bestimmter fiskalpolitischer Maßnahmen abgebaut werden. Lukas Oberndorfer von der AK Wien beschreibt daher Schuldenbremsen pointiert auch als Demokratiebremsen.

Ganz im Sinne Hayeks droht hier eine Begrenzung von Handlungsspielräumen demokratisch gewählter Institutionen für ein fragwürdiges Staatsziel. Strategisch sollen so Vorkehrungen getroffen werden, welche die Unterwerfung gegenüber einem diffusen Sparkurs langfristig absichern: „In dem Moment, in dem die neoliberale Integrationsweise zunehmend ihren Konsens in der Bevölkerung verliert, werden gerade jene Terrains überspielt, auf denen demokra-

tische Kontrolle, die Interessen der ArbeitnehmerInnen und Forderungen der europäischen Bevölkerungen den größten Widerhall finden.“¹²

Grenzen der Sparpolitik erreicht

Trotz dieser autoritären Gefahren zeigt sich somit auch bereits das Licht am Ende des Tunnels. Der neoliberale Konsens wankt momentan tatsächlich. Selbst Manuel Barroso räumte im Vorjahr ein, dass die Sparpolitik „in vieler Hinsicht ihre Grenzen erreicht“ habe.¹³ Bemerkenswerterweise spiegeln aber gerade auch Entwicklungen in den USA eine veränderte Stimmungslage wider. Das haben auch die VertreterInnen der Tea-Party-Bewegung in der Debatte um die Blockade der Schuldenobergrenze 2014/15 zu spüren bekommen. Auch zahlreiche VertreterInnen der Republikaner sahen sich aufgrund des öffentlichen Drucks gezwungen, ihre Blockadepolitik aufzugeben und einer Neuverschuldung zuzustimmen. Die Partei gilt nun praktisch als gespalten, die Tea Party ist isoliert.

Aktuelle Umfragen zeigen erhellend den Hintergrund für diese Entwicklung: In der US-Bevölkerung überwiegt nämlich inzwischen die Sorge um das Gesundheitssystem deutlich die Angst vor dem Defizit.¹⁴

⁷ Vgl. BEIGEWUM, Mythen des Sparens, HH 2013, S. 13 ff.

⁸ Nach: www.zeit.de/2011/50/A-Schuldenbremse

⁹ Ebenda.

¹⁰ Vgl. www.nzz.ch/aktuell/startseite/article7VCF4-1.514427

¹¹ Vgl. Patrick Schreiner, Die „Schuldenbremse“ als Ausdruck (neo-)liberaler Demokratiefreundlichkeit, www.annotazioni.de/post/1016

¹² AK (2012), Infobrief eu&international, in: tinyurl.com/ohhpn8g

¹³ Vgl. tinyurl.com/ln8ya3w

¹⁴ Vgl. tinyurl.com/ocs9hyy

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
john.evers@gmx.net
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Sparen für Urlaub und Gesellschaft

Sparvereine und die Anfänge der Arbeiterbewegung sind eng miteinander verbunden. Mancherorts hält sich die Tradition bis heute.

Sonja Fercher

Journalistin und Moderatorin

Sie heißen „Gut sa ma“, „Gemütlichkeit“ oder „Tischgesellschaft einig und fröhlich“. Oder sie nennen sich nach dem Lokal, in dem sie sich treffen. Eindeutigere Rückschlüsse auf ihren Zweck lassen Namen wie „Zum letzten Groschen“, „Sparstriezl“ oder „Zum knausrigen Sparer“ zu. Sehr beliebt sind Namen von als fleißig geltenden Tieren wie Biene oder Ameise in verschiedensten Varianten. Ebenfalls populär sind Namen rund um Weihnachten, wo viele Sparvereine die Erträge auszahlen, andere wiederum tragen in ihrem Namen einen anderen beliebten Zweck, für den neben Geschenken traditionell gespart wurde, nämlich den Urlaub.

Sparen in der Albertgasse

Auch heute noch gibt es eine Reihe von Sparvereinen, zum Beispiel in Sektionen des Österreichischen Pensionistenverbands. Einer davon ist in der Wiener Josefstadt beheimatet. Er befindet sich im Kellerlokal der SPÖ-Bezirksorganisation in der Albertgasse, jeden Dienstag können SparerInnen von 15 bis 16 Uhr ihr Erspartes dorthin bringen.

Der Vorsitzende Miroslav Robotka, Kassier Franz Holitzer sowie Schriftführerin Anneliese Reichel sitzen am Eck einer u-förmigen Tischreihe, es gibt Kaffee und Biskuitroulade. Das Gespräch führt vor allem Kassier Holitzer. Er arbeitete bis 2013 als Buchbinder und band unter anderem den jährlichen

Sammelband der Arbeit&Wirtschaft. Früher sei der Sparverein größer gewesen, weil auch der Pensionistenverband größer war, meint er. Die Geselligkeit sei bis heute wichtig: „Wir sind eine Familie, nur früher war das eine Großfamilie.“ Von der kleinen Familie kommen nur noch hin und wieder Leute vorbei, um etwas einzuzahlen. Der Vorsitzende Robotka denkt zurück an die Blüte des Sparvereins: „Bis der Euro eingeführt wurde, also 2002, habe ich ein siebenstelliges Konto gehabt. Da hatte ich manchmal 100 bis 200 Schilling in der Woche, manchmal aber auch 5.000 bis 6.000 Schilling.“

Sparen zur Selbsthilfe

Dass Sparvereine eng mit der Sozialdemokratie und Gewerkschaften verbunden sind, mag in Zeiten von Sparpaketen und behaupteten Sparzwängen seltsam erscheinen. Von der Geschichte her ergibt es durchaus Sinn.

Als Vorläufer der Sparvereine gelten die mittelalterlichen **Gilden** und Zünfte, in denen man für Krisensituationen vorzusorgen begann. Erst mit der industriellen Revolution wurde dieser Gedanke auch von Arbeitern aufgegriffen. Große Bedeutung hatte dabei das 1867 beschlossene Vereinsgesetz, mit dem die Organisation der Arbeiter möglich war. Zunächst wurden arme Mitglieder von manchen Vereinen aus den Mitteln der eigenen Kasse unterstützt, später gründete man eigene Sparvereine.

Die Selbsthilfe blieb lange Zeit das Ziel der SparerInnen. Anlässlich des

20. Geburtstags des Verbands Österreichischer Sparer (VÖS), der auch heute noch unter dem Dach der Bawag organisiert ist, erschien eine Jubiläumsschrift.

Darin hält der damalige Präsident des Österreichischen Arbeiterkammertags, Adolf Czettel, fest, dass bei allem Mangel in der Ersten Republik für Arbeiter das Sparen „eine Notwendigkeit“ gewesen sei, „solange eine allgemeine Altersversorgung nicht existierte“. Denn selbst wenn Ende des 19. Jahrhunderts auch in Österreich die Unfall- und Krankenversicherung für Arbeiter eingeführt wurde: Die Arbeitslosenversicherung wurde erst 1920 beschlossen, die Pensionsversicherung erst in der Zweiten Republik eingeführt. Neben diesem individuellen Sparmotiv wird in der Zeitung des VÖS immer wieder die wirtschaftspolitische Bedeutung des Sparens betont.

So schreibt der damalige Bundeskanzler Franz Vranitzky in der Jubiläumsausgabe: „Sparen ist Voraussetzung für die Finanzierung von Investitionen, die zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft und damit auch zur Sicherung der Arbeitsplätze wichtig sind.“ Ähnlich argumentieren der damalige ÖGB-Präsident Anton Benya und Adolf Czettel in unterschiedlichen Beiträgen über die Jahre hinweg.

Urlaub und Weihnachtsgeschenke

Seit 1945 haben sich die Motive der SparerInnen stark verändert. Blättert man die Zeitschrift des VÖS seit der Grün-

Ähnlich wie im Pensionistenverband wird auch in den Betrieben das Geld eingesammelt. Anders wiederum funktioniert es in Gasthäusern, dort gab bzw. gibt es zum Teil bis heute sogenannte Sparkästen. Diese sehen aus wie Briefkästen, nur haben sie kleinere Schlitzlöcher. Es sind schmucke Stücke, von denen man auch im Internet einige Beispiele findet.



dung im Jahr 1966 durch, fällt auf: Es gibt unzählige Inserate für Urlaubsreisen. Eines davon wirbt mit dem Spruch „Jeder kann sich seine Traumreise leisten“, auf dem dabei stehenden Schwarz-Weiß-Bild sind ein Flugzeug und ein Kreuzschiff abgebildet.

Das Sparen für Weihnachtsgeschenke und den Urlaub hat in dieser Zeit an Bedeutung gewonnen. Immerhin erkämpften Gewerkschaft und Sozialdemokratie Urlaubstag um Urlaubstag, erreichten sukzessive Arbeitszeitverkürzungen, die Einführung des Urlaubs- und Weihnachtsgelds sowie Lohnsteigerungen. Somit gewann die Freizeit an Bedeutung, die Konsumgesellschaft schwang sich zu ihren ersten Höhen auf.

Vor diesem Hintergrund erlebten auch die Sparvereine einen Aufschwung, allein in den ersten 20 Jahren des Bestehens des VÖS stieg ihre Anzahl von 177 auf 4.323 an, die Zahl der SparerInnen von 23.000 auf 306.000.

Betrieb, Vereine, Gasthäuser

In einer Diplomarbeit aus dem Jahr 1984 schreibt Autor Martin Huttarsch: „Die Bawag engagierte sich sehr im Bereich der Betriebssparvereine, wobei sie sich die Eigenschaft, die Bank des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) zu sein, zunutze machte. Sie konnte sich in Großunternehmen, wie der VÖEST Alpine AG, Chemiefaser Lenzing AG, Steyr Daimler Puch AG, Konsum Österreich und Gösser Brauerei, als Geschäftsbank der Betriebssparvereine etablieren.“

Wie viele Sparvereine es heute in ganz Österreich gibt, dazu gibt es keine Daten, dem VÖS gehören aktuell 2.000 Sparvereine an. Christian Bammer ist in der Bawag für sie zuständig, er schätzt, dass rund 60 Prozent der VÖS-Vereine in Betrieben angesiedelt sind, 20 Prozent in Pensionistenvereinen und weitere 20 Prozent in Gasthäusern.

Bessere Zinsen (?)

Gemeinsam bessere Zinsen als allein: Das machte Sparvereine natürlich attraktiv. Die niedrigen Zinsen in den vergangenen Jahren, aber wohl auch das nachlassende Interesse ließ so manchen Sparverein zusperrern. Weitere Hürden sind gesetzliche Regulierungen, denn neuerdings müssen sich die SparerInnen der Bank gegenüber ausweisen. Zwar kann die Administration der Verein übernehmen, doch für den ist das oft zu viel. Zugleich akzeptieren dies so manche SparerInnen nicht, wie Holitzer bestätigt: „Das ist mühsam.“

Zum Thema Zinsen gesteht Bawag-Mitarbeiter Bammer zwar ein, dass die Erträge heute nicht mehr so hoch sind wie früher. Im Vergleich zum individuellen Sparen seien diese aber immer noch besser. Im Sparverein in der Josefstadt ist man dennoch enttäuscht über die geringen Zinsen: „Vor vier Jahren, wie ich angefangen habe, waren es vier Prozent“, meint Holitzer.

Inzwischen sind die Zinsen auf 0,45 Prozent gesunken. Dennoch findet der Kassier, dass es im Vergleich zum individuellen Sparbuch immer noch gute Konditionen sind, zudem sei das Spar-

buch täglich fällig. Ähnlich wie im Pensionistenverband wird auch in den Betrieben das Geld eingesammelt. Anders wiederum funktioniert es in Gasthäusern, dort gab bzw. gibt es zum Teil bis heute sogenannte Sparkästen. Diese sehen aus wie Briefkästen, nur haben sie kleinere Schlitzlöcher. Es sind schmucke Stücke, von denen man auch im Internet einige Beispiele findet.

Doch sind Sparvereine heute überhaupt noch zeitgemäß? Bawag-Mitarbeiter Bammer räumt ein, dass es immer schwieriger werde, Menschen zu finden, die sich in Vereinen engagieren – eine Schwierigkeit, mit der Vereine heutzutage im Allgemeinen zu kämpfen haben. Deshalb versuche man mit der Zeit zu gehen: Die Bawag arbeite an einer App, die auch junge SparerInnen auf den Geschmack des Vereins-sparens bringen soll, so der Bawag-Vertreter. Dass Sparvereine auch heute noch sinnvoll sind, davon ist Kassier Holitzer aus Wien-Josefstadt überzeugt. „Ein bisserl einen Notgroschen braucht jeder“, meint er, „zehn Euro in der Woche tun niemandem weh – und daheim spart das keiner.“

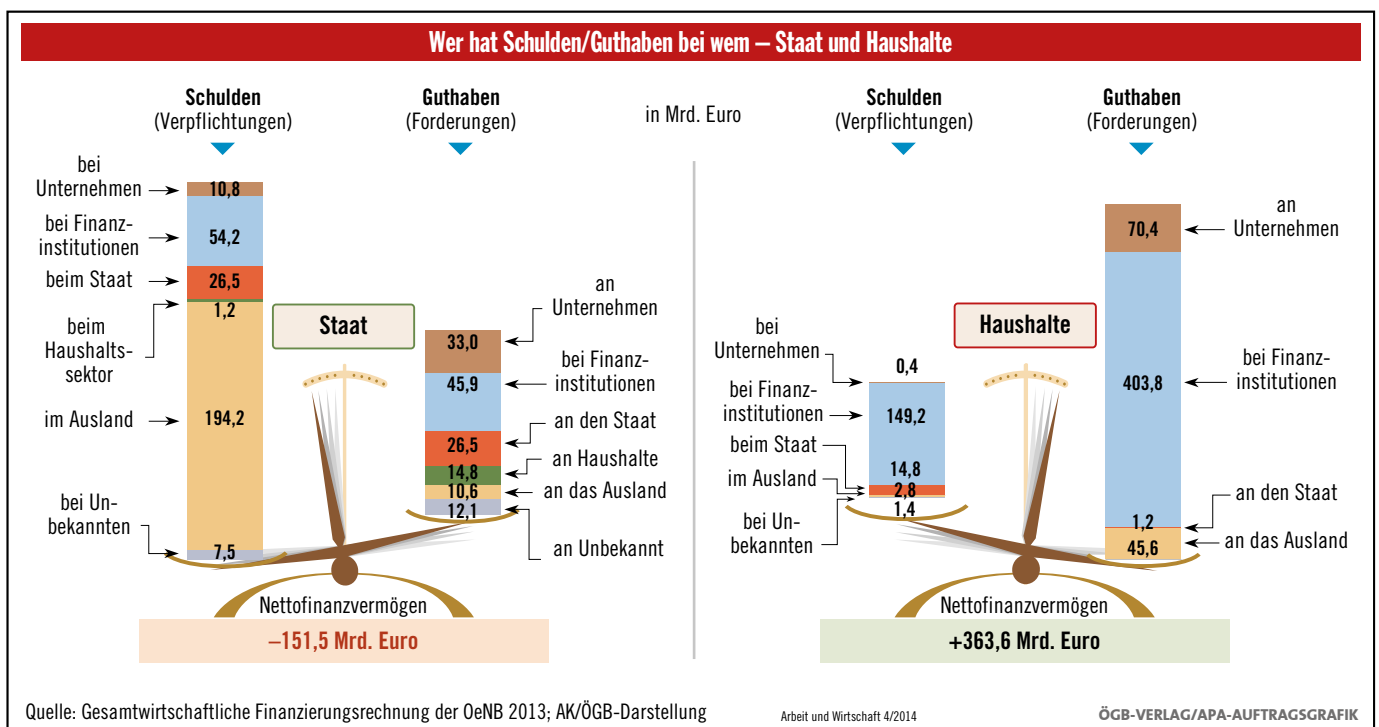
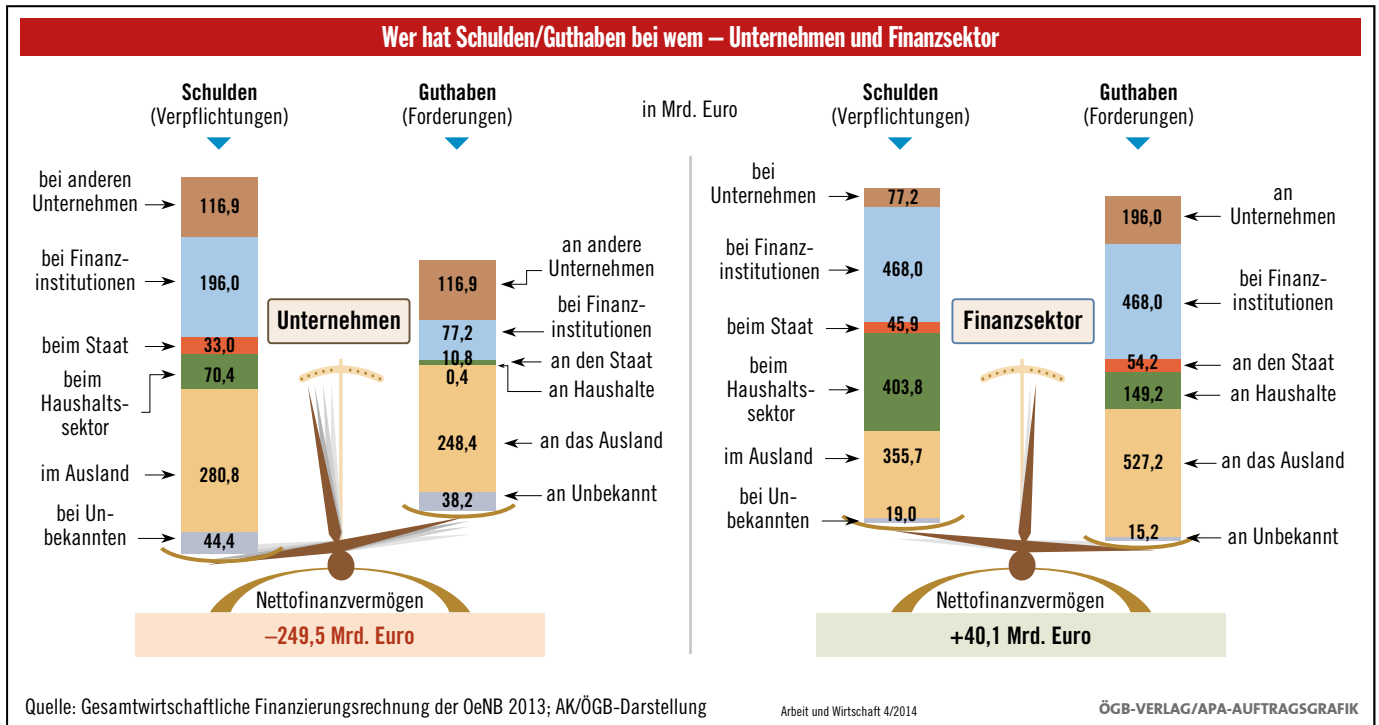
Internet:

Verband Österreichischer Sparer:
tinyurl.com/l1om9v2

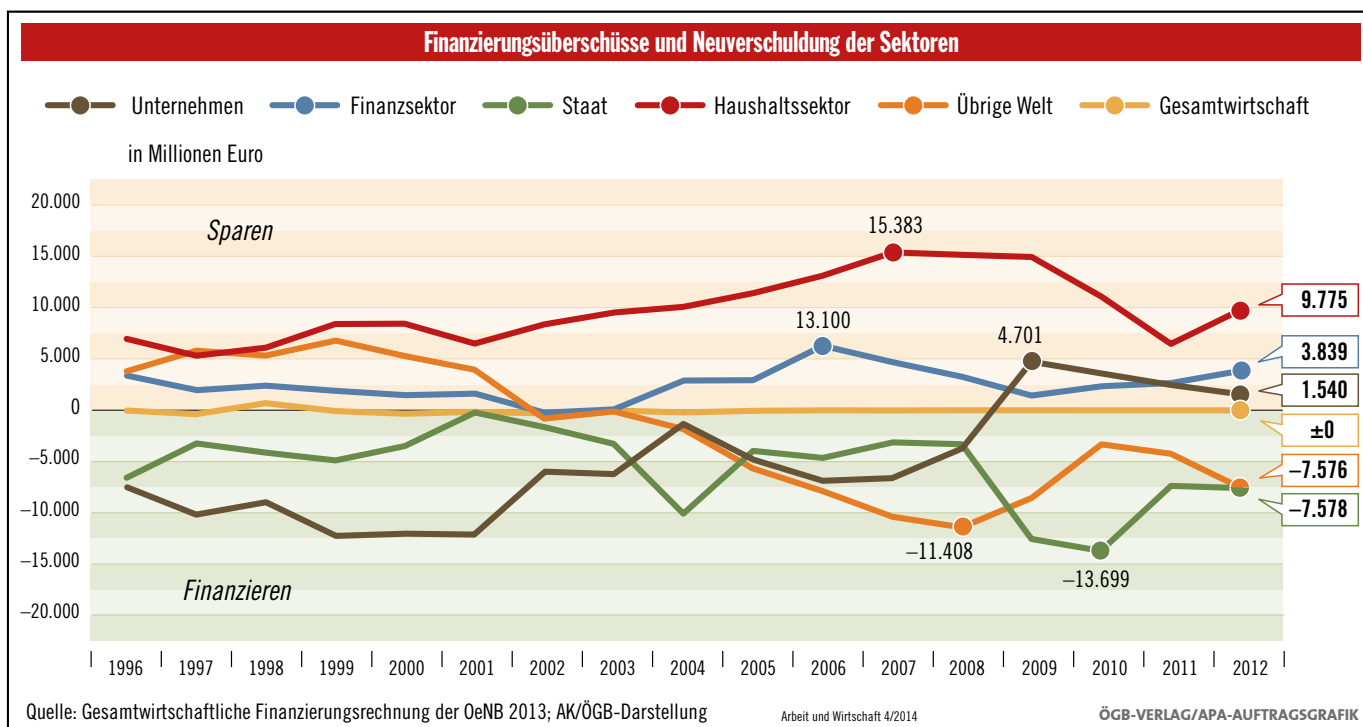
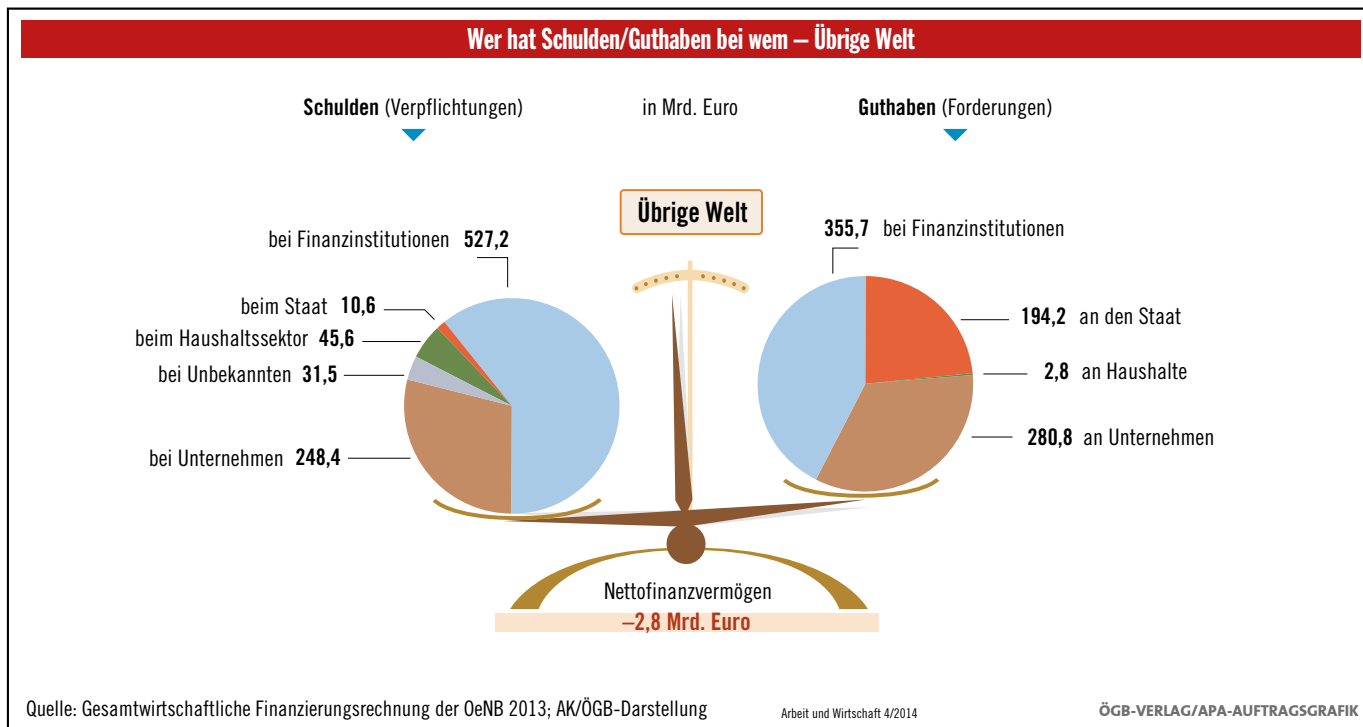
Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
mail@sonja-fercher.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Zahlen, Daten, Fakten

Im allgemeinen Sprachgebrauch wird unter Sparen meist das Aufbauen von Finanzvermögen verstanden. Diese können die Form von Bankeinlagen, Anleihen, Aktien und



Ähnlichem annehmen. Dahinter steht aber immer eine Forderung an einen anderen. Die Grafiken zeigen, bei wem die einzelnen Sektoren Schulden haben und an wen sie Forderungen haben. Während die Haushalte in Summe Forderungen haben, nutzen die Unternehmen und der Staat diese Finanzmittel, um damit reale Investitionen in Maschinen, Infrastruktur usw. zu finanzieren.



Will_sein.com

*„Ist das alles?“ „Nein!“, rufe ich der freundlichen Dame an der Supermarktkasse zu.
Konsum ist nicht alles, doch kann ich mir leisten, auf ihn zu verzichten.*

Gabriele Müller
Freie Journalistin

Schließlich habe ich ein Smartphone, bin 32, single und frohgemut. Soeben habe ich meine verbliebene Habe in einen Rucksack gepackt und ein Selfie gepostet. Minimalismus ist für mich ein guter Weg, die Widersprüche des Lebens zu ertragen. Je weniger Dinge ich besitze, desto gelassener werde ich. Loslassen ist das Ding. Je weiter ich mich vom Besitz entferne, umso besser liege ich im Trend. Auf die Chips-Esser aus dem Penny-Markt blicke ich nicht mit Verachtung herab. Soziale Kompetenz ist mir schließlich nicht fremd. Meine Büchersammlung habe ich dem Sozialflohmarkt gespendet. Ich lade CDs und Bücher aus dem Netz. Meine leere Wohnung wartet nach der Rückkehr aus der inneren Einkehr auf mich. Ich bin eine Pionierin der neuen Enthaltbarkeit und ein mediales Konstrukt.

Konsumverzicht

Immer häufiger werden Menschen vor den medialen Vorhang gebeten, die durch radikalen Konsumverzicht die Wegwerfgesellschaft kritisch hinterfragen. Minimalismus wird die Haltung genannt, mit möglichst wenig materiellen Gütern auszukommen. Jeder Gegenstand weniger bedeutet, wieder mehr Überblick über das eigene Leben zurückzugewinnen. Aus der steigenden Anzahl von Bloggerinnen und Bloggern im deutschsprachigen Raum wird gerne auf einen Trend geschlossen, der sich, gesamtgesellschaftlich betrachtet, jedoch in Bezug auf die Nach-

haltigkeit minimal verhält. Konsumkritik und freiwilliger Verzicht sind vorrangig im sozialen Milieu der „Postmateriellen“ beheimatet. Sie sind zwischen 20 und 50 Jahre alt, vorwiegend weiblich, verfügen über ein mittleres bis hohes Einkommen und weisen das höchste Bildungsniveau in Österreich auf, heißt es in den Working Papers zu „Nachhaltiger Konsum und soziale Ungleichheit“ von Karl-Michael Brunner (Februar 2014), herausgegeben von der AK Wien, Abteilung KonsumentInnenpolitik. Der konsumierende Prototyp dieses Milieus legt Wert auf Freiräume für die individuelle Entfaltung und Selbstverwirklichung. Dieser Typus konsumiert Lebensmittel aus biologischem Anbau, Produkte aus fairem Handel und gibt nachhaltigem Konsum den Vorrang.

LOHAS

Dies werde, so die erwähnte AK-Studie, von Markt- und Meinungsforschern auch symbolisch honoriert: Die „Postmateriellen“ gelten als ParadevertreterInnen der LOHAS (Lifestyles of Health and Sustainability). Der Haken an der Sache: Der Verzicht auf bestimmte, als überflüssig erachtete Güter geht nicht unbedingt einher mit umweltverträglicherem Handeln. So wird etwa der positive Effekt nachhaltiger Ernährung mit regionalen Produkten häufig durch die Folgen gesteigerter Mobilität zunichtegemacht. Laut einer Studie des VCÖ (2009) verursachen Österreichs Haushalte des obersten Einkommensviertels durch Alltagsfahrten im Auto und öffentlichen Verkehr fast 4,5-mal so viele

INFO & NEWS

Working Papers Verbraucherpolitik, Verbraucherforschung: „Nachhaltiger Konsum und soziale Ungleichheit“ von Karl-Michael Brunner, Februar 2014, ISSN 2218-2764

tinyurl.com/k57e7mn

CO₂-Emissionen wie der unterste Einkommenshaushalt, Flugreisen nicht inkludiert.

Konsumkapitalismus

Die Mentalität der Wegwerfgesellschaft ist zunehmend in Kritik geraten. Lange Zeit stand das bipolare Bild – hier der reiche Norden, da der arme Süden – im Zentrum des Nachhaltigkeitsdiskurses. „Im Zuge von Wirtschaftskrise und verschärften Verteilungskonflikten richtet sich der Blick aber zunehmend auch auf die sozialen Ungleichheiten in Industriestaaten und deren Implikationen für nachhaltige Entwicklung“, heißt es in der AK-Studie.

Nachhaltigkeit ist inzwischen zu einem kollektiven Leitbild geworden, doch bedeutet das nicht unbedingt Konsens über das weitere Vorgehen. So kann der Umstieg auf erneuerbare Energie, wenn er nicht von den entsprechenden politischen Maßnahmen begleitet wird, mit erhöhten Energiepreisen und schlimmen Folgen für die sozial Schwachen einhergehen.

Vom Konsumkapitalismus zwangsläufig ausgeschlossen zu werden, bedeutet für viele auch ein Leben am Rand der Gesellschaft. Laut einer IFES-Umfrage,



Wie groß die organisierte Macht der Konsumentinnen und Konsumenten ist, zeigte unlängst das Beispiel der Zustände in der Textilindustrie in Bangladesch. 31 Firmen unterzeichneten nach verheerenden Fabriksbränden das Abkommen über Gebäudesicherheit und Brandschutz.

die von der AK Wien unter 500 Personen durchgeführt wurde, die im vergangenen Jahr zumindest einmal arbeitslos waren, geraten rund 22 Prozent mit der Miete in Rückstand, 61 Prozent kaufen (ungesunde) Billigangebote. Gespart wird auch an den Ausgaben für Bildung und Freizeit der Kinder.

Tauschen

Erna F. hat nach Alternativen gesucht und im Tauschkreis Wien welche gefunden. Als gelernte Friseurin bietet sie Haarschnitt und Stylingberatung. Im Gegenzug holt sie sich die Nachhilfestunden für ihren Sohn und „andere Dinge, die ich mir sonst nicht leisten könnte“. Seit dem Krisenjahr 2008 hat sich die Mitgliederzahl der Tauschbörse auf rund 1.150 verdoppelt. In Griechenland, so berichtet Rudo Grandits, Obmann des österreichischen Tauschkreisverbundes, der mehrere Tauschbörsen im deutschsprachigen Raum vereint, ist die Zahl der Mitglieder sprunghaft gestiegen.

Doch Tauschkreise sind bei Weitem mehr als momentaner Krisenkitt. Immer mehr Teilnehmende befassen sich mit grundlegenden Fragen des gerechten Austauschs von Waren und Dienstleistungen. Nach dem Motto „Unser aller Lebenszeit ist gleich viel wert“ werden Dienstleistungen und Waren über Stundengutscheine verrechnet – gleich ob Schlagbrunnen-Bohren, Ausmalen, Grabpflege, empathisches Zuhören oder die Dienste als Ersatzoma.

Die „typischen“ Konsumierenden sind aber weder die Minimalistin, die auf ihrem Blog Anleitung zur Entrüm-

pelung ihres Daseins gibt, noch der Biologiestudent, der das Stutzen von Obstbäumen gegen Haarschneiden tauscht. „Die Verantwortungszuschreibung an die KonsumentInnen vergisst, dass es sehr verschiedene Gruppen gibt, mit jeweils unterschiedlichen Ressourcenausstattungen, lebensweltlichen Orientierungen und Handlungsbedingungen“, schreibt Karl-Michael Brunner in der zitierten Studie. Der typisch Konsumierende ist jünger, hat ein niedrigeres Bildungsniveau und ist vorwiegend männlich. In diesem Milieu dominieren ArbeiterInnen und einfache Angestellte, das Armutsrisiko ist hoch. „Dieses Milieu orientiert sich an den Lebensstandards der breiten Mittelschicht und versucht, über den Konsum gesellschaftlichen Anschluss zu finden.“ Gleichzeitig aber, und das sollte jenen zu denken geben, die sozial Schwachen gelegentlich unverhältnismäßigen Konsum vorwerfen, ist das Konsumniveau niedrig und der ökologische Fußabdruck weniger ausgeprägt als in anderen sozialen Milieus.

Am Beispiel Energiearmut werde deutlich, dass einkommensschwache Haushalte letztlich eine vergleichsweise niedrig-energetische Lebensweise pflegen. So wäre es gerade unter der Perspektive sozialer Ungleichheit wichtig, dass kollektive Akteure wie Gewerkschaften, Ministerien und Schulen Nachhaltigkeit befördern, anstatt die Verantwortung ausschließlich auf die Konsumentinnen und Konsumenten zu verlagern. Ein wichtiger Motor zur Bekämpfung von Energiearmut und zur Steigerung der Nachhaltigkeit wäre es,

die Energieeffizienz von Gebäuden zu erhöhen. Denn, so der Bericht abschließend: „Soziale Ungleichheiten sollten durch nachhaltigkeitsbezogene Maßnahmen nicht verstärkt, sondern reduziert werden.“

Produktionsbedingungen verbessern

Wie groß die organisierte Macht der Konsumentinnen und Konsumenten ist, zeigte jedoch unlängst das Beispiel der Zustände in der Textilindustrie in Bangladesch. 31 Firmen unterzeichneten nach verheerenden Fabriksbränden das Abkommen über Gebäudesicherheit und Brandschutz. „Das Verhalten von umwelt- und sozial engagierten Konsumentinnen und Konsumenten allein wird die schlimmen Produktionsbedingungen aber nicht ändern können“, meinte AK-Präsident Johann Kalliauer. Daher fordert die AK Verbesserungen in der Produktion von Konsumgütern in den Entwicklungsländern.

Internet:

Zum Nachlesen – Sozialpolitik in Diskussion:
tinyurl.com/oocj2te

Arbeiterkammer – Konsumentenschutz:
www.ak-konsumenten.info

Tauschkreis-Verbund:
www.tauschkreis.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
gabriele.mueller@utanet.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Nachhaltig sparen

Die Umwelt schützen und dabei auch noch Geld sparen? Wie das gelingt, zeigen folgende Tipps.

Susanne Wolf

Journalistin und Autorin

Nachhaltiger Konsum und Lebensstil schonen nicht nur unsere Umwelt, sondern unterstützen auch die Menschen, die unsere Nahrungsmittel und Güter produzieren – und sparen Geld. „Es stimmt zwar, dass Bio- oder Fair-Trade-Produkte oft mehr kosten“, sagt Dr. Ludger Heidbrink, Professor für Corporate Citizenship und Responsibility (Engagement und Verantwortung von Unternehmen) an der Universität Witten/Herdecke. Er ist Herausgeber des Buches „Die Verantwortung des Konsumenten“: „Durch bewussten Konsum lässt sich jedoch wiederum Geld einsparen – etwa indem ich mir immer wieder die Frage stelle: Brauche ich das wirklich?“

Ausbeutung von Arbeitskräften

Billigprodukte wie Kleidung oder Handyangebote verleiten nur allzu oft dazu, Dinge zu kaufen, die wir gar nicht brauchen. Übersehen wird dabei, dass Produkte meist nur deshalb so günstig sein können, weil in der Produktion Menschen ausgebeutet werden, die unter teils unvorstellbaren Bedingungen unsere Waren herstellen. Ein Beispiel ist die Textilindustrie, wo etwa im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu Tausende junge Mädchen in zwangsarbeitsähnlichen Verhältnissen für unsere Kleidung schuften.

Oft reicht schon ein Blick in den Kleiderschrank, um zu erkennen, dass dort mehr hängt, als wir jemals tragen können. Wenn wir uns dann überlegen, was wirklich zu uns passt, ist der Schritt

zum eigenen Modestil nicht mehr weit. Dazu braucht es keine Mode von der Stange, sondern Teile aus dem Secondhandladen geben unserem Look das gewisse Etwas. Bei Tauschbörsen oder Kleidertauschpartys können Einzelstücke sogar kostenlos erstanden werden – der Vorteil daran: Kleider, die nicht mehr gebraucht werden, finden eine neue Besitzerin bzw. einen neuen Besitzer. „Indem ich den Kauf von neuer Kleidung verweigere und stattdessen tausche, protestiere ich auf meine Weise gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen“, erklärt Christina Schröder, Pressesprecherin der Entwicklungsorganisation Südwind und begeisterte Organisatorin von Kleidertauschpartys. Auch in anderen Branchen wie der Handy- und Computerindustrie oder in der Spielzeugproduktion steht Ausbeutung auf der Tagesordnung.

Tauschen und teilen liegen im Trend: Sharing Economy, Ko-Konsum oder Collaborative Consumption – all diese Bezeichnungen stehen für dieselbe Idee, Dinge gemeinsam zu nutzen statt zu besitzen. Das britische Wirtschafts- und Politikmagazin „The Economist“ bezeichnete 2011 die „Sharing Economy“ als einen der zehn wichtigsten globalen Gesellschafts- und Wirtschaftstrends für das kommende Jahrzehnt. Dank Internet sind dem Tauschen und Teilen kaum noch Grenzen gesetzt: Bücher wechseln bei Bookcrossing ihren Besitzer, Wohnungen beim Couchsurfing, Autos in Form von Carsharing – Sharing-Modelle erleben zurzeit einen Boom sondergleichen. Immer mehr Online-Tauschbörsen bieten Produkte wie Haushaltsge-

BUCHTIPP

Susanne Wolf:
Nachhaltig leben
 Bewusst kaufen, sinnvoll nutzen. Alternativen zum Wegwerfen
 VKI, 2013, 160 Seiten, € 14,90
 ISBN: 978-3-9901-3028-5



Bestellung:
www.besserewelt.at

räte, Lifestyle-Artikel oder Kleider zum Verleih oder Tausch an. Der Gedanke dahinter: Um ein Loch in die Wand zu bohren, brauche ich einen Bohrer – aber muss ich deshalb gleich einen neuen kaufen? Dieselbe Idee hatten auch schon die Baumärkte Baumax, Lagerhaus oder Hornbach: Sie bieten Werkzeuge wie Bohrmaschinen, Fliesenschneider oder große Gartengeräte im hauseigenen Geräteverleih an.

Selbst wenn es nicht immer möglich ist, dringend benötigte Produkte durch tauschen oder teilen zu erwerben, muss nicht alles neu gekauft werden: Zahlreiche Online-Anbieter wie eBay, willhaben oder flohmarkt.at bieten Waren an, die meist wenig benützt oder sogar neuwertig sind. Auf Flohmärkten und in Secondhandläden kann man Kleidung, Geschirr oder Gebrauchsgegenstände zu Spottpreisen finden. Und wohlträgliche Organisationen wie die Caritas verkaufen gesammelte Secondhandware für einen guten Zweck. In einigen österreichischen Städten gibt es auch sogenannte Kostnix-Läden: Hier können funktionsfähige Dinge, die nicht mehr benötigt



Bei Tauschbörsen oder Kleidertauschpartys können Einzelstücke sogar kostenlos erstanden werden – der Vorteil daran: Kleider, die nicht mehr gebraucht werden, finden eine neue Besitzerin bzw. einen neuen Besitzer.

werden, abgegeben und im Gegenzug Waren mitgenommen werden.

Reparieren statt neu kaufen

Sepp Eisenriegler, Geschäftsführer des Reparatur- und Servicezentrums (R.U.S.Z.), geht einen anderen Weg: „Länger nutzen statt öfter kaufen“ lautet das Mission-Statement des R.U.S.Z, Ressourcenschonung und -effizienz ist das übergeordnete Ziel.

Eisenriegler hat ein Waschmaschinen-Leasing entwickelt. „Wir werden ab August eine Waschmaschine mit dem neu entwickelten Gütezeichen für langlebige, reparaturfreundliche E-Geräte (ONR 192102) zum Leasing anbieten“, erklärt Eisenriegler. „Bei Zustellung sind 200 Euro zu bezahlen, danach 20 Euro pro Monat. Sollte eine Störung auftreten, sind wir verpflichtet, diese innerhalb von drei Werktagen zu beheben oder das Gerät gegen ein gleichwertiges zu tauschen.“ Im Lager des R.U.S.Z. finden sich rund 20.000 gebrauchte Ersatzteile für Haushaltsgeräte, die oft nicht mehr erhältlich sind. Repariert werden hier Fernseher, Computer, Waschmaschinen oder Geschirrspüler. Seit einiger Zeit bietet das R.U.S.Z. auch ein Reparatur-Café an, wo Interessierte unter fachlicher Anleitung und in gemütlicher Atmosphäre Tipps für die Selbstreparatur bekommen (schraube14 – RepCafé).

Betriebe, die Reparaturen anbieten, finden sich im Reparaturführer für Wien bzw. Österreich; vor allem SchusterInnen oder SchneiderInnen sind im Reparaturführer jedoch nicht immer vertreten. Die schädlichen Auswirkungen

des Autofahrens wie CO₂-Ausstoß, Feinstaub- und Ozonbelastung sind hinlänglich bekannt. Trotzdem halten viele Menschen an ihrem Auto fest. Zu den beliebtesten Argumenten gehören die Kosten: Viele AutobenutzerInnen sind der Meinung, dass öffentliche Verkehrsmittel zu teuer seien. Werden jedoch alle Kosten für ein Auto zusammengerechnet, wie Anschaffung, Benzin, Öl, Parkplätze, Reparaturen, Steuern, Versicherung und Wartung, sieht es schon anders aus: Bei einer Fahrleistung von 15.000 Kilometern kommt man auf Gesamtkosten zwischen 6.000 und 9.000 Euro pro Jahr. So gesehen sind öffentliche Verkehrsmittel geradezu günstig: Eine Jahreskarte bei den Wiener Linien kostet 365 Euro pro Jahr, die ÖBB bieten zahlreiche Vergünstigungen für BahnfahrerInnen wie die Vorteils card an: Diese kostet 99,90 Euro pro Jahr und bringt 50 Prozent Ermäßigung auf den Fahrpreis. Und auch Fliegen hat seinen Preis: Wenn man die versteckten Kosten für Gepäckmitnahme, Sitzplatzreservierung, Abfertigungs- oder Buchungsgebühren hinzurechnet, sind die Billigflieger gar nicht mehr so günstig. Bei Kurzstreckenflügen fällt zudem das Argument des Zeitsparens weg: Die Zugfahrt von Wien nach München dauert knappe vier Stunden, Tickets gibt es bei den ÖBB ab 29 Euro. Die reine Flugzeit von Wien nach München beträgt zwar nur 50 Minuten, dazu kommt aber die Zeit am Flughafen und der Flughafentransfer – 3,5 Stunden sind auch hier das Minimum. Tickets kosten je nach Angebot zwischen 50 und 100 Euro (One-Way). Apropos Bahnfahren: Beim „Mitbah-

nen“ können Mitreisende für Bahnfahrten gesucht werden, um die Tarife von Gruppentickets zu teilen.

Bei Windeln sparen

Eine weniger bekannte Tatsache ist, dass herkömmliche Windeln das Geldbörserl junger Eltern oft belasten. Österreichs Babys verbrauchen pro Tag eine Million Wegwerfwindeln, ein Baby benötigt pro Tag fünf bis sieben Windeln. Über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren gerechnet, bedeutet das 1.000 Kilo, also eine Tonne Müll pro Baby. Bei der Verwendung von Wegwerfwindeln fallen zudem über die Jahre bis zu 1.500 Euro an.

Wiederverwendbare Windeln kommen langfristig gesehen günstiger: Bei waschbaren Mehrwegwindeln kostet zwar die Grundausstattung etwas mehr (rund 250 Euro), für Energie, Wasser und Waschmittel fallen jedoch nur 300 bis 400 Euro an, was Gesamtkosten in der Höhe von maximal 650 Euro ausmacht. Dazu kommen Förderungen, die in den Bundesländern zwischen 50 und 100 Euro betragen.

Internet:

Kleidertauschbörsen:
www.kleiderkreisel.at
www.topswap.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
susannewolf@gmx.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Immer und überall

Werbung hat ihre Vor- und Nachteile. Die Konsumentin/der Konsument sollte also kritisch mit ihr umgehen.

Amela Muratovic

*Mitarbeiterin in der Kommunikation
des ÖGB*

Werbung gehört heute zu unserem Alltag. Werbung gibt es überall: in U-Bahn-Stationen, Flughäfen, im Postkasten, Radio, Fernsehen und auch im Kino. Einige Werbemaßnahmen sprechen die Menschen an, andere wiederum nicht.

Werbung bestimmt unseren Alltag

Werbung wird vor allem im Fernsehen auch sehr oft als störend empfunden. Besonders dann, wenn die ZuschauerInnen einen spannenden Film oder eine interessante Diskussion verfolgen und sich durch die ständigen Werbeeinschaltungen genervt fühlen. Das bestätigt auch eine Online-Befragung des deutschen Marktforschungsinstituts MediaAnalyzer. 47 Prozent der Befragten gaben an, dass die Werbeblöcke zu lang und ungewollt sind. Anders betrachtet gibt Werbung dem Publikum jedoch auch die Möglichkeit, kurz ins Badezimmer zu verschwinden oder Popcorn in der Mikrowelle zuzubereiten, ohne dabei etwas Spannendes zu verpassen. Dieses einfache Beispiel zeigt, dass Werbung den Alltag der Menschen prägt. Ob positiv oder negativ, darüber lässt sich streiten. Auf jeden Fall soll jede Werbemaßnahme den gleichen Zweck erfüllen, nämlich die Meinung über ein bestimmtes Produkt zu beeinflussen und den Wunsch nach diesem Produkt zu steigern. In einer Broschüre für Autos zum Beispiel befinden sich ausführliche Beschreibungen über den Aufbau und viele

Bilder vom Inneren und Äußeren der Fahrzeuge. Auf der Verpackung eines Fertiggerichts sind immer öfter neue Rezeptideen abgebildet, die mit diesem kombinierbar sind. All diese Informationen könnten als positiv bewertet werden, da sie dem Konsumenten/der Konsumentin auf einen Blick neue Fakten und Bilder liefern, wäre die unbewusste Beeinflussung für kommerzielle Zwecke nicht gegeben – teils durch emotionale, teils durch informelle Botschaften. Vielleicht erscheint jemandem der Kaufpreis des Fahrzeugs gar nicht mehr so hoch, wenn er alle Daten und Leistungen kennt, und er kommt eher in Versuchung, sich seinen Wunsch nach einem Neuwagen zu erfüllen. Vielleicht testet ein anderer das neue, schnelle Rezept an einem Abend aus – die Zutaten sind ja nicht so teuer. Die Tabakwerbung geht sogar einen Schritt weiter: In der Werbung wird oft ein Gefühl der Gelassenheit, der Entspannung und der Ruhe vermittelt – für viele RaucherInnen ist das Grund genug, nicht auf Zigaretten zu verzichten. Den kommerziellen Zweck erfüllt die Werbung, aber sie vermittelt dem/der ZuschauerIn auch eine falsche Realität. Es scheint so, als ob eine Zigarette zum Wohlbefinden beiträgt, in Wirklichkeit schadet sie aber der Gesundheit.

Freude vs. Leid

„Mama, in der Werbung zeigten sie, dass Telering jetzt ein günstiges Angebot für das Samsung Galaxy S5 hat – nur 15 Euro im Monat. Können wir nicht dieses Mal im Shop vorbeischaun und uns informieren?“, fragte auch die zehnjährige Merisa, nachdem sie die neue Werbung mit dem

BUCHTIPP

Martin Lindstrom:

Brandwashed

Was du kaufst,
bestimmen die anderen
Campus Verlag, 2012,
352 Seiten, € 25,70
ISBN: 978-3-593-39619-4



Bestellung:

www.besserewelt.at

Inder und dem Bären im TV gesehen hatte. Den „Inder“ kannte Merisa noch aus früheren Werbungen, jedoch hatte dieser an Wirkung verloren. Die neue Idee hat wieder ihr Interesse an einem modernen Smartphone geweckt und an die alten Produkte erinnert. Werbung wird, um nicht in Vergessenheit zu geraten, immer wieder neu erfunden, hat eine eigene Sprache und regt, indem sie den Konsumenten/die Konsumentin auf eine Art und Weise anspricht, dass dieser/diese das oft nicht direkt wahrnimmt, zum Kauf an. Ähnlich verhält es sich mit der Werbekampagne „Geiz ist geil“ der Elektronikhandelskette Saturn. Jahrelang wurde diese in allen Kommunikationsmedien in Österreich, Deutschland und der Schweiz rauf und runter gespielt. Mittlerweile kennen alle – vom Kleinkind bis zum Pensionisten/zur Pensionistin – den Spruch und die dazugehörige Musik. Besonders in Zeiten der Krise und relativ hoher Arbeitslosigkeit und wenn den Menschen nicht viel Netto vom Brutto bleibt, finden viele großen Gefallen an dem Werbeslogan. Die Folge: Das Konsumverhalten verändert sich. So treten Merkmale wie Qualität,

Werbung gehört heute zu unserem Alltag. Werbung gibt es überall: In U-Bahn-Stationen, Flughäfen, im Postkasten, Radio, Fernsehen und auch im Kino. Einige Werbemaßnahmen sprechen die Menschen an, andere wiederum nicht.



Langlebigkeit oder Produktionsbedingungen in den Herstellungsländern in den Hintergrund und nur noch der Preis eines Produkts ist ausschlaggebend für die Kaufentscheidung. Diese und ähnliche Tricks der Werbebranche sind sehr schlau und verleiten Konsumentinnen und Konsumenten zum Kauf, aber warum lassen sich Menschen darauf ein? Vieles spielt sich unbewusst ab, im Fernsehen wird immer wieder das neue Notebook mit all seinen Extrafunktionen gezeigt. Noch dazu ist es etwas billiger als ein anderes, das man letztes im Vorbeigehen gesehen hat, und schon wird überlegt und gerechnet, ob das leistbar ist.

Kaufen, weil es billig ist

Fährt man mit dem Auto durch Wiens Straßen, lächeln einem Tausende sympathische Frauen in schönen Sommerkleidern, Bikinis und Jacken von riesigen H&M-Werbepublikaten zu. Wird dann auch noch eines dieser Kleidungsstücke von einer Freundin getragen, dann kann es gar nicht so teuer sein. Am nächsten freien Tag stattet man dem Shop einen Besuch ab und findet zusätzlich viele andere billige Kleidungsstücke im Angebot, die gekauft und nur einmal getragen werden. Danach verliert sich ihre Spur in den Tiefen des Kleiderschranks. Es scheint, als würden heutzutage viele Menschen eher nach dem Motto „Es ist billig“ als „Ich brauche es“ einkaufen gehen. Der Versuchung, sich etwas Neues zu kaufen, das auch noch ermäßigt ist, können viele nicht widerstehen. Oft aus einem einfachen Grund: Sie wollen dazugehören und im „Trend“ sein. Dieser Hype um Billig-

waren spielt der Werbebranche in die Hände und diese lässt sich immer wieder aufs Neue etwas einfallen, um die Menschen in Kauflaune zu versetzen. Die Ausgaben für Billigprodukte dürfen nicht unterschätzt werden. Je mehr Produkte gekauft werden, desto mehr spürt es das Bankkonto – und ehe man sich versieht, fällt der Sommerurlaub ins Wasser oder der Besuch des Fitnesscenters muss gestrichen werden. Die permanente Werbung für billigere Produkte muss von den Konsumentinnen und Konsumenten kritisch betrachtet werden – vor allem dann, wenn diese dazu führt, dass regelmäßig Sachen erworben werden, die im Endeffekt nicht gebraucht werden. Das bringt auf Dauer nicht nur Nachteile für die KäuferInnen. Aufgrund des permanenten Angebots an Billigwaren kommt es auch zum verstärkten Preiswettbewerb, zu aggressiver Marktpolitik, Dumpingpreisen und unfairem Wettbewerb. Was anfangs zu großer Freude bei vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern führt, sorgt für Kummer bei Kleinbetrieben. Solche Billigangebote sind nur durch industrielle Massenproduktionen möglich, die auf Kosten vieler kleiner HändlerInnen und Werkstätten, die ein geringeres Werbebudget haben, gehen. Sie können mit dem Konkurrenzdruck nicht mithalten und müssen zusperren.

Mit Emotionen verbunden

Heutzutage werden klassische Medien wie Zeitung, Radio oder Fernsehen immer häufiger von den neuen – sogenannten sozialen – Medien wie Facebook oder Twitter abgelöst. Nichtsdestotrotz hat die

TV-Werbung immer noch den vergleichsweise höchsten Werbeanteil, weil fast jeder Haushalt mindestens einen Fernseher besitzt und auf diese Weise besonders viele Personen erreicht werden können – vor allem auch Kinder. ForscherInnen gehen davon aus, dass 70 Prozent der (Kauf-)Entscheidungen nicht rational, sondern auf Emotionen beruhend getroffen werden. Neben der emotionalen Ansprache in der Werbung spielt auch die frühkindliche Prägung eine bedeutende Rolle: Was wir als Kinder mochten, mögen wir auch als Erwachsene. Bei einem wissenschaftlichen Blindtest zu Coca-Cola und Pepsi ermittelten die ForscherInnen, dass eine positive Erinnerung für das bessere Abschneiden von Coca-Cola ausschlaggebend war. Auch wenn einiges gegen Werbung spricht, sie wird die Menschen trotzdem ein Leben lang begleiten und hat auch ihre Vorteile. Im Alltag ist sie ein Hilfsmittel geworden, das Konsumentinnen und Konsumenten informiert und aufzeigt, was es alles auf dem Markt gibt. Sie bietet so dem/der VerbraucherIn mehr Vergleichsmöglichkeiten. Und was nicht vergessen werden sollte: Mit dem Boom der Werbebranche wurden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.

Internet:

Mehr Infos unter:
www.konsument.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
amela.muratovic@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Spare in der Zeit – spare an der Zeit?

*Reich an Zeit zu sein, ist eine wunderbare Vorstellung.
Ob Zeit sparen der Weg dorthin ist, ist jedoch mehr als fraglich.*

Sybille Pirklbauer

Abteilung Frauen-Familie der AK Wien

Mit den kleinen grauen Herren hat Michael Ende in seinem Buch „Momo“ ein Sinnbild für sinnloses Zeitsparen geschaffen. Sie überzeugen die BewohnerInnen einer kleinen Stadt, immer mehr Zeit zu sparen – bis schließlich keiner mehr Zeit für irgendwas hat. Schon gar nicht für die schönen Dinge des Lebens. Klingt irgendwie vertraut.

Immer weniger haben genug Zeit

Denn eigenartigerweise scheinen in einer Welt, in der alles immer schneller geht, immer weniger Menschen genug Zeit zu haben. Um noch mehr Zeit zu sparen, gibt es alle möglichen technischen Neuerungen für einen müheloseren Haushalt, um schneller von A nach B, C oder D zu kommen, und höhere Übertragungsraten, um (noch) rascher Worte, Bilder und komplexe Dateien rund um die Welt auszutauschen. Auf der Schreibmaschine Briefe tippen und mit der Post losschicken, die Tage später bei den Empfängerinnen und Empfängern eintrudeln – das war im letzten Jahrtausend. Heute dauert der gleiche Vorgang per E-Mail wenige Sekunden. Eine unfassbare Zeitersparnis.

Aber es scheint, als hätten die kleinen grauen Herren die frei werdenden Stunden einkassiert. Denn wo eigentlich Freizeit und Muße sein sollten, regiert stattdessen häufig der radikale Mangel an Zeit, vulgo Stress. Irgend-

was ist offenbar ordentlich schiefgegangen. Etwa das viel diskutierte Problem der ständigen Verfügbarkeit – so reicht dank Handy, Laptop und Internet der Arm des Arbeitgebers sogar bis auf andere Kontinente, während die Erholung im wahrsten Sinne des Wortes zurückbleibt. Die moderne Technik stellt sicher, dass nicht einmal eine Reise auf die Galapagosinseln Entspannung im Urlaub garantiert.

Nächste Schwierigkeit: Der Überfluss an Möglichkeiten führt dazu, dass wir uns ständig entscheiden müssen. Selbst wenn wir ganz viel weglassen, wollen wir meistens am Ende trotzdem noch immer zu viel: Sport betreiben, Kultur genießen, Fernsehserien schauen, den Balkon bepflanzen ... und einen Beruf und Familie sowieso.

Dabei stapeln sich diese Aktivitäten auf jene Dinge, die jedenfalls getan werden müssen. Etwa den eigenen Unterhalt durch Erwerbsarbeit verdienen oder Essen einkaufen und kochen, die Wäsche waschen, die Wohnung zusammenräumen und auch einmal putzen und, und, und. Von Kinder versorgen und die kranke Oma besuchen gar nicht zu reden. Das alles braucht Zeit. Unnötig zu ergänzen, dass diese „Pflichtübungen“ zum überwiegenden Teil bei den Frauen angesiedelt sind.

Grundbedürfnis Wi-Fi

In unseren Köpfen hat sich offenbar auch etwas verschoben, denn nicht wenige werden unruhig, wenn sie einmal nicht den elektronischen Zugriff auf alles und jedes haben. Nicht von unge-

fähr macht ein Bilderwitz die Runde, auf dem die **Maslowsche Bedürfnispyramide** zu sehen ist, wo als wichtigstes Grundbedürfnis „Wi-Fi“ dazugezeichnet wurde. Längst trifft das nicht mehr nur auf Jugendliche zu. Immer gibt es noch schnell etwas nachzuschauen oder zu beantworten. Abschalten zu können ist mittlerweile eine Kunst geworden. Die kleinen grauen Herren scheinen ihr Geschäft recht erfolgreich zu betreiben. Denn eigentlich müsste klar sein, dass man Zeit nicht sparen kann, sondern nur anders verwendet.

Dabei ist zentrale Frage natürlich: Zeit wofür? Der zentrale Wunsch ist, möglichst autonom über die eigene Zeitverwendung zu bestimmen. Diese Regel ist immer dann massiv eingeschränkt, wenn die Bedürfnisse anderer wichtiger sind als die eigenen – ein Umstand, der vor allem Menschen trifft, die sich um Kinder oder hilfsbedürftige Erwachsene kümmern. Dass das vorwiegend Frauen sind, ist hinreichend bekannt.

Frauen arbeiten mehr

Beeindruckende 6,7 Millionen Stunden erbringen Frauen in Österreich täglich an Hausarbeit, Kinderbetreuung oder Betreuung von pflegebedürftigen Erwachsenen, wie die letzte Zeitverwendungsstudie zeigt. Männer kommen mit 2,9 Millionen Stunden nicht einmal auf die Hälfte dieses Volumens. Kein Wunder, dass sich die Verhältnisse bei der Erwerbsarbeit umkehren: Hier haben Männer mit 3,1 Millionen Stunden die Nase vorn, bei Frauen sind es „nur“



Dabei stapeln sich diese Aktivitäten auf jene Dinge, die jedenfalls getan werden müssen. Etwa den eigenen Unterhalt durch Erwerbsarbeit verdienen oder Essen einkaufen und kochen, die Wäsche waschen, die Wohnung zusammenräumen und auch einmal putzen und, und, und. Von Kinder versorgen und die kranke Oma besuchen gar nicht zu reden.

2,3 Millionen Stunden. Damit arbeiten Frauen aber insgesamt deutlich mehr als Männer, die es nur auf 60 Prozent des weiblichen – bezahlten und unbezahlten – Arbeitsvolumens bringen.

Zeitressourcen nützen

Die Erfindung von Haushaltsgeräten hat geholfen, dramatisch viel Zeit einzusparen. Wer es sich leisten kann, lagert zusätzlich Putzarbeit aus. Damit gewinnen vor allem Frauen wertvolle Zeitressourcen, die meist in die eigene Erwerbstätigkeit investiert werden. Aber den Luxus, Hausarbeit auszulagern, haben nur wenige gut Verdienende. Und wer würde mit seinen Kindern reden, spielen und kuscheln auslagern wollen? Sonst wären wir wieder bei den kleinen grauen Herren, die alle gesparte Zeit aufsaugen und übrig bleibt – nichts.

Aber bevor hier das Loblied der Erfüllung der Frau bei ihren mütterlichen Pflichten anklingt, muss daran erinnert werden, dass Kinder immer auch Väter haben. Die verbringen ihre Zeit oft mit Überstunden. 300 Millionen werden davon jedes Jahr geleistet, 69 Millionen davon unbezahlt. Allein die unbezahlten zusätzlichen Stunden entsprechen 40.000 Arbeitsplätzen. Die 290.000 Menschen, die 2013 durchschnittlich arbeitslos gemeldet waren, hätten sicher Interesse.

Zusammenfassend müssen Frauen viel Zeit für Haushalt und Kinderbetreuung aufbringen, während die Männer viel Erwerbsarbeit leisten. Wobei oft viel mehr Zeit in den Job

fließt, als gewünscht, während andere Menschen ihre Zeit vor allem mit dem Suchen nach einem ebensolchen verbringen. Womit klar wird: Es geht nicht darum, Zeit zu sparen, sondern sie umzuverteilen.

Erwerbsarbeitszeiten sollten auf mehr Menschen aufgeteilt und damit im Durchschnitt für die Einzelne/den Einzelnen kürzer werden. Männer sollen sich mehr an Haushalt und Familie beteiligen, Frauen tendenziell mehr Zeit dafür haben, ein Einkommen zu erwerben.

Entlastung bei Betreuungspflichten

Bei den Betreuungspflichten braucht es zudem institutionelle Unterstützung: Gut ausgebaute Kinderbetreuung, flächendeckende Ganztagschulen und bedarfsgerechte Angebote für die Pflege von Erwachsenen sind vonnöten.

Dabei geht es nicht nur um die zeitliche Entlastung, sondern auch um Qualität. So können gut geschulte Pädagoginnen und Pädagogen eben andere Impulse und Anregungen einbringen als die meisten Eltern – so liebevoll deren Umgang auch ist.

Auch Pflege ist eine anspruchsvolle und komplexe Tätigkeit, die Unterstützung durch professionell ausgebildete Pflegekräfte kann die betreuten Familienmitglieder spürbar entlasten. Der Familie bleibt so mehr Zeit für einen gemütlichen Plausch oder andere kleine Unternehmungen, die sonst im Alltagsstress nicht oder nicht in dem Ausmaß möglich wären. Genau so, wie eine Ganztagschule das

Familienleben entspannt, weil alle Aufgaben erledigt sind, wenn die Kinder nach Hause kommen. Die Zeit kann dann mit schöneren Dingen gefüllt werden als Ermahnungen, was noch alles für die Schule zu tun ist.

Mehr Zeit zum Leben

Mehr Zeitwohlstand für alle zu schaffen wird sich ohne kürzere Erwerbsarbeitszeiten nicht machen lassen. Die Schaffung von Freiräumen durch Phasen von Einkommen ohne Arbeit, z. B. in Form von Sabbaticals und Bildungskarenz, ist eine gute Sache.

Aber sowohl aus einer Geschlechter- als auch Gesundheitsperspektive muss vor allem die wöchentliche Erwerbsarbeitszeit reduziert werden – und zwar generell für alle und nicht individuell ohne Lohnausgleich in Form weiblicher Teilzeitarbeit, wie es derzeit stattfindet. Damit könnten viele Menschen Arbeit mit Einkommen und Zeit für andere Dinge haben – ohne dabei sparen zu müssen. Ganz im Sinne von: Sparst du noch Zeit oder lebst du schon?

Internet:

Der AK-Zeitspeicher:
zeitspeicher.arbeiterkammer.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
sybille.pirklbauer@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Gesunde Lebenswelten

Die Gesundheitsreform soll eine „völlige Neuorientierung der Gesundheitspolitik“ einleiten. Erwarten uns ganzheitliche Konzepte oder Symptombekämpfung?

Astrid Fadler
Freie Journalistin

Auch in Österreich hat die Wirtschaftskrise dazu geführt, dass schon länger anstehende Umstrukturierungen und mittel- bis langfristig wirksame Veränderungen in Angriff genommen wurden. Zuerst wurden die Krankenkassen saniert, laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger vor allem durch Einsparungen auf dem Arzneimittelsektor (Generika-Preisregelung).

Aktuell meldete der Hauptverband im April 186 Millionen Euro Überschuss, wovon theoretisch für die Gratis-Zahnspange 80 Millionen bald wieder abgezogen werden können. 2010 präsentierte der Hauptverband seinen „Masterplan Gesundheit“ mit zahlreichen konkreten Vorschlägen als Basis für Reformgespräche. Im Sommer 2012 wurden zehn Rahmen-Gesundheitsziele vom Ministerrat und der Bundesgesundheitskommission beschlossen – als „wesentliche Eckpunkte einer Neuorientierung der Gesundheitspolitik“. Vier dieser Ziele wurden mittelfristig priorisiert:

1. Gesundheitsförderliche Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle Bevölkerungsgruppen durch Kooperation aller Politik- und Gesellschaftsbereiche schaffen – Health in all Policies.

2. Für gesundheitliche Chancengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und sozioökonomischen Gruppen, unabhängig von der Herkunft, für alle Altersgruppen sorgen.

3. Gesundheitskompetenz der Bevölkerung stärken.

4. Gesundes Aufwachsen für alle Kinder und Jugendlichen bestmöglich gestalten und unterstützen.

15a-Vereinbarung für Gesundheit

Im Juni 2013 hat die neu geschaffene Bundes-Zielsteuerungskommission den Vertragsparteien Bund, Länder und Sozialversicherung die Beschlussfassung des Bundes-Zielsteuerungsvertrages empfohlen, der sich an den Rahmen-Gesundheitszielen orientiert. Entsprechende Landes-Zielsteuerungsverträge sollen die Gesundheitsreform auch in den Bundesländern „auf Schiene bringen“. Gesamtziel ist, das Gesundheitssystem patienten- und wirkungsorientiert zu modernisieren durch:

» **Sicherung und Weiterentwicklung der Versorgungsqualität:** flächendeckend, bundeseinheitlich, bundesländer-, sektoren- und berufsübergreifend.

» **Transparente und überprüfbare Versorgungsqualität:** Zur Qualitätsprüfung von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten wurde 2004 von der Ärztekammer die Österreichische Gesellschaft für Qualitätssicherung & Qualitätsmanagement in der Medizin (ÖQMed) gegründet. Bis Ende 2008 wurden alle Arztordinationen überprüft (Ärztlicher Qualitätsbericht). KritikerInnen bemängeln, dass MedizinerInnen sich damit quasi selbst überprüft haben, da sie erstens den Test selbst ausgefüllt haben und zweitens von der eigenen Kammer getestet wurden. Immerhin wur-

BUCHTIPP

Silke Rudorfer,
Claudia Dannhauser (Hrsg.):
Handbuch Gesundheitspolitik Österreich
LIT Verlag, 2011, 248 Seiten,
€ 24,90
ISBN: 978-3-643-50353-4



Bestellung:
www.besserewelt.at

den Praxen auch durch externe PrüferInnen besucht, 19 Ärztinnen und Ärzte wurden beim **Disziplinaranwalt der Ärztekammer** angezeigt. Qualitätsprüfungen sollen in Zukunft regelmäßig stattfinden.

» **Ausbau von Prävention und Gesundheitsförderung:** Nach Schätzungen des deutschen Sachverständigenrates für das Gesundheitswesen könnte durch verstärkte Prävention rund ein Drittel der Gesundheitsausgaben eingespart werden (2001). Derzeit entfallen nur 1,9 Prozent der Ausgaben auf Vorbeugung (EU-27: 2,9 Prozent).

Die Prävention in Form betrieblicher Gesundheitsförderung (BGF) soll in Zukunft ebenfalls verstärkt werden. Helmut Ivantsits, Leiter der Abteilung Sozialversicherung der AK Wien: „Der ökonomische Nutzen von BGF ist gut dokumentiert. Internationale Studien zeigen, dass die Investition eines Euros bis zu sechs Euro an betriebswirtschaftlichen Einsparungen bringt. Die Produktivität in den Betrieben steigt um 20 Prozent.“ Die organisatorische Zersplitterung auch im Präventionsbereich führe zu Mehrgleisigkeiten



Auch in Österreich hat die Wirtschaftskrise dazu geführt, dass schon länger anstehende Umstrukturierungen und mittel- bis langfristig wirksame Veränderungen in Angriff genommen wurden.

und nur langsamen Veränderungen. „Hier mangelt es an konkreten Vorstellungen über die zukünftige Organisation von Prävention und Gesundheitsförderung. Um breite Wirksamkeit erlangen zu können, müssten die Maßnahmen für alle Präventionsträger verpflichtend sein und finanziell abgesichert werden.“

» **Neues Konzept für die Primärversorgung:** Einführung eines telefonischen und webbasierten Erstkontakt- und Beratungsservices für Gesundheitsfragen der Bevölkerung, das Patientinnen und Patienten bei Bedarf zum Best point of Service weitervermittelt. Hier gibt es bereits Pilotprojekte in Vorarlberg und Salzburg, in Wien bietet die Unabhängige Patientinnen- und Patienteninformationsstelle (UPI) einen vergleichbaren Service an. Die Spitalsambulanzen sollen entlastet, AllgemeinmedizinerInnen aufgewertet und vernetzt werden, u. a. um Ordinationszeiten abzustimmen; Aus- und Aufbau von Tageskliniken und Gruppenpraxen (Versorgungszentren), Stärkung von Betreuungsprogrammen für chronisch Kranke. Der AK-Experte ergänzt: „Außerdem könnte die medizinische Hauskrankenpflege verstärkt zur Anwendung kommen, die derzeit deshalb kaum von der Krankenversicherung genehmigt wird, weil die Anstaltspflege diese nach derzeitiger Rechtslage nichts kostet.“ Denn die Krankenkassen zahlen einen fixen Pauschalbeitrag für die Spitäler, die vorwiegend von den Ländern finanziert werden. „Wenn durch die Reform die Spitalsambulanzen tatsächlich entlastet werden, muss man die-

sen Pauschalbetrag dann entsprechend reduzieren“, so Ivansits.

Reichlich Reformbedarf

Derzeit läuft vieles allerdings noch unkoordiniert, doppel- oder mehrgleisig und zu oft ohne Erfolgskontrolle. Bei speziellen Aktionen und Präventionsprogrammen beispielsweise gibt es zwischen den verschiedenen Kassen und Bundesländern häufig keine Vernetzung. Aber auch die Investitionen für das Erarbeiten von Leitlinien (für optimales Vorgehen bei Diagnose und Therapie bei bestimmten Erkrankungen) verpuffen teilweise, wenn die Leitlinien nicht auch tatsächlich Eingang in den medizinischen Alltag finden. Thomas Czypionka, Leiter des Forschungsbereichs Gesundheitsökonomie und Gesundheitspolitik (HealthEcon) am IHS, wünscht sich mehr Forschung in Richtung Public Health, Gesundheitsökonomie und Evaluierung: „Wir produzieren das Wissen: Wie behandeln wir eine Krankheit? Wir produzieren nicht das Wissen: Wie setzen wir die Mittel im Gesundheitswesen besser ein?“ Die Universitäten seien zu sehr vom Lehrbetrieb in Anspruch genommen. Forschungsergebnisse (= wissenschaftliche Reputation) werden in internationalen Journals veröffentlicht, die sich kaum für Fallstudien aus Österreich interessieren. Auch die Sozialwissenschaft könnte sich intensiver damit beschäftigen, wie man erreichen kann, dass Menschen ihr Verhalten ändern und gesundheitsbewusster leben.¹

Als unabhängige Instanz zur wissenschaftlichen Entscheidungsunterstützung im Gesundheitswesen bietet das Ludwig Boltzmann Institut Health Technology

Assessment (LBI-HTA) seit 2006 die wissenschaftliche Basis für Entscheidungen im Sinne eines effizienten und angemessenen Ressourceneinsatzes. 2008 etwa ergab eine Studie, dass die in den Leitlinien für Rückenschmerzen empfohlene ausführliche Untersuchung inklusive Muskeltests den Ärztinnen und Ärzten finanzielle Einbußen gegenüber der meist nicht sinnvollen Röntgenuntersuchung bringt. Das Institut hat auch berechnet, dass durch Klinikverbünde und korrekte, EU-weite Ausschreibungen etwa bei Implantaten zehn bis 15 Prozent eingespart werden können. Für Ressortleiterin Ingrid Zechmeister-Koss ist Forschung unerlässlich, auch um aufzuzeigen, wie viel Gesundheit anderswo verloren geht, wenn neue, teure Leistungen finanziert werden, deren Vorteil gegenüber bisher eingesetzten Methoden oder Medikamenten eher gering ist. „Entscheidungsträger argumentieren, dass in Österreich die Kosteneffektivität kein Entscheidungskriterium sei, da unser Gesundheitssystem anders funktioniert als anderswo. Aber die Ressourcen sind hier wie dort begrenzt.“ Man könne schließlich jeden Euro nur einmal ausgeben.²

Internet:

Liste der zertifizierten Praxen:
www.oegm.at/index.php?id=95

Ärztlicher Qualitätsbericht 2012:
tinyurl.com/nyvopr

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
afadler@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

¹ In: Medical Tribune Nr. 49, 4. Dez. 2013.

² HTA-Newsletter April 2014, Nr. 126.

Sparen bei der Bildung

Die Bildungsministerin muss heuer 87 Millionen Euro einsparen. Für einen schmerzfreien Prozess lässt das Budget nur wenig Spielraum.

Irene Steindl

Freie Redakteurin

Eines vorweg: Die Sparpläne bei der Bildung sind kein Ruhmesblatt für die Regierung. Und dass gerade eine Partei, die im Wahlkampf groß Bildung plakatierte, nun den Sparstift zückt, ist politisch schmerzhaft. Überraschend kam dies aber keineswegs. „Dass bei der Bildung gespart werden muss, rufen seit Jahren die Spatzen von den Dächern“, weiß Stefan Hopmann vom Institut für Bildungswissenschaft. Nun ist es so weit. Obwohl das Bildungsbudget heuer um 185 Millionen Euro höher ist als im Finanzrahmen 2013 vorgesehen, muss die Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) heuer 87 Millionen Euro und nächstes Jahr 90 Millionen Euro bei den Ermessensausgaben einsparen.

Wo wird gespart?

Beim Erarbeiten der Sparpläne war die Ministerin äußerst ungeschickt. Ursprünglich wollte sie durch größere Schülergruppen in einzelnen Fächern an den AHS-Oberstufen und Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen, durch weniger Zweitlehrer (Teaching) und mehr Kostenwahrheit bei der Abrechnung der Landeslehrer (LandeslehrerInnen-Controlling) sparen. Diese Pläne waren unausgegoren und wirkten eher zufällig ausgewählt als gut durchdacht. Nachdem es sich die Ministerin mit Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern, Eltern, Ländern und Gewerkschaft gleichermaßen

zu verschmerzen drohte, hat Heinisch-Hosek die Sparpläne am Karfreitag zurückgezogen. Kurz darauf hat die Bildungsministerin neue Pläne vorgestellt: 50 Millionen sollen aus dem Topf der Ganztagschulen finanziert werden, und zwar durch jene Mittel, die die Länder in den Jahren 2011 und 2012 nicht für den Ausbau der Ganztagschulen beansprucht haben. Dieses Geld ist quasi übrig und tut den Länderchefs nicht weh. 2018 sollen diese 50 Millionen wieder in den Topf eingezahlt werden. „Wie vereinbart fließen bis zum Jahr 2018 400 Millionen Euro in den Ausbau der Ganztagschule. Die Bundesregierung investiert keinen einzigen Cent weniger“, stellt die Ministerin klar. Weitere 18 Millionen Euro will Heinisch-Hosek in der Verwaltung einsparen – weniger Eigenwerbung, weniger Förderungen und weniger Mittel für einzelne Projekte. Auf drei Millionen Euro muss das Bundesinstitut für Bildungsforschung (BIFIE) verzichten und weitere sieben Millionen Euro sollen bei Schulbauten eingespart werden. Für die noch fehlenden Millionen, um auf das Sparziel von 87 Millionen Euro zu kommen, werden derzeit Vorschläge erarbeitet.

Kritik an neuen Sparplänen

„Durch die neuen Sparpläne konnte die Bildungsministerin gerade noch den Kopf aus der Schlinge ziehen. Von einer langfristigen Lösung sind diese Maßnahmen aber weit entfernt“, kommentiert Bildungsforscher Stefan Hopmann die Vorschläge des Bildungsministeriums. Auch Arbeiterkammer und ÖGB sind

wenig zufrieden, dass nun die Hand auf den Topf der Ganztagschulen gelegt wird. Besser wäre es gewesen, so AK-Chef Rudi Kaske, das übrig gebliebene Geld auf jene Bundesländer zu verteilen, die die Mittel für den Ausbau der Ganztagschulen tatsächlich verwenden. Auch beim LandeslehrerInnen-Controlling und bei den Kleinstschulen hätte sinnvoll gespart werden können.

Die neue Verordnung zum LandeslehrerInnen-Controlling hätte vorgesehen, dass die Länder künftig für LehrerInnen, die sie über den mit dem Bund vereinbarten Stellenplan hinaus anstellen, mehr Geld als bisher an das Bildungsministerium zurückzahlen müssen. Derzeit streckt der Bund die Gehälter für sogenannte „Überhang-LehrerInnen“ vor, wenn die Länder den mit dem Bund vereinbarten Stellenplan überziehen. Die Länder zahlen jedoch nicht die tatsächlichen Gehälter der LehrerInnen zurück, sondern nur jene der JunglehrerInnen – auch wenn älteres und teureres Personal eingestellt wird. Sich von dieser politischen Altlast zu lösen, hätte dem Bund jährlich 30 Millionen Euro von den Ländern eingebracht und mehr Kostenwahrheit bedeutet. Doch wie schon ihre Vorgängerin Claudia Schmied ist auch Heinisch-Hosek am Widerstand der Länderchefs gescheitert.

„Initiative Erwachsenenbildung“

Was es heißt, in der Verwaltung, bei Projekten und Förderungen zu sparen, steht zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest. Es könnte aber durchaus bedeuten, dass

Auf drei Millionen Euro muss das Bundesinstitut für Bildungsforschung (BIFIE) verzichten und weitere sieben Millionen Euro sollen bei Schulbauten eingespart werden. Für die noch fehlenden Millionen, um auf das Sparziel von 87 Millionen Euro zu kommen, werden derzeit Vorschläge erarbeitet.



auch Beihilfen wie Studienbeihilfe oder Schülerfreifahrten gekürzt werden oder in der Erwachsenenbildung gespart wird. Damit könnte auch die Finanzierung der „Initiative Erwachsenenbildung“ wackeln.

Dieses Förderprogramm von Bund und Ländern wurde 2012 gestartet und ermöglicht das kostenlose Nachholen von Basisbildung und Hauptschulabschlüssen. Seither haben mehr als 12.000 Personen an kostenlosen Maßnahmen der Basisbildung teilgenommen, rund 4.000 Personen holen dank dieser Initiative den Pflichtschulabschluss nach. Ob die bis Ende 2014 befristete Initiative nun unbefristet verlängert wird, wie es Arbeiterkammer und ÖGB fordern, wird sich erst entscheiden.

Laut Bildungsforscher Hopmann wären Einsparungen in diesem Bereich jedenfalls fatal: „Österreichs Bildungssystem hat auch viele Stärken, die keineswegs geschwächt werden dürfen. Bei den Absolventinnen und Absolventen der Sekundarbildung liegt Österreich im Spitzenfeld. Auch die Erwachsenenbildung ist eine Stärke des österreichischen Bildungssystems. Das, was gut funktioniert, darf nicht gekürzt werden.“

Strukturenreformen notwendig

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) gibt Österreich zwar nur 3,6 Prozent für Bildung aus und liegt somit unter dem OECD-Durchschnitt von knapp vier Prozent. „Betrachtet man jedoch die Kosten pro SchülerIn, sind

wir laut UNESCO das drittteuerste System der Welt“, so der Bildungsforscher Hopmann. Wir leisten uns kleinere Klassen, Kleinschulen mit weniger als 15 SchülerInnen und verhältnismäßig hohe Gehälter für LehrerInnen. Das Geld komme aber bei den Schülerinnen und Schülern nicht an. Warum?

„Österreich hat ein massives Strukturproblem“, so Hopmann. „Von den acht Milliarden Euro Bildungsbudget sind über 92 Prozent in Fixausgaben, vor allem Personalkosten und Schulerhaltung, gebunden. Und da Gehälter und Mieten jährlich steigen, ist der politische Spielraum für Sparmaßnahmen äußerst gering.“ Die Herausforderung liege nun darin, von diesen extrem hohen Fixkosten herunterzukommen. Andere Länder hätten dies mittels Strukturereformen bereits in den 1980er- und 1990er-Jahren geschafft, wo Bildungsreformen noch relativ schmerzfrei möglich waren. Österreich ging es damals zu gut, um aus dem Dornröschenschlaf aufzuwachen. Das rächt sich jetzt.

Laut Hopmann ist das Bildungssystem so nicht länger finanzierbar. Ein Großteil der LehrerInnen werde für Tätigkeiten eingesetzt, die nichts mit ihrer Kernkompetenz zu tun haben. Das sei weder sinnvoll noch finanzierbar. Dass auch im Bildungsbereich gespart werden muss, war also längst absehbar – unabhängig davon, wer gerade für das Bildungsministerium zuständig ist.

Anfang Juni trifft Bildungsministerin Heinisch-Hosek die Bildungslandesräte sowie einige Landeshauptleute, um Themen wie Kostenwahrheit, Dop-

pelgleisigkeiten und Möglichkeiten für eine effiziente Verwaltung gemeinsam zu diskutieren. Diese Gipfel, die nun regelmäßig stattfinden sollen, sind laut Hopmann ein guter Schritt, greifen aber viel zu kurz. Grundlegende Strukturereformen seien bisher nicht erkennbar. Anstatt mit einem Taschentuch einen Elefanten abdecken zu wollen, sei es nun höchste Zeit für strukturelle Reformen.

Tacheles reden

Hopmann plädiert dafür, dass sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen und Tacheles reden. Wie sind die Kompetenzen derzeit zwischen Schulen, Ländern und Bund verteilt und macht diese Aufteilung Sinn? Welchen Personalmix benötigen die Schulen? Wie viel Schulautonomie ist notwendig? Nur wenn die Beteiligten auch den Mut haben, sich den unangenehmen Fragen zu stellen und sich an den Elefanten der Fixkosten heranwagen, kann das Bildungsbudget langfristig und relativ schmerzfrei reformiert werden. Auch das pfeifen die Spatzen schon lange und laut von den Dächern.

Internet:

Institut für Bildungswissenschaft:
bildungswissenschaft.univie.ac.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
steindlirene@gmail.com
oder die Redaktion
aw@oegb.at



Ein Sparmärchen von
Mario R. Lackner

Das Märchen vom Sparen – eine weitere Stilblüte des Zeitdrachen

Nein, das ist kein Promo-Artikel und hier wird nicht für ein Produkt – in diesem Falle ein Buch – geworben. Auch die einleitenden Worte hier sind kein Trick, der uns darüber hinwegtäuschen soll, dass es sich insgeheim doch um eine Werbeschaltung handelt.

Der Schriftsteller Mario R. Lackner ist aus dieser Welt der Manipulation und subtilen Verführung ausgestiegen. Er, also ich, braucht nicht marktkonform auf die **Asta-Romantrilogie** aufmerksam zu machen.

Die ersten beiden Bände und meine Lese-Shows daraus haben bereits genügend Anklang zwischen Bayern und Bosnien gefunden. „Danke, genug. Ich habe alles, was ich brauche“ – das passt nicht in die vorherrschende Marktlogik, die Idee von ständigem Wirtschaftswachstum.

Das widerspricht der kapitalistischen Wohlstandsdefinition über materiellen Besitz und Anhäufung von schwarzen Zahlen auf dem Bankkonto.

Pursuit of happiness – das Streben nach Glück, wie es in der Unabhängigkeitserklärung der USA als zentraler Inhalt einer demokratischen Gesellschaft modernen Typus postuliert wird – kann es auch anders definiert

werden als über Geld, Geld und noch mal so viel Geld?

In den etwas mehr als zwei Jahren seit der Veröffentlichung meines Debütromans „**Asta im Winterwald**“ und einige Monate nach der Fortsetzung „**Asta in den Sommerbergen**“ haben der Verlag Berger und ich die Gewinnzone, den Break-even-Point, erreicht – warum ist das, finanzieller Erfolg, eigentlich wichtig? Weshalb muss jedes Projekt mehr Geld einbringen, als dafür ausgegeben wird, um als „erfolgreich“ zu gelten?

Erfolg und (finanzieller) Reichtum feiern Hoch-Zeit in unseren Köpfen, in denen Ziele umher(schw)irren, die immer weniger Menschen erreichen können.

In globalisierten Gesellschaften, in denen die Schere zwischen „Arm“ und „Reich“ weiter und weiter auseinanderklafft, geht sich der American Dream einfach für kaum jemanden aus. Er ging sich für die konsumierenden Massen seit der industriellen Revolution in Wirklichkeit nie aus, aber allein schon die Hoffnung, er könnte sich einst für dich und mich bis zur Pension oder zumindest für unsere Kinder oder Enkelkinder ausgeben, macht viele in „Krisenzeiten“ immer noch gefügig für Parolen wie:

BUCHTIPP

Mario R. Lackner:
Asta in den Sommerbergen
Verlag Berger, 2013,
180 Seiten, € 15,90
ISBN: 978-3-85028-610-7



Bestellung:
ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

„Wir müssen den Gürtel enger schnallen!“

„Jetzt gilt es zusammenzustehen. Jeder muss seinen Beitrag leisten!“

„Die Zeiten sind hart, aber die einschneidenden Sparmaßnahmen machen uns wieder fit für die Zukunft, ermöglichen neues Wirtschaftswachstum!“

„Wachstum, Wachstum, Wachstum“, wie es ALDE-Spitzenkandidat Guy Verhofstadt bei der TV-Livedebatte der EU-Kommissionspräsidenten im April 2014 auf Euronews zu seinem wichtigsten Ziel für Europa erklärt hat, ist demnach also die universelle Lösung für alle Probleme weltweit.

Selbst manch sozialdemokratische Partei heftet sich „Wachstum“ auf die

Fahnen und schreibt es sich selbst ins Parteiprogramm.

Das Wort hinterlässt zurzeit auch über Plakate und Facebook-Banner der SPD seine Spuren in unseren Gehirnwindungen. Langsam glaubt das kapitalistische Ammenmärchen ein jedes Kind. Doch gerade unsere Kinder sollten etwas anderes von uns als Gutenachtgeschichten erzählt bekommen:

Mitgefühl, Solidarität, Verantwortungsbewusstsein und Vertrauen.

Vertrauen – ist die aktuelle Banken- und Wirtschaftskrise nicht in erster Linie eine globale Vertrauenskrise? Einander blind vertrauen ... nichts Böses ahnen und das Gute im Gegenüber vermuten ... wer ist bitte noch so naiv?

Asta. Asta Maria Burat ist es, so die Antwort meiner Romantrilogie, deren Abschlussband „**Asta im Jahreszeitenland**“ im Herbst erscheinen wird.

Asta wanderte 1995 in ihrem sechsten Lebensjahr mit ihren Eltern nach Russland aus, wo ihr Vater Wirtschaftskontakte zwischen großen Firmen in Ost und West knüpfen sollte.

Als ihm die korrupten Machenschaften innerhalb der Konzerne unerträglich wurden, machte er sich mit einem Arbeitskollegen selbstständig, doch so richtig erfolgreich (im kapitalistischen Sinne) ist er nicht dabei. Daher bleibt der Traum, in die Hauptstadt Moskau zu ziehen, ein unerfüllter, sein unerfüllter, denn seine Frau hat sich längst in eine Depression geflüchtet und die Tochter – Asta – lebt in ihrer ganz eigenen Märchenwelt, auch noch 2003, als sie als 13-jährige in einem mysteriösen Wintersturm ohnmächtig wird.

Das Erwachen – tatsächlich in einer anderen Welt, im Jahreszeitenland, genauer gesagt in der Datscha von Väterchen Frost, am Rande des Winterwaldes.

„**Asta im Winterwald**“ – Teil 1 der Trilogie – erzählt die Abenteuer, die das Mädchen dort erlebt, aber

auch das Drama seiner Eltern, denn wie verändert das Verschwinden des Kindes die Beziehung zwischen Mann und Frau? Und was hat diese Geschichte voller Motive aus der Mythenwelt Ost- und Westeuropas mit unserer Wirklichkeit zu tun?

Eine erste Antwort gibt der zweite Teil der Trilogie, der im Herbst 2013 erschienen ist: „**Asta in den Sommerbergen**“ ist erwachsener, konkreter. Asta ist mittlerweile zur jungen Frau herangewachsen und widmet sich auch dem Zustand unserer Demokratie.

Eine (Post-)Demokratie, die vielen in Zeiten von Überwachungsprogrammen wie PRISM und TTIP-Geheimverhandlungen als eine leere Worthülse, ein Potemkinsches Dorf erscheint.

Die gesamte Asta-Trilogie ist nur auf den ersten Blick ein harmloses, faszinierendes Märchen für Erwachsene. Der Romandreiteiler verknüpft Fantasie mit Realität, uralte Legenden mit dem globalen Zerwürfnis hier und jetzt, dem wir insbesondere in modernen Informationsgesellschaften westlicher Prägung ausgesetzt sind. Dank Vormarsch technischer „Hilfsmittel“ wie Computer, Smartphones und Internet wächst der Kontaktverlust mit der Natur, auch mit unserer ureigen menschlichen.

Unser Weltwirtschaftsfinanzsystem samt globaler Schuldenkrise ist Ausdruck des großen zwischenmenschlichen Mankos unserer Zeit. Es zeigt sich nicht nur durch Post-Demokratie sowie steigenden Kontroll- und Überwachungswahn. Dieses Manko ist auch das Thema, das sich quer durch unsere persönlichen Beziehungen zieht. Hier eine gekürzte Passage dazu aus „**Asta in den Sommerbergen**“:

Ich liebe die Stille der Nacht, in die sich das stetige Rauschen der Zentralheizung einbettet. Die letzten E-Mails sind versendet, alle Agitationen für Marios gesellschaftspolitische Karriere abgeschlossen. Karriere – ein drolliges Wort mit null Inhalt.

Klingt wie eine Mischung aus „Karikatur“ und „Habe die Ehre“. Er, also Mario, wird ohne mich gut zurechtkommen, wie auch schon vor unserem

Kennenlernen, und ich muss endlich nicht mehr ins unfassbare Internet.

Der Zeitdrache hat sich auch dort breitgemacht und verführt mich und all die anderen zu gern zum dortigen Verweilen, lenkt von den wirklich wichtigen Dingen ab. [...]

Schaust du nicht auch viel zu oft in den Bildschirm anstatt in die Augen eines Menschen, der dir etwas bedeutet? Bedeutungslos schweift unser Blick bedeutungsschwanger von einer Website zur nächsten. Wie gebannt sind wir und machen uns vor, dass wir das Internet nutzen ... dabei nutzt das Internet, genauer gesagt der Zeitdrache, uns. [...]

Der Zeitdrache ist ein Meister der Strategie, der subtilen Verführung. Ich muss für ihn unsichtbar werden, so wie meine Tochter.

Ich gehe also offline, entferne die Zeitanzeige auf meinem Computer und nehme mich heraus aus seinem Kontrollsystem. Soziale Netzwerke im Internet, kostenlose E-Mail-Kontos, Fernsehen, Smartphones [...] – sie halten uns in Schach, lenken uns von unserer wahren Schönheit ab, schenken uns eine Illusion von Verbundenheit. [...]

Möchte ich Teil einer Gesellschaft sein, die den Kontakt zu sich selbst und zum Rundum verloren hat? Eine Welt, in der Vertrauen zu einer leeren Floskel der PR-Maschinerie von Banken und der von ihnen abhängigen Parteien und Firmen geworden ist? Möchtest du das, der/die du diese Zeilen liest?

Möchten Sie weiterlesen?
Keine Antwort an dieser Stelle,
denn ansonsten wird das hier
doch noch das, was es nicht ist:
ein Promo-Artikel.

Meint Mario R. Lackner,
geb. im Dezember 1978 in Steyr,
aufgewachsen im oberösterreichischen
Zentralraum. Er lebt in Langau
im Waldviertler Grenzland zu Südmähren
und ist Mitgesellschafter
des Kreativbetriebes Traumsieberei OG,
Karrierecoach für BFI-Kursteilnehmende
und Chefredakteur des politischen
Online-Magazins
GrenzlandDemokratie.

Europa in Flammen!

Thom Kinberger, SOZAK-Absolvent und Jahrgangssprecher des 60. Jahrganges, absolvierte sein Praktikum in Belgien.

Thom Kinberger

Teilnehmer des 60. SOZAK-Lehrganges

Europa in Flammen“ war das Motto meines Praktikums im ÖGB-Büro in Brüssel 2011. Echte Flammen kamen später. Am Anfang entbrannte mein Herz für die europäische Idee mit ihrer friedensstiftenden Intention. Trotzdem war mir schon damals klar, dass sich die EU in einem organischen Werdungsprozess befindet. Dass es um nationale Integration durch Anerkennung des Prinzips der überindividuellen Autorität der Staatenunion geht. Doch das ist erst die Basis für die wachsende Gestaltung der politischen und sozialen Kräfte. Deshalb war mein Praktikumsziel, zu erkennen, welche Mechanismen uns zur Verfügung stehen, um die Demokratisierung der EU und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Betriebsräte voranzutreiben. Als Betriebsrat bin ich täglich mit Interessenkonflikten konfrontiert. Betriebliche Interessenvertretung ist ein Teil der Demokratisierung aller Lebensbereiche. Und diese sind nun einmal maßgeblich von den Entscheidungen in Brüssel beeinflusst, die wiederum viel zu oft von den Interessen internationaler Konzerne begleitet werden. Deshalb war es für mich nur logisch, in das politische Zentrum der Macht aufzubrechen, um diese Mechanismen zu studieren. In der ständigen Vertretung Österreichs sucht man vergeblich nach hemsärmeligen Klassenkämpferinnen und Klassenkämpfern. Die Arbeit ist analytisch und strategisch – hier werden Kontakte gepflegt, Informationen gesammelt und Allianzen geschlossen. Im ÖGB-Büro geht es darum, frühzeitig Entwicklungen zu erkennen, die unsere Sozialstandards gefährden, und

Plattformen für Diskussionen zu schaffen. Mit Lohndumping, „Economic Governance“ und der Finanztransaktionssteuer wurde ich während meiner Arbeit dort bereits konfrontiert, als es diese Themen in Österreich noch nicht auf den großen Radar geschafft hatten.

Was wir satt haben ...

Wir Europäischen GewerkschafterInnen haben die unsoziale und antidemokratische Politik ebenso satt wie diskriminierende Angriffe auf sogenannte „Schuldenstaaten“. Wir sehen die Vermögen der wenigen und das Leid von vielen. Vor diesem Hintergrund fällt es leicht, gemeinsam zu diskutieren, zu arbeiten und vor allem Erfahrungen und Ideen auszutauschen. Die ABVV/FGTB (Algemeen Belgisch Vakverbond/Fédération Générale du Travail de Belgique) hat mir Gelegenheit gegeben, mit wunderbaren Betriebsrätinnen und Betriebsräten sowie Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern zu arbeiten. Die belgische Gewerkschaft verfügt über komplexe, aber effiziente Organisationsstrukturen. Neben den Fachbereichen und politischen Fraktionen gibt es in Belgien auch noch die Unterscheidung der flämischen und wallonischen Teile. Trotzdem gibt es viele Parallelen zu unserer Situation in Österreich. Auch die BelgierInnen haben hohe Sozialstandards zu erhalten und die ArbeitnehmervertreterInnen sind gut in den Betrieben verankert. Viele Aufgaben, die bei uns vom Betriebsrat abgewickelt werden, gehören in Belgien zum Kompetenzbereich der Gewerkschaften. Die Themen sind ähnlich wie bei uns: Vom Erhalt und Ausbau sozialer Errungenschaften über den Kampf gegen Lohndumping bis zur Sicherung der

Produktionsstandorte. Konzerne delegieren über internationale Grenzen hinweg ihre Zielvorgaben, losgelöst von Sozialpartnerschaft und Betriebskultur. Über allem schwingt das Damoklesschwert der Abwanderung, des Outsourcings und der Betriebsumstrukturierung. Dabei ist uns Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern längst klar, wie wir die Zukunft für uns sichern können: Durch die Aufwertung von hochqualifizierten Produktionsstandorten, durch politische und soziale Sicherheit sowie die Stärkung der Kaufkraft – und mit einer geschlossenen Arbeitnehmerschaft, um das Erreichte zu erhalten und neue Standards zu setzen. Darüber waren wir uns einig. In Luxemburg, auf der großen Zentralkundgebung des Europäischen Gewerkschaftsbundes, warnten damals im Juni 2011 Zehntausende Menschen aus ganz Europa lautstark vor einem Europa der „Austerität“. Ein Euphemismus für eine knallharte Sparpolitik auf Kosten von Sozialstandards, Arbeitsplätzen und in letzter Konsequenz des Humanismus. Vor spektakulären Aktionen wurde nicht zurückgeschreckt und als eine riesige Pappkartonpyramide mit den Logos internationaler Konzerne in Flammen aufging, wusste ich, dass hier etwas wächst und stärker wird. Ein grenzüberschreitender Gedanke, der uns rot blinkend warnt vor der ewigen Hölle, die uns erwartet, wenn wir es zulassen, dass das Materielle über die Liebe gestellt wird.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
gsg-betriebsrat@stiegl.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

ZUR PERSON

Denise Schellemans

Alter: 53

Wohnort: Brecht, Belgien

Erlerner Beruf: Medizinische Laborantin, A1

Firmenstandort: BASF Antwerpen NV

Gewerkschaft: LBC-NVK (ACV), eng-lbc-nvk.acv-online.be

Seit wann im (Euro-)BR? 1999

**Wie ist dein Familienstand?**

Ich bin mit Jan verheiratet – er ist im Verkauf tätig. Wir haben einen Sohn im Alter von 28 Jahren, zwei Töchter mit 26 und 24 Jahren und zwei Pflegekinder.

Was bedeutet dir Arbeit?

Arbeit gibt mir eine Einkommensgarantie, sie sorgt für meine sozialen Kontakte und sie gibt mir auch Erfüllung.

Wie siehst du die Wirtschaft in Belgien?

Unsere Wirtschaft ist ein Barometer der Wohlfahrt. In Belgien hat das Unterrichtswesen ein hohes Niveau. Wissen und Bildung müssen wir in Europa in Zukunft besonders hochhalten.

Was bedeutet dir Gewerkschaft?

Gleichbehandlung und Gerechtigkeit sind mir wichtig. Ich freue mich über die interessanten Kontakte. Und die juristischen Kenntnisse, die man in der Gewerkschaft vermittelt bekommt, sind sehr wertvoll und stärken.

Was bedeutet dir die EU?

Das Konkurrenzdenken unter den Mitgliedsstaaten ist meiner Ansicht nach noch zu hoch. Wirtschaftliches Wachstum bleibt notwendig, die Industrie steht zurzeit unter Druck. Neben einer gut ausgebauten Infrastruktur sind Innovationen notwendig. Die Politik muss Möglichkeiten dazu schaffen. Die Regulierung in Europa kommt weltweit unter Druck.

Heute kann Europa global sicher mithalten. Eine grundsätzliche Regulierung für den Schutz des Sozialstaates ist auf jeden Fall erforderlich. In Europa dominiert zum Glück eine allgemeine Atmosphäre des Friedens.

Was bringt der europäische Betriebsrat?

Ich habe mit dem EBR und dem Betriebsrat im Allgemeinen überwiegend positive Erfahrungen gemacht. Sehr gut ist auf jeden Fall die Zusammenarbeit mit anderen Standorten, also der Kontakt und Austausch innerhalb der BASF-Anlagen in Belgien. Ich bin Vorsitzende und empfinde daher auch die direkten Kontakte mit den Kolleginnen und Kollegen aus anderen europäischen Ländern als bereichernd. Es bleibt natürlich ein Potenzial für Wachstum: Die Transnationalisierung kann auch sehr positiv sein! Das Bild, das die Außenwelt von einem EBR hat, ist vor allem geprägt von Umstrukturierungen und Akquisitionen. Positive Bewegungen und Möglichkeiten innerhalb und durch den EBR müssen gestärkt werden. Unser EBR fällt unter das europäische Gesellschaftsrecht nach Ursprung des deutschen Modells. Nicht alle Kolleginnen und Kollegen haben in ihrem Land die gleichen Rechte. Mein Traum ist, dass in Zukunft Rahmenverträge abgeschlossen werden, die einen Mindestrahmen bieten, die dann lokal verfeinert und angepasst werden können – unter Berücksichtigung der lokalen Gesetzgebung).

Wie oft machst du Urlaub?

Einmal jährlich, mit der Familie.

**Was wünschst du dir für deine Zukunft?**

Für mich und meine Lieben vor allem Gesundheit. Und Arbeitsplatzsicherheit – vor allem für die künftige Generation.

INFO & NEWS

Königreich BelgienFläche: 30.528 km²

EinwohnerInnen: 11,035.948

Staatsform:

föderale, parlamentarische Erbmonarchie

Regierungssystem:

parlamentarische Demokratie

Währung: Euro

BIP pro Kopf 2013: 37.842 \$

Aktuelle Durchschnittskosten

1 Liter Benzin: € 1,662 (April 2014)

1 Laib Brot: € 2,10

1 Liter Milch: € 0,7 bis € 1,6

¼ Liter Bier: € 2,00 bis € 2,20

1 Kilo Apfel: € 1,40 bis € 3,50

1 Kinokarte: € 8,00 bis € 10,00

„Bis in drei Wochen, Schatz!“

Wenn der Arbeitsort Hunderte Kilometer weit entfernt ist, kommt man nur alle paar Wochen heim – per Flugzeug. In Australien heißt das: Fly-in fly-out, kurz FIFO.

Barbara Lavaud

Barbara Lavaud arbeitet für die Presseabteilung der GPA-djp und verbringt derzeit ein Sabbatjahr in Australien

Ich lebe mit unseren beiden Kindern in Perth, an der Westküste Australiens. Mein Mann arbeitet in der Nähe von Onslow. Diese 500-Seelen-Gemeinde liegt rund 1.400 Kilometer nördlich von Perth. Mit dem Flugzeug braucht er dorthin knapp drei Stunden. Und so wie alle anderen Frauen und Männer, die auf derselben Großbaustelle arbeiten, kommt er nur alle drei Wochen nach Hause. Dann hat er eine ganze Woche lang frei, zusätzlich zu seinem Jahresurlaub. Diese Art Arbeitsrhythmus an einem abgelegenen Arbeitsort nennt sich „Fly-in fly-out“, kurz FIFO. FIFO zu arbeiten ist in Australien längst keine Ausnahme mehr: In Westaustralien arbeiten mehr als 50.000 Menschen FIFO, Tendenz steigend.

Westaustralien: reich und weit

Der Reichtum Westaustraliens gründet sich auf seine Energierohstoffe und Bodenschätze. Es sind dies Öl, Gas und Kohle sowie Bauxit, Eisenerz, Mangan, Gold und Diamanten, um nur die Wichtigsten zu nennen. Westaustralien ist ungefähr siebenmal so groß wie Deutschland, allerdings leben hier nur 2,5 Millionen Menschen.

Der Bundesstaat ist de facto nur in den Küstenregionen besiedelt, drei Viertel der EinwohnerInnen leben in der Agglomeration von Perth. Die meisten Minen und Fördergebiete sind

jedoch irgendwo „in the middle of nowhere“ in diesem riesengroßen Land. Früher zogen die Bergleute und die ArbeiterInnen dorthin, wo es etwas zu holen gab, und wenn eine Mine nichts mehr hergab, zogen sie weiter. Sie hinterließen die Geisterstädte des westaustralischen „Gold Rush“ des 19. Jahrhunderts.

Das Städtchen Onslow, wo mein Mann arbeitet, liegt im Outback. Rote, staubige Erde, Buschland, Fliegen und Termitenhügel so weit das Auge reicht. Die nächste größere Stadt, Karratha, mit 12.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, ist 300 Kilometer entfernt. Gleich neben Onslow baut ein internationales Firmenkonsortium an einem riesigen Infrastrukturprojekt, das der Gasförderung dient.

Die Baufirma, für die mein Mann arbeitet, hat allen mitreisenden europäischen Familien Wohnmöglichkeiten in Perth angeboten, nicht jedoch in Onslow. Denn das Angebot an Immobilien in Onslow ist, entsprechend der Größe des Orts, bescheiden. Eigens neue Wohnsiedlungen hochzuziehen wäre zwar möglich, doch damit hat man in Australien keine sehr guten Erfahrungen gemacht. Wenn nämlich mehrere Tausend ArbeiterInnen in eine Kleinstadt ziehen, wo davor gerade einmal fünfhundert Seelen lebten, so stößt eine solche Gemeinde rasch an die Grenzen ihrer Kapazitäten. Es müsste neben Wohnhäusern auch grundlegende Infrastruktur wie Krankenhäuser und Schulen gebaut werden. Doch kleine Gemeinden können eine solche plötzliche Explosion der Einwohner-

zahlen auf sozialer Ebene nur schwer verdauen – und auch die Familien der Beschäftigten, die sich mit einem Mal mitten im Outback wiederfinden, sind damit nicht unbedingt glücklich.

Australische Firmen gingen daher in den letzten Jahrzehnten dazu über, ihre ArbeiterInnen nicht mehr direkt am Arbeitsort anzusiedeln, sondern sie von ihrem Wohnort aus einzufliegen. Das hatte den Vorteil, dass die Familien der Beschäftigten nicht mehr im Outback leben mussten, sondern dort bleiben konnten, wo es gute Infrastruktur gab, z. B. in Perth. Es war außerdem nicht mehr notwendig, in den Outback-Gemeinden neue Stadtteile hochzuziehen. Für die ArbeiterInnen allein stellt man einfach Wohncontainer hin, sogenannte Dongas. Ähnlich einem Motelzimmer bietet eine Donga einen möblierten Schlafraum mit Badezimmer. Aus solchen Dongas entstehen dann Siedlungen für mehrere Tausend ArbeiterInnen. Gegessen wird in einer Kantine, es gibt auch Fitnesscenter und Freizeitangebote sowie medizinische Versorgung.

Arbeitsplatz-Camps

Diese „Camps“, wie sie genannt werden, funktionieren de facto wie normale Kleinstädte. Nur dass die Nahrungsmittel ebenso wie der Abfall über Tausende Kilometer weit heran- und wieder weggekartt werden müssen. Denn ein Hinterland, wo z. B. Gemüse wächst, gibt es nicht. Und die Wohncontainer werden, sobald die Baustelle fertig ist, wieder abgebaut und zur nächsten Baustel-



Australische Firmen gingen daher in den letzten Jahrzehnten dazu über, ihre ArbeiterInnen nicht mehr direkt am Arbeitsort anzusiedeln, sondern sie von ihrem Wohnort aus einzufliegen.

le geschafft. Mittlerweile haben sich Firmen nur auf dieses Business spezialisiert: Container aufbauen, Essensversorgung durch Großküchen, Abfallentsorgung.

Auch wenn es sich wie eine Art Ferienkolonie anhört, ist so ein Camp natürlich mitnichten Urlaub. Dazu trägt nicht nur das rüde Klima der Region bei: Je nach Jahreszeit ist es in Onslow entweder heiß und trocken oder heiß und feucht. Im Sommer hat es um die vierzig Grad, im Winter immer noch knapp dreißig. Wer sein klimatisiertes Büro verlässt, der wird von Fliegen umschwärmt und von Sandfliegen gebissen. Im Sommer – d. h. zwischen Dezember und März – kommt auch öfter mal ein Zyklon bedenklich nahe. Für die möglichen Freizeitaktivitäten bleibt meist wenig Zeit. Nach der Arbeit eine halbe Stunde ins Fitnesscenter, danach Abendessen, vielleicht ein Bier mit den Kollegen und dann früh ins Bett. Denn Arbeitsbeginn ist spätestens um sechs Uhr morgens. Wer einen Drei-eins-Arbeitsplan hat, der/die arbeitet drei Wochen durch, danach hat er/sie eine Woche frei und fliegt nach Hause. Je nach Vertrag, Firma und Baustelle bzw. Mine kann so ein Vertrag auch einen anderen Rhythmus umfassen, von acht-sechs (acht Tage Arbeit, sechs Tage frei) bis vier-eins (vier Wochen, eine Woche) gibt es viele verschiedene Varianten.

Arbeitsrhythmus mit Nebenwirkungen

Ein solcher Arbeitsrhythmus ist natürlich nicht frei von Nebenwirkungen. Nicht alle Familien verkraften es gut, ei-

einander nur in Intervallen zu sehen. Und die intensiven Arbeitsperioden – denn während der Zeit „on site“ gibt es kaum freie Tage – können sich über die Jahre hinweg zur physischen und auch psychischen Belastung auswachsen. Das bringt oft Probleme mit Drogen oder Alkohol mit sich, gegen die seitens der Arbeitgeber penibel vorgegangen wird, in erster Linie natürlich aus Gründen der Sicherheit am Arbeitsplatz.

Der Alkoholkonsum in den Camps ist streng limitiert, und alle Beschäftigten werden regelmäßigen Drogentests unterzogen. Wer bei einer Kontrolle mit Drogen im Blut erwischt wird, ist sofort seinen Job los.

Die Bezahlung stimmt

Warum ist FIFO trotzdem für die AustralierInnen attraktiv? Eine einfache Antwort: Die Bezahlung stimmt. Wer FIFO arbeitet, verdient deutlich mehr als bei normalen Arbeitsverträgen. Selbst wenig qualifizierte ArbeiterInnen haben hier die Möglichkeit, gutes Geld zu verdienen.

Für junge Menschen, die eine Familie gründen wollen, kann es interessant sein, in sagen wir drei Jahren den Gegenwert eines Einfamilienhauses zu verdienen. Das gilt für Männer wie für Frauen, denn FIFO ist keineswegs eine Männerdomäne. Die Frauen in den Camps machen auch nicht bloß die Küchenarbeit, sondern sind ebenso in den qualifizierten Baujobs zu finden.

Auch jenseits vom gut befüllten Konto ist FIFO wegen der geblockten Freizeit durchaus attraktiv. Viele Sin-

gles verbringen ihre freien Tage gerne gleich gar nicht in Perth, sondern im nahe gelegenen Bali beim Surfen oder mit Wellness. Jene, die Familie haben, können sich wirklich intensiv ihren Kindern widmen und an deren Alltag teilnehmen. Dreizehn Wochen Freizeit plus sechs Wochen Jahresurlaub, damit lässt sich schon leben.

Wenn mein Mann aus Onslow zurückkommt, ist er erst mal müde und schläft sich aus. Denn drei Wochen durcharbeiten, mit nur einem freien Tag, das schlaucht. Aber dann haben wir viel Zeit füreinander, unternehmen Ausflüge, treiben Sport, profitieren zusammen mit den Kindern von den sehr attraktiven Freizeitmöglichkeiten und dem sonnigen Klima der Region. Für ihn wie für alle seine europäischen Kolleginnen und Kollegen ist das hier eine anstrengende, aber durchaus relevante Berufserfahrung, die niemand missen möchte. Ein Hauch von Abenteuer im wilden Westen? Vielleicht auch. Immerhin, die Baustelle besteht für zwei Jahre. Danach freuen sich die meisten wahrscheinlich doch wieder auf einen „normalen“ Job.

Internet:

Ein Jahr in Australien – der Blog:
einjahrinaustralien.wordpress.com

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
barbara.lavaud@gmail.com
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Arbeit & Wirtschaft

... AUF DEN
BLOG GEBRACHT

Der blog.arbeit-wirtschaft.at ergänzt die Printausgabe der „A&W“ als digitales Informationsforum.

DIE MEISTGELESENEN BEITRÄGE DER LETZTEN 30 TAGE:

- » Ist Arbeit zu teuer?
- » Braindrain in Österreich?
- » Arbeit heute: Raus Betriebsklima, hoher Zeitdruck

IST ARBEIT ZU TEUER?

Bettina Csoka zeigt im meistgelesenen Beitrag der letzten 30 Tage auf, wie der in Wirtschaftskreisen vorherrschende isolierte Blick auf die Höhe der Arbeitskosten zu kurzsichtigen Lohnsenkungsfantasien führt. Sie betont, dass nicht die Höhe der Löhne, sondern das Ausmaß der Löhne an der realen Wertschöpfung (= Lohnstückkosten) für internationale Vergleiche relevant ist. Nicht die gesamte Wirtschaft muss sich international messen, sondern vor allem die Produktion, weil eben Güter internationale Absatzfähigkeit suchen – im Gegensatz etwa zu Dienstleistungen, die mit Ausnahme von Grenzregionen keinem internationalen Wettbewerb unterliegen. Ein weiterer Fokus des Artikels liegt auf den Lohnnebenkosten: In Österreich überschreitet der Lohnnebenkostenanteil (26,7 Prozent) an den gesamten Arbeitskosten den Wert im Euroraum leicht. Dass dieser in Dänemark (12,4 Prozent) und Großbritannien (15 Prozent) niedriger ist, liegt an der unterschiedlichen Finanzierungsstruktur sozialer Sicherheit. Während die „Sozialschutz“-Einnahmen in Österreich zu knapp zwei Dritteln aus Sozialbeiträgen und zu rund einem Drittel aus Steuern stammen, kommen in Dänemark drei Viertel aus Steuern und nur knapp ein Viertel stammt aus Sozialbeiträgen. Die Sozialversicherungsbeiträge helfen, die wichtigsten Risiken des Lebens abzusichern: Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter und Unfall. Weniger Lohnnebenkosten bedeuten also weniger

Einkommen, weniger bezahlte Freizeit und weniger soziale Sicherheit.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/khsm6n

BRAINDRAIN IN ÖSTERREICH?

Diplomvolkswirt Klemens Himpele beschäftigt sich mit der von in- und ausländischen Medien gestellten Frage, ob es in Österreich in den nächsten Jahren vermehrt zu einem Braindrain, sprich zu einer Abwanderung der „geistigen Elite“ kommen wird. Insbesondere die „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ) folgert, dass „überbordende Regulierungswut“ oder zu hohe Steuern schuld daran wären. Bei näherer Betrachtung stellt sich jedoch heraus, dass es in Österreich vielmehr einen „Braingain“ gibt, also eine Nettozuwanderung gut ausgebildeter Menschen. Besonders der Umgang mit den Datenquellen in der NZZ ärgert Himpele: Es wurden z. B. nur Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft berücksichtigt. Auch wandern bei Weitem nicht nur Hochqualifizierte ab. Unterstellt, dass nach Österreich immigrierte AusländerInnen ein „Brain“ haben, kann man nun ziemlich gesichert davon ausgehen, dass Österreich eher aufseiten der GewinnerInnen der Migration Hochqualifizierter zu finden ist: Der Bildungsstand der AusländerInnen in Österreich hat sich allein zwischen 2004 und 2013 erheblich verändert, wie eine Auswertung der Statistik Austria zeigt. Himpele resümiert, dass die Debatte zum Braindrain zudem deshalb so gefährlich sei, weil sie auch im Bereich der Bildung und der Integration den Blick auf die Realitäten verstellt.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/mlml6w

ARBEIT HEUTE: RAUES BETRIEBSKLIMA, HOHER ZEITDRUCK

Das Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) führt jährlich eine Befragung unter allen Betriebsratsvorsitzenden in Oberösterreich zu Veränderungen, Zufriedenheit und Problemen in der

Arbeitswelt durch, schreibt Laura Kepplinger. Die Themen, mit denen sich Betriebsrätinnen und Betriebsräte beschäftigen, zeigen indirekt den Anstieg des Drucks auf die ArbeitnehmerInnen. An erster Stelle rangiert die betriebliche Gesundheitsförderung, gefolgt vom ArbeitnehmerInnen-schutz sowie von der Erhöhung des innerbetrieblichen Leistungsdrucks und der Verschlechterung des Betriebsklimas. Ziel war es, herauszufinden, ob und wie die Unternehmensstrategie und -führung die tägliche Arbeit der Beschäftigten beeinflusst. Drei Viertel der Befragten geben an, dass die Arbeit in ihrem Betrieb durch Controlling und eine hohe Kennzifferorientierung (68 Prozent) geprägt ist. Gleichzeitig ist ein Großteil der Beschäftigten laut Einschätzung der Betriebsrätinnen und Betriebsräte stolz darauf, in ihrem Betrieb zu arbeiten (69 Prozent). Gerade die emotionale Bindung an den Betrieb, auch trotz widriger Arbeitsbedingungen, deutet auf die Wichtigkeit von Arbeit in der Selbstdefinition der Menschen hin. Umso bedenklicher: Das Klima in den Betrieben wird rauer. Und die ArbeitnehmerInnen leiden darunter. Das Recht auf gute Arbeit ist ein Grund- bzw. Menschenrecht. Somit schlussfolgert die Autorin, dass gute Arbeit bzw. „befriedigende Arbeitsbedingungen“ nicht als „Soft“-Forderung oder „Wohlstandsproblem“ abgetan werden können, sondern dass Arbeit zu haben, die gerne verrichtet wird, ein Fundament einer guten Arbeitsgesellschaft ist.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/kdvqng

Wenn Ihnen ein Blogbeitrag gefällt, belohnen Sie uns und die Autorinnen und Autoren doch damit, dass Sie den Beitrag per Facebook, Twitter, E-Mail oder – ganz klassisch – per Mundpropaganda an interessierte Menschen weitergeben!

Wir freuen uns, wenn Sie uns abonnieren:
blog.arbeit-wirtschaft.at

Sie finden uns auch auf Facebook:
[facebook.com/arbeit.wirtschaft](https://www.facebook.com/arbeit.wirtschaft)

Sparen, Konsum und Wohlstand

Sparen ist selbstverständlich. Plant man den Ankauf neuer Geräte oder Einrichtungsgegenstände oder will man etwas für die Ausbildung der Kinder zurücklegen, so wird man vom laufenden Einkommen nicht alles ausgeben und einen Teil für die Zukunft sparen. So weit, so gut. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht kann sich die Sache allerdings oft anders darstellen.

Wenn alle privaten Haushalte mehr sparen, dann geht die Konsumnachfrage zurück, damit sinken die Produktion von Gütern und Dienstleistungen und das dabei erzielte Einkommen. Letztendlich werden die Haushalte bei einem geringeren Einkommen weniger sparen können als beabsichtigt. Kommt zum Sparen der Haushalte auch der Versuch der Unternehmen zu sparen, also die Kosten zu senken, und das Bestreben des Staates zu sparen, also das Budgetdefizit zu verringern, dann wird es gesamtwirtschaftlich bedenklich: Das Ergebnis ist ein Einbruch des Wohlstandes und der Beschäftigung, wie derzeit in Griechenland, Spanien, Portugal und anderen Ländern zu beobachten.

Ausweitung der Investitionen

Das Sparen der Haushalte kann nur gelingen, wenn die Unternehmen auf eine Ausweitung der Investitionen, also zusätzliche Ausgaben setzen: Sind ihre Absatzerwartungen positiv und nehmen sie

Kredite auf, um zu investieren, dann bildet das jenen notwendigen Sog an Güternachfrage, der Beschäftigung und Einkommen schafft und höhere Ersparnisse der Haushalte ermöglicht.

Ähnlich stellen sich die Bedingungen für den Erfolg der Sparanstrengungen in den südeuropäischen Krisenländern dar. Nur wenn Deutschland, Österreich und Co ihre Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen ausweiten, steigen Nachfrage und Produktion in Griechenland, Spanien und Co so stark, dass die Budgetkonsolidierung gelingen kann, ohne zu Massenarbeitslosigkeit zu führen.

Weniger sparen, mehr konsumieren

Bei hoher Arbeitslosigkeit und gesamtwirtschaftlicher Unterauslastung ist es sinnvoll, wenn die Haushalte insgesamt weniger sparen und mehr konsumieren. Bei den unteren Einkommensgruppen ist der Spielraum allerdings unmittelbar gering, da ohnehin kaum gespart und das gesamte Einkommen für die notwendigen Konsumgüter ausgegeben wird. Ganz anders sieht es am oberen Ende der Verteilung aus: Hier wird oft der überwiegende Teil des Einkommens gespart und noch dazu risikoreich auf den internationalen Finanzmärkten veranlagt.

Eine Umverteilung von den Bezieherinnen und Beziehern hoher Vermögenseinkommen zugunsten der unteren und

mittleren Einkommensgruppen verringert so insgesamt die Ersparnisse, erhöht die Konsumnachfrage und führt zu mehr Einkommen und Beschäftigung. Ohne griffige Steuern auf Vermögensbestände, Vermögenseinkommen und den Finanzsektor ist diese gesamtwirtschaftlich notwendige Umverteilung nicht zu erreichen.

Fortschrittliche Antworten gesucht

Viele sozial Schwächere können dringende Konsumbedürfnisse mangels Einkommen nicht befriedigen. Eine Erhöhung des Konsums führt hier zu einem Wohlstandsgewinn. Insgesamt kann es aber kein sinnvolles Ziel einer emanzipatorischen Wirtschaftspolitik darstellen, nur auf einen möglichst hohen Verbrauch an Gütern und Dienstleistungen zu drängen, ohne die Frage zu stellen, was und wie produziert und verbraucht wird.

Gerade bei einem hohen Niveau des Wohlstandes rücken neue Themen in den Vordergrund: Wie sind die Einkommen und Konsummöglichkeiten in der Gesellschaft verteilt? Wie kann die Produktion so organisiert werden, dass der Ressourcenverbrauch verringert wird? In welcher Form wollen wir den Wohlstand nutzen, nur über höhere Realeinkommen und mehr materiellen Konsum oder auch über mehr Freizeit? Das sind die Fragen, auf die fortschrittliche Antworten zu suchen sind.

Ärarisch: staatlich, volkseigen; von: Ärar, heute eher ungebrauchlich Bezeichnung für das materielle und immaterielle Vermögen (z. B. in Form von Monopolen) eines Staates oder einer Körperschaft. (Seite 11)

Bouffier, Volker: deutscher CDU-Politiker und Anwalt, geb. 1951, 1999 bis 2010 Innenminister in Hessen. In dieser Funktion erhielt er zweimal den Big Brother Award in der Kategorie Politik. Seit 2010 ist er hessischer Ministerpräsident und einer von fünf Stellvertreterinnen und -vertretern der Parteivorsitzenden Angela Merkel. (Seite 20)

Buffett, Warren: US-Großinvestor und Unternehmer, geb. 1930, nach Forbes viertreichster Mensch der Welt. Buffett, der schon als Kind seine ersten lukrativen Geschäfte machte, erhielt wegen seiner treffsicheren Anlageentscheidungen mit hohen Renditen den Spitznamen „Orakel von Omaha“. Nahezu sein gesamtes Vermögen ist in dem von ihm aufgebauten und geleiteten Investment-Unternehmen Berkshire Hathaway angelegt, dessen größter Aktionär er ist. 2010 startete er zusammen mit Bill Gates die Kampagne „The Giving Pledge“ („Das Versprechen, etwas herzugeben“), in der die sogenannten amerikanischen Superreichen Geld für wohltätige Zwecke spenden sollten. Heute (2013) wurde die Kampagne international sind 127 Personen daran beteiligt. Aktuell plant der 83-Jährige, mit einem 50-Milliarden-Dollar-Deal die Übernahme von Nahrungsmittelkonzernen wie Kellogg, Kraft Foods u. Ä., um diese auszubauen und dauerhaftere Werte zu schaffen. (Seite 18)

Deputat: zum Gehalt (Lohn) gehörende Sachleistungen (Seite 11)

Disziplinaranwalt der österreichischen Ärztekammer: Wenn Ärztinnen und Ärzte das Ansehen der in Österreich tätigen Ärzteschaft durch ihr Verhalten der Gemeinschaft, den Patientinnen und Patienten oder den Kolleginnen und Kollegen gegenüber beeinträchtigen oder die Berufspflichten verletzen, dann kommen sie vor den Disziplinarrat der Ärztekammer – außer die Ärztin/der Arzt arbeitet in einer Institution mit eigenem Disziplinarrecht. Einen Korruptions- oder sonstigen disziplinarrechtlichen Fall kann im Grunde jede/r anzeigen – und zwar beim Disziplinaranwalt der Ärztekammer, der die Anzeige prüft. Das Verfahren wickelt die Disziplinarkommission im jeweiligen Bundesland ab. Das Strafausmaß reicht vom schriftlichen Verweis über eine Geldstrafe bis zu 36.340 Euro bis zu befristetem Berufsverbot oder Streichung aus der Ärzteliste. (Seite 34)

Feuerbach, Ludwig: deutscher Philosoph und Anthropologe (1804–1872). Mit seinem Werk beeinflusste der Religions- und Theologiekritiker nicht nur die Bewegung des Vormärz, sondern auch Marx und Engels sowie die modernen Humanwissenschaften. (Seite 11)

Fisher, Irving: US-amerikanischer Ökonom (1867–1947), Vertreter der Neoklassik, dessen Preis- und Zinstheorie grundlegende Bedeutung für die moderne Investitionstheorie hat. (Seite 14)

Gilde: im Mittelalter erstmals entstandener Zusammenschluss von Kaufleuten (Seite 22)

Hayek, Friedrich August von: österreichischer Ökonom und Sozialphilosoph (1889–1992), wichtigster Vertreter des Neoliberalismus. 1974 erhielt er gemeinsam mit Gunnar Myrdal den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften für ihre Pionierarbeit auf dem Gebiet der Geld- und Konjunkturtheorie und ihre Analysen des Zusammenhangs zwischen ökonomischen, sozialen und institutionellen Phänomenen. (Seite 12)

IHS: Institut für höhere Studien, 1963 gegründetes unabhängiges Non-Profit-Institut in Wien, das vor allem in den Bereichen Ökonomie, Politik und Soziologie forscht. (Seite 35)

Implikation: Einbeziehung einer Sache in eine andere (Seite 26)

Koo, Richard: taiwanesischer Ökonom, geb. 1954. Der Experte für Konjunkturforschung prägte den Begriff „Bilanzrezession“ für die Stagnation (nach einer Finanzkrise), zu der es durch Sparen/Investitionsrückgang bei Unternehmen, Banken und Privaten kommt. Koo beschäftigte sich intensiv mit den Folgen der geplatzten Finanzblase in Japan 1990 und ist der Ansicht, dass infolge der Finanzkrise der Staat durch Investitionen für Wachstum sorgen müsse, da die Privatwirtschaft spare. (Seite 14)

Liessmann, Konrad Paul: österreichischer Philosoph, Essayist und Kulturpublizist, geb. 1953, Wissenschaftler des Jahres 2006, Publikationen: Vom Zauber des Schönen, Das Universum der Dinge etc. (Seite 12)

Maslowsche Bedürfnispyramide: beruht auf der Theorie des US-Psychologen Abraham Maslow (1908–1970), welche die menschlichen Bedürfnisse und Motivationen in hierarchischer Anordnung erklärt. Dabei finden sich die grundlegenden physiologischen Bedürfnisse (Nahrung, Schlaf etc.) an der Basis der Pyramide, darüber in Stufen weitere Bedürfnisse bis zur Spitze, der Selbstverwirklichung. (Seite 32)

Piketty, Thomas: französischer Wirtschaftswissenschaftler, geb. 1971, 2007 wirtschaftspolitischer Berater der Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal. International bekannt durch sein Buch „Capital in the Twenty-First Century“ (Kapital im 21. Jahrhundert), in dem Einkommens- und Vermögensungleichheit ausführlich behandelt werden. (Seite 19)

Platon: antiker griechischer Philosoph (428–348 v. Chr.), Schüler von Sokrates. In der Metaphysik und Erkenntnistheorie, in der Ethik, Anthropologie, Staatstheorie, Astronomie, Kunsttheorie und Sprachphilosophie setzte er Maßstäbe auch für all jene, die ihm – wie sein Schüler Aristoteles – in zentralen Fragen widersprachen. (Seite 12)

Rawls, John: US-Philosoph (1921–2002). Als Vertreter des egalitären Liberalismus setzte er die Gerechtigkeit als maßgebliche Tugend sozialer Institutionen, die aber die Freiheit des Einzelnen nicht verletzen darf. (Seite 12)

Rousseau, Jean-Jacques: französischsprachiger Philosoph, Schriftsteller, Komponist und Forscher

(1712–1778), Wegbereiter der französischen Revolution. Das meiste Wissen eignete sich der gebürtige Genfer autodidaktisch an. Rousseau betrachtete die menschliche Geschichte als einen Prozess des Niedergangs, der ein in jeder Hinsicht radikal erneuertes Denken und Handeln erfordere. Seine in „Émile oder über die Erziehung“ dargestellten Theorien beeinflussten viele Pädagogen. Der nach dem (darin propagierten) Prinzip der freien Selbstentfaltung aufgewachsene Mensch würde von sich aus später zum Gemeinwohl beitragen, so eine der Thesen seines Werkes „Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des politischen Rechtes“. (Seite 13)

Smith, Adam: schottischer Moralphilosoph und Aufklärer (1723–1790), gilt als Begründer der klassischen Volkswirtschaftslehre. In seinen Werken befasste er sich mit der Arbeitsteilung, dem freien Markt, der Außenhandelstheorie und der Rolle des Staates. Smith sah den gesellschaftlichen Wohlstand in einem System der natürlichen Freiheit am besten verwirklicht. Er ging davon aus, dass durch die Verfolgung privater Interessen öffentliche Interessen oft am besten erfüllt würden. Der Staat solle nur Rahmenbedingungen schaffen und habe nur wenige zentrale Aufgaben wie etwa die Landesverteidigung, Schulen, Transportwesen u. Ä. (Seite 12)

Sokrates: griechischer Philosoph (470–399 v. Chr.). Die Übereinstimmung zwischen Wissen und Handeln war das Ziel seiner Lehre im Gegensatz vor allem zu den Sophisten, deren Lehre mehr auf der Kunst der Überredung als auf Wissen beruhte. Sokrates wurde wegen angeblicher Einführung neuer Götter und Verführung der Jugend zum Tod durch den Schierlingsbecher verurteilt. (Seite 12)

Stiglitz, Joseph: US-Ökonom, geb. 1943, erhielt 2001 den Wirtschaftsnobelpreis, Wirtschaftsberater von Bill Clinton, Globalisierungskritiker. Mitinitiator des 2009 gegründeten Institute for New Economic Thinking (INET), um neue Denkansätze für die Volkswirtschaftslehre zu entwickeln. Aktuelle Publikation: Der Preis der Ungleichheit. (Seite 19)

Tea-Party-Bewegung: US-amerikanische populistische Protestbewegung mit rechtslibertären Zügen. Ihre Anhänger setzen sich aus Mitgliedern der Christian Right, Neokonservativen und Libertären zusammen. Die Bewegung hat 2009 als Reaktion auf Bankenrettungsversuche und Konjunkturpakete in Zusammenhang mit der Finanzkrise damit begonnen, ihre Anhänger gegen die Steuerpolitik und andere Maßnahmen der Bundesregierung in Washington zu mobilisieren. Der Name der Bewegung bezieht sich auf die Boston Tea Party von 1773, wo symbolisch als Indianer verkleidete Bostoner als Akt des Widerstandes gegen die britische Kolonialpolitik Teelieferungen der britischen East India Tea Company ins Meer warfen. (Seite 20)

Ulpian: römischer Jurist und Präfekt, gest. 223. Von ihm stammt die bis heute in juristischen Fachkreisen bekannte (wenn auch nicht mehr vorherrschend vertretene) „Interessentheorie“ zur Abgrenzung zwischen öffentlichem und privatem Recht. (Seite 12)

SOZIALLEISTUNGEN IM ÜBERBLICK

Lexikon der Ansprüche und Leistungen



Ratgeber

Kammer für Arbeiter und Angestellte (Hrsg.)

16. Auflage 2014 || 486 Seiten || EUR 29,90

Inklusive e-Book!

ISBN: 978-3-99046-024-5

Dieser jährlich aktualisierte Ratgeber bietet allen Interessierten einen einfachen Zugang zu den wichtigsten Informationen über die zentralen Sozialleistungen in Österreich: von der Familienbeihilfe bis zur Alterspension, von der Rechtsgrundlage und Finanzierung der jeweiligen Leistungen bis hin zu Anspruchsvoraussetzungen und praktischen Hinweisen zur Antragstellung. Das Buch zeichnet sich durch klare Gliederung, leichte Lesbarkeit und die Kombination von Leistungsbeschreibung und sozialpolitischer Zusatzinformation aus. Die Gliederung orientiert sich an typischen Lebenssituationen, an die Ansprüche auf Sozialleistungen regelmäßig anknüpfen: Kinder/Familie, Arbeitslosigkeit, Wohnen, Arbeitsunfall, Ausbildung, Alter, Krankheit/Behinderung, Pflegebedürftigkeit und ergänzende Sozialleistungen.

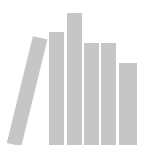
BESTELLUNG

VERSANDKOSTENFREI im Themenshop des ÖGB-Verlags:

www.arbeit-recht-soziales.at

Mail: bestellung@oegbverlag.at | Telefon: +43 1 405 49 98-132

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags, 1010 Wien, Rathausstraße 21



JA, ICH BESTELLE ...

Anzahl der Exemplare

Name		Vorname	
Firma/Institution			
Telefon		E-Mail	
Anschrift		PLZ	Ort
Datum, Unterschrift			



GENUG GESPART!

Banken füttern, Bildung kürzen? Nein danke, Herr Finanzminister!
Genug gespart, jetzt brauchen wir neues Geld für Bildung und Jobs.

HER MIT DER VERMÖGENSSTEUER!

PETITION
UNTERSCHREIBEN
JETZT!

WWW.OEGJ.AT

WWW.FACEBOOK.COM/OEGJ.AT

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

AW